Klassenkampf

10 Jahre

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH. Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf: 21045 (Red.); 21047 (Verlag).

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonten: Kreisbank des Saalkreises Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 264 71 Halle-Merseburger Zeitungsverlag G. m. b. H., Halle. Druck: Produktiv Buchdruckerei G. m. b. H., Halle, Lerchenfeldstr. 14.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Donnerstag, 22. Januar 1931 | 11. Jahrgang ★ Nr. 18

Nazis spenden 7 Millionen der Mansfeld A.-G.

Erst Phrasen gegen Subventionen für die Trustgewaltigen, den „Halbjuden" Otto Wolff Dann Antrag auf Staatssubventionen für hundertfache Millionäre — KPD.-Antrag auf 7 Millionen Hilfe für die Mansfeld-Kumpels mit Nazi- und SPD.-Stimmen abgelehnt

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 22. Januar.**

In der gestrigen Sitzung des Haushaltausschusses des Reichstages **stimmten die Nationalsozialisten der Bewilligung einer Subvention von 7 Millionen Mk., die je zur Hälfte vom Reich und von Preußen getragen werden, an den deutschen Kupfertrust, die Mansfeld A.-G. zu. Als Subvention an den Lahn- und Siegbergbau hatten sie 750 000 Mk. beantragt, stimmten dann aber nach Ablehnung dieses Antrages einem deutschnationalen Antrag auf 450 000 Mk. zu.**

Die Nazis stimmten ferner für die Zulagen und Dienstaufwandsentschädigungen für den Reichswirtschaftsminister in Höhe von 4800 Mk., für die Bewilligung von 250 Mk. für die Ausstattung der luxuriösen Ministerwohnung und außerdem für die Bewilligung von 200 000 Mk. Beitrag zur Erforschung des Rationalisierungswesens.

*

„Für Millionäre: Steuererlaß und Subventionen — neue Belastungen für die Massen!", schrie der „Angriff", das Organ der Berliner Nationalsozialisten, am Sonnabend, dem 17. Januar (Nr. 14), in fetten Schlagzeilen. Was war denn los?

Die Regierung Brüning verlangt vom Reichstag Bewilligung einer Subvention von 7 Millionen Mark, je zur Hälfte vom Reich und von Preußen zu tragen, und zwar für den deutschen Kupfertrust, die „Mansfeld A.-G.". Diese Forderung der Reichsregierung erregte den heftigen „Unwillen" des „Angriff".

Bei der Beratung des Etats des Reichswirtschaftsministeriums stellten nur die Nationalsozialisten im Reichstag den Antrag (Nr. 70 der Drucksachen):

„Dem durch das Reichswirtschaftsministerium am 16. Januar 1931 unter I B Nr. 460 dem Haushaltsausschuß vorgelegten Entwurf eines Vertrages zwischen der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung einerseits und der Mansfeld A.-G. in Eisleben andererseits wegen Fortführung der Hilfsmaßnahmen für den Kupferbergbau der Mansfeld A.-G. zuzustimmen."

Was bedeutet dieser nationalsozialistische Antrag?

Der kommunistische Abgeordnete Neubauer hielt den Nazis vor Augen:

„Großaktionär und Beherrscher der Mansfeld A.-G. sind der Trustherr Otto Wolff und Frau Vera Gutmann-Herzfeld. — Im Aufsichtsrat der Mansfeld A.-G. sitzen neben Wolff und Frau Herzfeld die „Bank- und Börsenfürsten" Jakob Goldschmidt (Jude), Ed. Mosler (Jude), beide von der Donat-Bank, Dr. Kehl von der D.-D.-Bank, Dr. v. Schoeu (Adca, Leipzig) und andere Bankiers, außerdem Wolffs Geschäftsfreund Ottomar Strauß."

Diesem Trust, diesen Großreaktionären haben also die Nazis 7 Millionen geschenkt!

Wer ist Otto Wolff?

Hören wir den nationalsozialistischen „Angriff" vom 17. Januar:

„Der Händler Otto Wolff. Ein vollendeter Typ dieser modernen Großmagnaten, robust bis zur Skrupellosigkeit, rücksichtslos wegschreitend über das Schicksal von Tausenden und, wenn es sein muß, von Hunderttausenden, ist der Beherrscher des Mansfeld-Konzerns, einer der gewaltigsten der deutschen Montanindustrie, Otto Wolff ... Wer ist Otto Wolff? Der Sohn eines Bonner Organisten. Seine Mutter war jüdischer Herkunft ... Otto Wolffs Vermögen wird heute auf über hundert Millionen Mark geschätzt ... Den Mansfeldkonzern eroberte er mit dem Herzen einer Frau, der Jüdin Vera Herzfeld, deren Vater, ein alter Börsenjobber mit manchen Konkursen, während der Inflationszeit sich die Mehrheit der Aktienpakete dieses Unternehmens gesichert hatte."

„Halbjude, Inflationsgewinnler, robust bis zur Skrupellosigkeit, hundertfacher Millionär":

Diesem Trustherren haben die Nazis tatsächlich am 21. Januar 1931 die Millionen-Subventionen bewilligt!

Hier muß man einschalten: Otto Wolff hat seine Herrscherstellung bei der Mansfeld A.-G. zu einem geradezu unglaublichen „Geschäft" benutzt.

„Es wird Zeit, daß endlich hinter die Kulissen neudeutscher Preise von 300 Prozent verkauft, die er loswerden wollte, weil sie „faul" waren; diese Aktien haben heute einen Kurs von 30 Prozent!

Die Mansfeld A.-G. hat daran 4½ Millionen verloren. Dieser Verlust diente der Mansfeld A.-G. mit ihren reformistischen Handlangern zur Begründung des Lohnraubs.

Dieser Trust soll nun jetzt subventioniert werden. Dazu schreibt der „Angriff":

„Es wird Zeit, da ßendlich hinter die Kulissen neudeutscher Wirtschaft und neudeutscher Politik geleuchtet wird. Wir Nationalsozialisten haben es satt, daß mit dem Volksvermögen weiterhin eine derartige Luderwirtschaft getrieben wird. ... Wir werden dafür sorgen, daß die Zeit zu Ende gehen wird, wo die Steuergroschen der Millionen hungriger Volksgenossen zur Sanierung von Händlergeschäften eines der reichsten Männer Neudeutschlands verwendet werden."

Richtig! Die Nazis treiben mit ihrem Subventionsantrag für den Wolffschen Mansfeld-Konzern Luderwirtschaft! Sie verwenden die Steuergroschen, die aus den hungernden Massen herausgepreßt werden, zur Bereicherung des hundertfachen Millionärs Otto Wolff!

Der „Angriff" vom 17. Januar forderte:

„Warum werden die Aktien dem Händler Otto Wolff und seiner Freundin Vera Herzfeld nicht abgekauft? ... Der Staat aber bzw. die Arbeiterschaft des Mansfeld-Konzerns könnte in irgendeiner Form das Werk in eigene Regie übernehmen. Es wäre eine Tat, ein wahrhaft sozialistisches Werk (!), wofür das ganze Volk einstehen würde."

Das Parteiprogramm der Nazis fordert bekanntlich die Verstaatlichung der Trusts. Aber bisher haben die Nazis noch keinen solchen Antrag gestellt. Hier bei der Subvention des Wolff-Trusts, zumal bei solcher Luderwirtschaft, wie sie bei der Mansfeld AG. getrieben wurde, hätten die Nazis die beste Gelegenheit gehabt.

Statt dessen haben die Nazis die Beschenkung der Mansfeld AG. mit 7 Millionen beantragt!

„Eine deutsche Republik mit etwas Korruption", schrieb der „Angriff" zu dieser Subvention. Drei Tage später ergab es sich: Eine „Nationalsozialistische deutsche „Arbeiter"partei mit etwas sehr viel Korruption! Otto Wolff geht bei Briand, Otto Braun, Wirth und Staatssekretär Weißmann aus und ein — schrieb der „Angriff". Otto Wolff hat jetzt allen Grund, auch bei Herren Hitler und Goebbels vorzusprechen, um ihnen für das Millionengeschenk zu danken, das ihm die Nazis gesichert haben!

Die Kommunisten hatten beantragt, die 7 Millionen, welche Reich und Preußen zur Verfügung stellten, auf dem Wege über die Gemeinden zur direkten Unterstützung der Mansfeld-Arbeiter zu verwenden, die bei den heutigen Löhnen hungern müssen.

Die Nazis lehnten diesen Antrag ab!

Kein Geld für die Arbeiter — 7 Millionen für den hundertfachen Millionär Otto Wolff!

Das Ergebnis:

Die Subvention wurde von allen bürgerlichen Parteien, von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten, bewilligt!

Was lehrt diese Geschichte? Sie zeigt den ganzen ungeheuerlichen Volksbetrug der Nazis! Vor den Arbeitern spielen sie die „radikalen" Bekämpfer der Korruption und des Ausbeutertums, — aber in der praktischen Politik sind sie

die heftigsten Verteidiger des Ausbeutertums und selbst bereits bis über den Kopf im Sumpfe der Korruption versunken!

Die Nazis sind die gehorsamen Diener aller Ausbeuter, der christlichen wie der jüdischen, der einheimischen wie der fremden.

NSDAP.-Arbeiter! Macht Schluß mit den Betrügern! Her zu uns!

Terrorurteil im Bunzlauer Aufruhrprozeß

(Eig. Drahtm.) **Liegnitz,** 22. Januar.

Im Bunzlauer Aufruhrprozeß beantragte der Staatsanwalt, der eine unglaubliche Hetze gegen die Kommunisten entfaltete, gegen die neun Angeklagten, denen keine strafbare Handlung nachgewiesen werden konnte, 98 Monate Zuchthaus und 99 Monate Gefängnis.

Die beiden Verteidiger zerpflückten in ihren Plädoyers alle Argumente und wiesen die moralische und strafrechtliche Schuld der Angeklagten nach.

Trotzdem verurteilte sie das kapitalistische Klassengericht zu der unerhörten Strafe von insgesamt 125 Monaten Gefängnis.

Der jüngste der Angeklagten ist 15 Jahre alt, der älteste ist über 60 Jahre. Drei Arbeiter wurden sofort im Gerichtssaal verhaftet, in den 30 Schupos gerufen worden waren. Mit einem kräftigen Rot-Front verließen sie den Gerichtssaal. Die Verteidiger der Roten Hilfe haben Haftbeschwerde eingelegt.

In der Begründung stellt das Gericht natürlich fest, daß der SPD.-Landrat an dem Blutbad, bei dem drei Arbeiter getötet und [illegible] schwer verletzt worden waren, unschuldig gewesen sei,

obwohl sozialdemokratische Zeugen und die Angeklagten diesen SPD.-Landrat für den Verantwortlichen bezeichneten.

Das Urteil gegen sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter hat in Bunzlau ein ungeheures Aufsehen und eine [illegible] Empörung unter den SPD.-Arbeitern hervorgerufen.

SPD-Vorsteher läßt ganze KPD-Fraktion aus dem Stadtverordnetensaal schleifen

(Eig. Drahtm.) **Berlin,** 22. Januar.

In der gestrigen Bezirksversammlung Weißensee ereignete sich der unerhörte Skandal,

daß die gesamte kommunistische Fraktion in Stärke von 11 Genossen aus dem Saal geschleift wurde.

Damit wollte man verhindern, daß unsere Genossen sich energisch für die von ihnen zahlreich gestellten Anträge einsetzten. Die Tribünenbesucher, empört von diesem Skandal, räumten ebenfalls mit einem dreifachen „Rot Front" die Tribüne. Diese Schandtat geht auf das Konto des sozialdemokratischen Vorstehers. Die KPD. ist im Bezirksparlament die stärkste Fraktion und in Weißensee mit 14 000 Stimmen gegenüber 10 000 der SPD. die stärkste Partei.

Der Streik bei Daimler-Benz, Leipzig, erfolgreich

Der Streik der Belegschaft von Daimler-Benz, Leipzig, wurde mit einem vollen Erfolg abgeschlossen. Die Lohnraub-offensive der Direktion ist abgewehrt, alle Entlassungen werden zurückgezogen. Das Arbeitsverhältnis gilt als nicht unterbrochen und wird zu den alten Löhnen fortgesetzt, aber die Löhne der Wagenwäscher wurden auf den tariflichen Mittellohn erhöht. Für den Lohnausfall während der Streiktage werden von der Direktion 20 Mark pro Arbeiter gezahlt.

Die Firma hatte an die Arbeiterschaft das Ansinnen gestellt, sich einen erneuten Lohnraub von 5 bis 12 Pfennig gefallen zu lassen. Daraufhin trat die Belegschaft nach einer Versammlung einheitlich in den Streik. Vergeblich versuchte die Direktion Streikbrecher heranzuziehen. Sie wandte sich an den Stahlhelm- und an den Nazinachweis. Die Antwort der Arbeiterschaft war, daß die Arbeitslosen gemeinsam mit der Betriebsbelegschaft Streikposten standen. Daraufhin kapitulierte die Firma.

Dieser Erfolg ist ein Beispiel für alle Belegschaften, sich geschlossen gegen den Lohnraub zu wehren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310122-19/fragment/page=0001

Der politische Massenstreik in Danzig

Ein bedeutsames Vorpostengefecht

Von Eugen Wiedmaier

Die Bedeutung des politischen Massenstreiks vom 13. Januar in Danzig wird dadurch nicht herabgemindert, daß er lediglich von einer Schicht der Arbeiterklasse, und zwar von der für Danzig entscheidenden Schicht, der Hafenarbeiter, geführt wurde, und daß er in seiner Dauer auf 24 Stunden befristet war.

Es handelt sich um einen Vorpostenkampf in der Anwendung einer höheren Form des revolutionären Klassenkampfes **und in der Erreichung einer höheren Stufe** des revolutionären Aufschwunges. Der Streik wurde in einem Gebiet geführt, das dem „Schutz" des Völkerbundes und der Kontrolle des polnischen Imperialismus unterworfen ist und in einem Hafen, dem eine wichtige Rolle in einem Interventionskrieg des Weltimperialismus gegen die Sowjetunion und gegen die herannahende deutsche und polnische Revolution zugedacht ist. Er entwickelte sich auf der Grundlage der Mobilisierung der Massen gegen die nationalsozialistische Ziehm-Regierung, die anfangs Januar zustande kam. Im Mittelpunkt dieser Massenmobilisation stand die Losung des polnischen Massenstreiks gegen die angekündigten faschistischen Diktatur- und Hungermaßnahmen des Senats (Ermächtigungsgesetz, Mieterhöhung, Kopfsteuer, Abbau der sozialen Fürsorge).

Aufrüttelung zum revolutionären Massenkampf

Der Streik, der sich direkt gegen die Regierung richtete, **bildet den Auftakt einer Protest- und Kampfbewegung, die von der kommunistischen Partei in Stadt und Land** und in den verschiedensten Formen entfesselt und geführt wird. **Er spielt die Rolle eines mächtigen Hebels, um die Arbeiterklasse auf den Weg des politischen Massenstreiks zu lenken und alle werktätigen Schichten für den revolutionären Massenkampf aufzurütteln.**

Der Erfolg zeigte sich bereits in der am anderen Tage stattgefundenen Kampfdemonstration des Danziger Proletariats, die unter dem Eindruck des Streikes der Hafenarbeiter und im Zeichen der Mobilisierung der gesamten Arbeiterklasse für die Führung eines befristeten Proteststreikes stand.

Protest- und Kampfbewegung

Der Charakter, Verlauf und die Entwicklung des Streikes der Hafenarbeiter zeigen einige interessante Momente. Der Streik trug nicht nur den Charakter einer Protest-, sondern einer Kampfbewegung. Die Hafenarbeiter stellten an den Senat einige Forderungen: 1. Sofortige Auszahlung der vom Volkstag auf Grund des kommunistischen Antrages und des mobilisierten Massendrucks bewilligten Notstandsbeihilfe. (Der Senat weigert sich, diese auszuzahlen.) 2. Sofortige Zahlung der zuviel gezahlten Steuerbeträge, deren Auszahlung vom Senat verweigert wird. 3. Erwerbslosenunterstützung für jeden beschäftigungslosen Arbeitstag 4. Geregelte Arbeitsvermittlung, Vermittlung der Arbeit der Reihe nach und Nummern unter Kontrolle der Vertrauensleute der Hafenarbeiter.

Diese Forderungen wurden am Sonnabend, dem 10. Januar, in ultimativer Form durch eine Delegation dem Senat überreicht, an deren Spitze der Führer der RGO. im Hafen stand. Der Senatspräsident Ziehm gab der Delegation eine ausweichende und beschwichtigende Antwort. Voraus ging eine Mobilisierung der Hafenarbeiter auf den Arbeitsplätzen und Stempelstellen. Am Sonntag faßte die Vertrauensleutekonferenz den Streikbeschluß für Dienstag. Tags zuvor erklärten die Hafenarbeiter in drei öffentlichen Hafenarbeiterversammlungen ihre Zustimmung.

Herstellung der kämpfenden Einheitsfront

Der Streikaufruf war unterzeichnet im Namen der Vertrauensmännerkonferenz und Vertrauensleute von einem Mitglied der **christlichen Gewerkschaft** und von zwei Mitgliedern des **reformistischen Gesamtverbandes der Arbeitnehmer**, für den **roten Einheitsverband der Hafenarbeiter** und Seeleute von dem Vorsitzenden. Darin äußert sich nicht nur die Breite und Festigkeit der proletarischen Einheitsfront unter revolutionärer Führung, sondern auch ein hoher Kampfesmut (keine Furcht vor Maßregelungen, Verfolgungen und Ausschluß aus der Gewerkschaft).

Die sozialdemokratische und christliche Gewerkschaftsbürokratie führte einige Gegenmaßnahmen durch, die jedoch an dem Widerstand der eigenen Mitglieder scheiterten.

Christliche Arbeiter schicken ihren Sekretär nach Hause

In einer am Tage zuvor stattgefundenen **christlichen Hafenarbeiterversammlung** mußte der Gewerkschaftssekretär Cierocki, ohne sein Vorhaben zu erreichen, abziehen. In seiner Ohnmacht gegenüber den kampfgewillten Mitgliedern erklärte er beim Verlassen des Saales verzweifelt: „Macht, was Ihr wollt, meinetwegen streikt."

Der Streik wurde mit einer ziemlichen Geschlossenheit durchgeführt. **Der Streikbruch mit Hilfe der Bürokratie und des Polizeieinsatzes gelang an drei Schiffen, und zwar mittels Vorarbeitern und einigen sozialdemokratischen Funktionären.** Von über 2000 erwerbslosen Hafenarbeitern ließen sich durch das Stempelamt 25 zum Streikbruch pressen, wovon 10 die Arbeit auf dem Arbeitsplatz verweigerten. Die betriebliche Einheitsfront der Hafenarbeiter wurde durch den Kampf gefestigt und der Boden für die Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit für den Zusammenschluß der großen Mehrheit der Hafenarbeiter im roten Einheitsverband der Hafenarbeiter und Seeleute geebnet.

Aus dem Kampf wächst der Rote Einheitsverband

Die Einheits- und Gründungskonferenz des Einheitsverbandes, der sich vor einem Jahr im Zusammenhang mit einer Kampfbewegung und auf Grund von Ausschluß- und Spaltungsmaßnahmen der sozialfaschistischen Bürokratie als Deutscher Verkehrsbund, Sektion Hafenarbeiter (Opposition), bildete, findet am heutigen Tage statt. Diese Organisation kann sich nunmehr mit Recht den Namen **„Roter Einheitsverband"** zulegen.

Der politische Massenstreik der Hafenarbeiter war natürlich nur auf Grund einer Reihe vorausgegangener wirtschaftlicher und politischer **Teilbewegungen möglich. Den letzten mehrtägigen Streik unter Führung der RGO. führten die Hafenarbeiter im September** vorigen Jahres **gegen die geschlossene Front, den organisierten Streikbruch und brutalen Polizeiterror des sozialdemokratischen Innenministers Arczinski und gegen einen Schiedsspruch, der den Tag- und Schichtlohn auf der alten Höhe beließ, wogegen jedoch die Hafenarbeiter für die Forderungen der RGO. streikten, die auf** eine Verbesserung der **Arbeits- und Lohnverhältnisse abzielten. Dieser Streik trug viel dazu bei, das politische Klassenbewußtsein,** den revolutionären Kampfwillen und die Organisiertheit der Hafenarbeiter zu heben.

Ohne Zweifel wird sich der politische Massenstreik der Hafenarbeiter nicht nur als ein Forderungsmittel herausstellen, um mit der Gesamtarbeiterklasse den **Uebergang zu der höheren Form des politischen Massenstreiks** leichter zu vollziehen, sondern auch als ein gewaltiges **Mittel der Förderung der ökonomischen Kampfes** sowohl der Hafenarbeiter, als auch aller Arbeiter, die von der Partei und der RGO. unter der Losung „Streik gegen jeden Pfennig Lohnraub, Kampf für Lohnerhöhung, her mit dem Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich" **für wirtschaftliche Kämpfe** mobilisiert werden. **Gleichzeitig wurde damit auch die Anwendung des Streiks gegen die Zahlung der Kopfsteuer** und anderer direkter und massenbelastender Steuern **sowie gegen die Erhöhung der Wohnungsbauabgabe um 10 Prozent,** die in den Staatssäckel fließen, vorbereitet **und erleichtert.**

Hungerschiedsspruch in der Papierindustrie für verbindlich erklärt

Wie wir bereits meldeten, wurde am Donnerstag letzter Woche in Leipzig unter dem Vorsitz des „bewährten" sächsischen Schlichters Dr. Hausschild ein Schiedsspruch für die Papierindustrei gefällt, der **einen Lohnabbau von 6 Pf. in der Spitze und 4 Pf. in der untersten** Stufe mit sich bringt. Den Wünschen **der Gewerkschaftsbonzen, denen unter der Wucht des kraftvoll geführten Angriffsstreikes der RGO.** in Cröllwitz und Ammendorf **die Knie** schlotterten, hat der Schlichter im Auftrage der faschistischen Brüning-Regierung bereitwilligst entsprochen.

Der Schiedsspruch wurde mit Wirkung ab 11. Januar für verbindlich erklärt. Bis zum 30. Juni 1931 währt seine Laufdauer.

Die Unternehmer haben dazu sofort erklärt, daß in Anbetracht der schweren wirtschaftlichen Krise der Schiedsspruch vollkommen ungenügend sei, spätestens im Frühjahr müsse ein neuer Lohnabbau erfolgen, um die Betriebe überhaupt aufrechtzuerhalten.

Am Sonntag, dem 18. Januar 1931, fand in Leipzig eine Konferenz **des Fabrikarbeiterverbandes des Bezirks Halle-Merseburg-Thüringen** statt. Selbst **auf dieser** gesiebten Konferenz stimmten von **den 100 Delegierten, die vertreten waren, 8 für Streik, 55 dagegen,** während die übrigen 37 Delegierten sich der Stimme enthielten. **Unter den Betrieben, die für den Streik gestimmt haben, befinden** sich Muldenstein und Hartenstein.

Ueberflüssig, zu sagen, daß kein Kampfbeschluß gefaßt wurde. In der schamlosesten Weise hetzten die Gewerkschaftsbürokraten gegen die RGO. **Ausdrücklich wurde erklärt, daß etwaigen „wilden"** Streiks jegliche **Unterstützung zu verweigern sei. Die ganze Taktik der Gewerkschaftsbonzen war auf die sofortige Verbindlichkeitserklärung** des Schiedsspruches eingestellt, um im Betrieb keine Kampfstimmung aufkommen zu lassen.

Am Dienstag und Mittwoch haben in der Ammendorfer Papierfabrik Belegschaftsversammlungen stattgefunden. Der reformistische Betriebsratsvorsitzende Dick **gab sich alle erdenkliche** Mühe, die Arbeiter vom Kampf abzuhalten. Die Quittung für die Zustimmung zu dem Verrat der Gewerkschaftsbürokratie an den Papierarbeitern hat die Werksleitung der Ammendorfer Papierfabrik bereits erteilt.

Ab Montag dieser Woche arbeitet die gesamte Belegschaft nur noch fünf Tage. Diese Regelung erfolgt ohne jeglichen Lohnausgleich.

Um die Arbeiter noch mehr zu verhöhnen und die brutale Macht des Unternehmers fühlen zu lassen, ist die Prämie für den Monat Dezember, die sonst immer in den ersten Tagen des darauffolgenden Monats gezahlt wurde, noch nicht zur Auszahlung gelangt.

Der Lohnausfall beträgt insgesamt etwa 25 bis 30 Mk. im Monat.

Mit dem direkten Abbau des Tariflohnes und der 40stündigen Arbeitswoche ohne Lohnausgleich hat der Unternehmer einen Lohnraub von 11 Mk. pro Woche durchgeführt.

Werden die Papierarbeiter diesen Lohnabbau kampflos hinnehmen, dann stehen sie in wenigen Wochen vor einem erneuten Lohnabbau, wie die Ankündigungen der Unternehmer das auch erkennen lassen. Auch das geringste Vertrauen zu der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie wird in jedem Falle zur stillschweigenden Durchführung des Lohnraubes führen. Tag und Nacht sind sie auf den Beinen, um den Cröllwitzer Streik abzuwürgen. Zum hundertsten Male haben sie bestätigt: Wir sind die Feuerwehr der Bourgeoisie, die Feinde der Arbeiter, die zuverlässigsten Streikabwürger.

Es gibt, und wir werden nicht müde, das zu betonen, gegen Lohnräuber nur die Antwort des Streiks. Heute oder morgen, früher oder später:

Kampf ist der einzige Ausweg aus dem Elend.

Schluß mit dem feigen Gerede: „Besser geleiert als gefeiert!" Es gibt nur eine Kraft, den Lohnraub abzuwehren, das ist die eiserne Geschlossenheit einer streikenden Belegschaft unter Führung der RGO.! Folgt dem heldenhaften Beispiel der Radeweller Pappenfabrik, die schon in der dritten Woche geschlossen im Streik stehen.

Neue Enthüllungen aus der Geheimsitzung des Reichsbanners

Kapitalisten stellen Hörsing 5000 Autos zur Verfügung — Regelrechte Organisierung des Bürgerkrieges gegen die Arbeiter

(Eig. Ber.) **Essen,** 21. Januar.

Das „Ruhr-Echo" setzt seine Enthüllungen über die Geheimsitzung des Reichsbanners, in welcher über die militärischen Vorbereitungen des Reichsbanners zum Bürgerkrieg gegen die Arbeiter beraten wurde, fort. Die Sozialdemokratie und das Reichsbanner können nicht leugnen, daß diese Sitzung stattgefunden hat. Die „Volkswacht", die SPD.-Zeitung für Essen, muß zugeben: „Es ist schon möglich, daß eine derartige Sitzung stattgefunden hat" und legt das Geständnis ab, daß das Reichsbanner „mit den gesetzlich in jeder Weise zulässigen Kampfvorbereitungen der republikanischen Schutzorganisation" beschäftigt ist.

Das „Ruhr-Echo" veröffentlicht weitere Mitteilungen aus der Diskussion der Geheimsitzung vom 4. Januar aus Düsseldorf. Der erste Diskussionsredner, ein Dr. Heymann, erklärte, daß

der Deutsche Auto-Club mitgeteilt habe, in der Lage zu sein, dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold 5000 Autos im Falle der Gefahr zur Verfügung stellen zu können. Damit sei die verkehrstechnische Seite für die Mobilisierung des Reichsbanners sozusagen gelöst.

Dr. Heymann warf ferner die Frage auf, ob schon Vorsorge getroffen ist, daß bei den sich verschärfenden Kämpfen sofort eine Sanitätshilfe in Funktion tritt.

Im Laufe der weiteren Diskussion erklärte ein anderer Sprecher, daß sowohl SPD. wie Zentrum die Gewerkschaftsorganisationen mobilisieren müsse. Eine Vorbedingung dazu sei, jede Oppositionsregung zu erledigen, damit es nicht wieder so komme wie 1918/19/20, wo die Gewerkschaften oft der Parteiführung entglitten.

Das sind zweifellos ernste Bürgerkriegsvorbereitungen, die vom Reichsbanner im Ruhrgebiet getroffen werden und die sich nur gegen die Arbeiter des Ruhrgebiets richten. Bürgerkriegsrüstungen, die infolge der Lohnkämpfe der Berg- und Metallarbeiter und der anderen Arbeiterkategorien im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ihre besondere Bedeutung erhalten.

Schon beim Streik der Ruhrbergarbeiter traten Schufogruppen des Reichsbanners als Streikbrecherschutz auf.

Bei den kommenden Kämpfen werden diese Formationen eine noch größere Rolle spielen. Die Tatsache, daß die Kapitalisten dem Reichsbanner Autos zum Transport der sozialfaschistischen Terror- und Streikbrechergruppen zur Verfügung stellen, charakterisiert das Reichsbanner zur Genüge als eine arbeiterfeindliche Organisation.

Im Ruhrstreik traten auch die Nazis organisiert als Streikbrecher auf, die die Massenstreikposten durch Feuerüberfälle verjagen und mit dieser Methode die Streiks der Arbeiter niederschlagen wollten. Das Auftreten der Nazis als Streikbrecher geschah auf Anweisung Hitlers, der vor Ausbruch des Bergarbeiterstreiks bei den Bergwerksindustriellen gefrühstückt hatte. Die Sturmabteilungen der Nazis und die „Schutzformationen" des Reichsbanners erweisen sich also als zwei Arme der Bourgeoisie zur Niederschlagung der Arbeiterklasse.

Diese Tatsachen muß man jedem sozialdemokratischen Arbeiter mitteilen, um ihm zu zeigen, wie die SPD. und das Reichsbanner gegen den Faschismus „kämpft".

Auf diese Bürgerkriegsrüstung kann es nur eine Antwort geben:

Schaffung der Einheitsfront der Arbeiterklasse zum Kampf gegen den Faschismus unter der Führung der Kommunistischen Partei.

*

Das „Volksblatt" treibt eine wüste Hetze wegen unserer Veröffentlichungen, die angeblich Denunziationen der Reichsbannerrüstungen an die Faschisten darstellen. Nun, damit man einen „Kampf" des Reichsbanners „gegen" die Nazis schädigen kann, muß dieser Kampf vorhanden, müßten die Reichsbannerrüstungen gegen die Nazis gerichtet sein. Die Tatsachen aber beweisen, daß das nicht der Fall ist.

Die Reichsbannerrüstungen richten sich nicht gegen die Faschisten, sondern ausschließlich gegen die klassenbewußte Arbeiterschaft. Und darum muß sich die Arbeiterklasse ihrer erwehren.

Lohnraubschiedsspruch gegen die sächsischen Metallproleten für verbindlich erklärt

(Eig. Drahtm.) **Berlin,** 22. Januar.

Der Schiedsspruch für die sächsische Metallindustrie, der einen Lohnraub für die Lohnarbeiter von 4 Prozent und für die Akkordarbeiter von 5 Prozent vorsieht, ist am Mittwoch vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden.

SPD. leistet Entlassung von 500 Reichsangestellten Vorschub

(Eig. Drahtm.) **Berlin,** 22. Januar.

Im Haushaltausschuß des Reichstages beantragte der Genosse Torgler, daß von Reichs wegen soviel Mittel zur Verfügung gestellt werden, daß die Kündigung der 500 Angestellten im Statistischen Reichsamt rückgängig gemacht werden kann. Dieser Antrag kam aber zu Fall, da die Sozialdemokraten zu skrupellos waren, dagegen zu stimmen und somit verantwortlich sind für die Brotlosmachung von 500 Angestellten.

Hitler steht unter dem Schutz des Präsidenten des Haushaltausschusses

(Eig. Drahtm.) **Berlin,** 22. Januar.

In der gestrigen Abendsitzung des Haushaltausschusses des Reichstages kam es zu einem Zwischenfall. Die sozialdemokratische Fraktion verlangte von dem nationalsozialistischen Vorsitzenden Reinhardt Ordnungsrufe für den nationalsozialistischen Abgeordneten Schwarzer, der den Abgeordneten Rosenfeld einen marxistischen Juden genannt und der Sozialdemokratie vorgeworfen hatte, daß sie „jahrzehntelang Hochverrat getrieben hätte. Falls wegen dieser beiden Aeußerungen nicht Ordnungsrufe erteilt würden, würde sie die Sitzung verlassen, was auch geschah.

Nach langer Debatte erteilte Reinhardt schließlich den geforderten Ordnungsruf, rief aber gleichzeitig den Abgeordneten Rosenfeld zur Ordnung wegen einer Beleidigung Hitlers.

Eine neue Erscheinung, da es bisher im Reichstag Ordnungsrufe wegen Beleidigung von Nichtmitgliedern des Reichstages nicht gegeben hat. Da das Zentrum sich der Aktion der Sozialdemokraten anschloß, flog die Sitzung auf.

Werbt für den „Klassenkampf"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310122-19/fragment/page=0002

Ein provokatorisches Dokument

Die Fish-Kommission will die Lage der Arbeiter in der Sowjetunion „untersuchen“

Neu York, 21. Januar 1931. Die Fish-Kommission erstattete dem Kongreß ihren Bericht. Sie schätzt die tSärke der revolutionären Bewegung (Kommunistische Partei und Rote Gewerkschaften) in den eVreinigten Staaten auf 600 000. Die Kommission erklärte, daß sowohl die Sowjetunion bemüht sei, die Revolution in den Vereinigten Staaten vorzubereiten, die Amtorg dazu nicht als Mittel benutzt war. Die Whalen-Dokumente sind gefälscht.

Die Kommission schlägt vor, die Kommunistische Partei und die Revolutionären Gewerkschaften zu verbieten, ein Landesspionagebüro gegen dieselben einzurichten, die revolutionären Ausländer auszuweisen, ihnen die Bürgerrechte abzusprechen, ihnen die Naturalisierung zu untersagen, revolutionäre Presse- und Literaturerzeugnisse sowie Gerüchte über Bankkrachs in den Vereinigten Staaten zu verbieten, eine Kommission (!) nach der Sowjetunion zu entsenden, die die Lage der Holzarbeiter zu untersuchen hat, schließlich die Einfuhr von Mangan aus der Sowjetunion zu untersagen.

*

Die gestrige „Prawda“ schreibt zum Bericht der Fish-Kommission unter anderem:

„Unter der ungeheuren Menge sowjetfeindlicher Dokumente der letzten Zeit kann man kaum ein niederträchtigeres, zynischeres Dokument finden, als den soeben bekanntgegebenen Bericht der vom Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten eingesetzten Fish-Kommission. Die Kommission Fish wurde angesichts der berüchtigten „Enthüllungen“ des ehemaligen Chefs der Neuyorker Polizei, Whalen, ernannt. Auch die Kommission Fish hat zugeben müssen, daß die Dokumente Whalens **gefälscht** waren. Ein Mitglied der Kommission, der bürgerliche Parlamentsabgeordnete Nelson, erklärt direkt, „daß die Dokumente Whalens gefälscht seien und daß sie vielleicht von den monarchistischen Emigranten fabriziert wurden“. Selbst die Kommission Fish sagt in ihrem Bericht, „daß keine maßgebenden und rechtsgültigen Beweise dafür vorliegen, daß die Amtorg (die sowjetrussische Handelsvertretung) als Körperschaft mit der zerstörenden Tätigkeit in den Vereinigten Staaten verbunden sei.“

Somit sind alle Behauptungen, die die Kommission Fish ins Leben gerufen hatte, endgültig und wie ein Kartenhaus zusammenstürzt. Waorauf läuft nun der Bericht der Kommission Fish hinaus? Die Kommission war bestrebt, die **internationale** Antisowjetkampagne „mit dokumentarischen Grundlagen“ zu versehen und somit die **Interventions- und Kriegsvorbereitungen** gegen die Sowjetunion zu unterstützen. Im Bericht wie in ihren Anträgen verfolgt die Kommission Fish zunächst innerpolitische Ziele. Mit der „Prosperity“ **ist es endgültig vorbei**, die Arbeitslosigkeit wächst, die Löhne sinken, die Farmer werden ruiniert, der Klassenkampf verschärft sich. Sieben bis acht Millionen Erwerbslose, steigende Arbeitslosenbewegung, wachsende Negerbewegung im Süden, jähes Sinken der Lebenshaltung der Betriebsarbeiter, Verschärfung der Wirtschaftskrise — all das ist für die Lage in den Vereinigten Staaten bezeichnend. All dies bereitet den Boden für die **Revolutionierung der Massen** und für ihr wachsendes Vertrauen zur **Kommunistischen Partei**. Die Kommunistische Partei **zu einem illegalen Dasein verurteilen** — das ist eines der Ziele der Kommission Fish.

Die amerikanischen und kanadischen **Holzhändler**, die an einer Steigerung der Anthrazit- und Manganerzpreise interessiert sind, wandten sich wiederholt gegen die recht bescheidene und unbedeutende Sowjeteinfuhr nach den Vereinigten Staaten. Diese ihre Versuche hatten aber bisher keinen Erfolg. Die Kommission Fish unternimmt nun einen neuen Versuch. Durch das Märchen vom „Sowjetdumping“ sucht sie diese Farmergruppen für sich zu gewinnen. Der unverschämte und alberne Antrag betreffs der „**Untersuchung der Arbeitsbedingnugen**“ in der Sowjetunion soll lediglich provokatorischen Zwecken dienen.

Möchte nicht die Kommission Fish die **Fronarbeit der Neger** im Süden und überhaupt die Arbeitsbedingungen der **Negerarbeiter** in den Vereinigten Staaten untersuchen? Möchte sie sich nicht die Lage der **amerikanischen Erwerbslosen** näher ansehen? Möchte sie nicht die Lage der Arbeiter auf den **Latein-amerikanischen** Plantagen des Nordamerikanischen Kapitals untersuchen.

Oder vielleicht die Lage der Sklaven auf den **Philippinen**, den Kolonien der Vereinigten Staaten, wo sich die Arbeiter bereits gegen den amerikanischen Imperialismus erheben?

Der amerikanische Kapitalismus ist von einer schweren **Wirtschaftskrise betroffen**. Die Ausfuhr der Vereinigten Staaten ist im vergangenen Jahr um 27 Prozent zurückgegangen. Die Ausfuhr der Vereinigten Staaten hat nur nach einem einzigen Land zugenommen — der **Sowjetunion**. Wir wissen, daß unsere Handelsbilanz mit den Vereinigten Staaten ein erhebliches Plus für dieselben ergibt. Das Interesse der amerikanischen Bourgeoisie erfordert den **Ausbau** des Handels mit der Sowjetunion. Nur einzelne Gruppen der amerikanischen Bourgeoisie erstreben das Gegenteil. Der Arbeiterklasse der Vereinigten Staaten signalisiert der Bericht der Kommission Fish, daß ein neuer unerhörter Feldzug gegen die Kommunistische Partei der Vereinigten Staaten bevorsteht.

Rüstet zum internationalen Kampfaufmarsch am 25. Februar!

Hungermärsche in den Vereinigten Staaten

Arbeitslosendemonstrationen und Zusammenstöße im ganzen Lande

EP. Neuyork, 21. Januar. Die aus den Staaten eingehenden Meldungen lassen erkennen, daß es sich bei den Kundgebungen der Arbeitslosen um „eine Massenbewegung handelt. Außer dem Zwischenfall in Oklahama werden aus zahlreichen Städten der Vereinigten Staaten Arbeitslosendemonstrationen gemeldet.

In **San Franzisko** bildeten Tausende von Arbeitslosen einen riesigen Demonstrationszug, der zum Rathaus zog, wo Massensprechchöre in Aktion traten, indem sie riefen: „**Gebt uns Brot und Arbeit!**“ Die Polizei griff verschiedene Male ein, da die Arbeitslosen die Polizeiketten zu sprengen versuchten. In Haverhill im Staate Massachusetts und in **Brunswick** im Staate Neuyork verliefen die Kundgebungen ruhig. In Neuyork selbst, wo die Demonstranten vor das Rathaus zogen, kam es zu keinerlei Zwischenfällen.

Besonders verzweifelt ist die Lage der Arbeitslosen im Staate Arkansas, wo Hunderttausende von Personen mittellos sind. Es kam wiederholt zu Hungerrevolten und Zusammenstößen mit der Polizei.

„Brot und Arbeit“

Arbeitslosenmarsch in Budapest

TU. **Budapest, 21. Januar.** Am Mittwoch versammelten sich auf der Ringstraße etwa 400 Arbeitslose und begannen „**Brot und Arbeit!**“ zu rufen. Die Polizei trieb die Menge auseinander, die sich aber an einer anderen Stelle des Ringes wieder ansammelte. Die Polizei griff wieder ein und verhaftete eine große Anzahl der Kundgeber. Trotz der Maßnahmen der Polizei **dauern die Kundgebungen weiter an.**

400 politische Gefangene im Hungerstreik

Die wachsende revolutionäre Bewegung in Litauen

Kowno, 21. Januar 1931 (eigener Bericht). Seit dem 15. Januar stehen restlos alle politischen Gefangenen — über 400 — in allen Mordkerkern des litauischen Faschismus im Hungerstreik. Das Zentralkomitee der Roten Hilfe Litauens appelliert in einem Aufruf an die Werktätigen der Welt, flammenden Protest gegen die unsäglichen Martern an revolutionären Arbeitern in den litauischen Kerkern zu erheben. Ueber die Gründe, die die politischen Gefangenen Litauens zu diesem letzten Mitel ihres Kampfes gegen den faschistischen Justizterror haben greifen lassen, werden von der Roten Hilfe folgende Angaben gemacht:

Die proletarischen politischen Gefangenen sitzen in unerträglicher Luft, zu 20 bis 30 in Zellen eingesperrt, die im Höchstfall für 4 bis 5 Personen berechnet sind. Ohnmachtsanfälle, Infektionen sind an der Tagesordnung. Der Rundgang außerhalb der Zelle beträgt täglich nur eine halbe Stunde. Die Ernährung ist miserabel. Sie besteht lediglich aus 400 Gramm altem harten Brot und Kohl- oder Erbsensuppe. Von Würmern durchsetztes Fleisch wird nur gelegentlich faschistischer Feiertage gegeben.

In einem halben Jahre ist auch der körperlich stärkste Proletarier von diesem mörderischen Strafvollzug völlig ruiniert. **Die Hälfte aller proletarischen politischen Gefangenen** sind bereits an **Tuberkulose** schwer erkrankt. In den gemeinsamen Zellen infizieren die Kranken die noch Gesunden. Aerztliche Hilfe gibt es nicht, es sei denn, daß politischer Vergehen wegen eingekerkerte Arbeiter von Aerzten zur Erprobung neuer Operationsmethoden als Versuchskaninchen gebraucht werden.

Zu diesen unmenschlichen Verhältnissen gesellt sich der **grausame Terror der Zuchthausverwaltung**. Die Gefangenen werden viehisch **mißhandelt**. Im Zuchthaus **Ukmerge** z. B. wurden eingekerkerte revolutionäre Arbeiterinnen von faschistischen Sadisten nackt ausgezogen und bis zur Ohnmacht blutig geprügelt. Viele revolutionäre Arbeiter sind an den Folgen derartiger Zustände bereits **gestorben**.

Der neue verschärfte Justiz- und Zuchthausterror gegen alle revolutionären Arbeiter ist die Antwort des Faschismus auf den verstärkten Kampf der litauischen Arbeiter, die sich energisch gegen die Bündnispolitik des litauischen und polnischen Faschismus, der sich gemeinsam zum Kriege gegen die Sowjetunion vorbereitet, wenden.

Die Zuchthausverwaltungen versuchen, den Hungerstreik unserer eingekerkerten litauischen Klassenbrüder im Blut zu ersticken. In Kowno wurden die politischen Gefangenen grausam **mißhandelt**, dem Genossen **Aluokas** sämtliche Zähne eingeschlagen.

Der Hungerstreik **geht weiter! Unterstützt diesen Kampf der proletarischen** politischen Gefangenen Litauens. Sendet aus den Arbeiterversammlungen, Betrieben und Stempelstellen **Protestresolutionen** gegen die Henker des litauischen Proletariats und sendet sie an die Rote Hilfe, Berlin, Dorotheenstr. 77/78 und an das litauische Generalkonsulat, Berlin. Kämpft mit der Roten Hilfe gegen die weiße Bestie des faschistischen Terrors!

15 Prozent Lohnabbau

EP. **London**, 20. Januar. Die Vorschläge der englischen **Eisenbahngesellschaften** für eine **allgemeine Lohn- und Gehaltskürzung** sind dem **nationalen** Lohnamt zugegangen. Die Einsparungen, **die die Gesellschaften** bei den Arbeiterlöhnen machen wollen, **werden von ihnen auf** 5½ Millionen Pfund jährlich beziffert, **während sie** bei den Beamtengehältern entsprechende Einsparungen in Höhe von anderthalb Millionen Pfund vornehmen würden.

Die von den Gesellschaften geforderten Lohn- und Gehaltskürzungen gehen zum Teil **über 15 Prozent hinaus**. Außerdem **sollen sie mit einer Verschlechterung der Arbeitszeit** verbunden sein. Die Gewerkschaften haben gegen diese Vorschläge Protest **eingereicht**.

Die Strasse ohne Sonne

Ein japanischer Arbeiter-Roman

von

N. Tokunaga

Copyright by Internationaler Arbeiter-Verlag G. m. b. H., Berlin.

16. Fortsetzung.

Es war allen geläufig wie die Daten des Kalenders, daß der Finanzminister, der reiche Osaka, Generaldirektor des großen Mitsubichi-Konzerns, mit dem dicken, breiten Gesicht, dem schwarzen glänzenden Schnurrbart, stinkend nach der Schminke seiner Dienstmädchen und Freundinnen, mit den rücksichtslosen und verschlagenen Zügen, sein Geld in den Ankauf des Terrains für den Hafenbau gesteckt hatte. Dieser Generaldirektor und Finanzminister hatte vor einigen Wochen plötzlich (so machten wenigstens die Massen derer, die nicht aufzupassen verstanden) in allen großen Zeitungen Japans ein neues Wirtschaftsprogramm proklamiert.

„Die Vernachlässigung und Undurchsichtigkeit der Finanzen in den verschiedenen Handels- und Industriegesellschaften unserer Klein- und Mittelunternehmer nach dem Weltkrieg machten strengste Rationalisierung und Liquidation unumgänglich. Trotzdem schien das große Erdbeben in Tokio und Umgebung vom September 1923 den Mittel- und Kleinunternehmern noch einmal die Möglichkeit eines neuen Aufschwungs zu geben. Diesen Zusammenbruch der Finanzen durch eine nachlässige und künstlich gehaltene Wirtschaftspolitik hat jetzt das Sejukai-Kabinett auszubaden. Das ließ die drohenden Gefahren immer schneller wachsen. Trotz der häufigen Warnungen unserer Kenjekai-Partei brachte diese gedankenlose Art des Wirtschaftens unserer Klein- und Mittelindustrie nur ein trauriges Moratorium.

Unsere Regierung wird nicht nur durch die Finanzeinschränkungspolitik eine unserer drei großen Grundlinien angetrieben, um unsere traurige Finanzlage zur Gesundung zu führen, sondern auch für die bankrotten Banken und ihre Depositoren Richtlinien aufstellen...“

Die Kensekai stützte sich auf die Industrie und den Handel in den Städten ganz Japans. Die Proklamation der Regierung mußte innerhalb dieser Partei große Erschütterungen hervorrufen.

Aber diese Proklamation wurde schon nach einer Woche ein leeres Schreckgespenst, weil das Kabinett zurücktreten mußte. Nach dieser Proklamation schien der Grund des Moratoriums letzten Endes die gedankenlose Vernachlässigung der Finanzgeschäfte der Mittel- und Kleinunternehmer zu sein.

„Macht keinen Quatsch!“ sagte Yatsuo, der lustig seinen Mantel über die Schulter gelegt hatte.

Im Zimmer waren fünf Männer, der junge Tomitjan, der für die Streikleitung Kurierdienste tat, hatte eben eine Extraausgabe von draußen hereingeholt.

„Was soll das bedeuten?“ fragte der nette, intelligent aussehende Junge eifrig. Er war Schriftsetzer.

„Die prinzipielle Schuld trägt natürlich das Großkapital. Selbstverständlich gibt es Ausnahmen. Den ersten Stoß gab die Krise in Handel und Industrie, das heißt die Ueberproduktion, und die unmittelbare Ursache des katastrophalen Bankrotts war, daß die Großen ihren Beutel zusperrten“, erklärte Yatsuo, das Extrablatt auf den übereinandergeschlagenen Beinen. Dieser Mann mit dem vollen, fast weiblichen Gesicht und der hohen Stimme war einer der tapfersten Kämpfer in der Leitung des Gewerkschaftsrates der Provinz Kanto.

Es war so still im Zimmer, daß man hätte glauben können, es sei schon spät am Abend. Das Zimmer lag in der ersten Etage, ein Reklameschild des Restaurants verdeckte das Fenster gegen die Straße hin, auf der die elektrischen Bahnen vorbeiratterten. Gegenüber dem Fenster war in der Wand ein schmaler Durchlaß. Durch einen kleinen Eingang kam man vom Zimmer über eine schmale Treppe und durch die Hintertür des Restaurants ganz unerwartet auf einen alten Friedhof mit einem Buddha-Tempel, durch eine andere kleine Papiertür konnte man in ein kleines Zimmer des im Erdgeschoß liegenden Restaurants gelangen.

Sagen wir also ruhig, daß dieser etwa vier Quadratmeter große Raum, dessen einziger Schmuck ein paar schlechte Oelbilder waren, eben jener Raum war, in dem der Besitzer des Restaurants seine Mädchen ihre besonderen Einnahmen machen ließ.

Die Gesichter aber, die man jetzt in diesem Raum sehen konnte, paßten nicht zu diesen Dingen und gaben dem ganzen Zimmer ein groteskes Aussehen.

Wollte man hierher, war es geboten, sich an der Mauer des Friedhofes oder beim Eingang des Restaurants des öfteren umzusehen, ob einem niemand auf der Spur sei; deshalb wurde auch in dieser Kammer nur leise gesprochen. Von der Existenz dieses Zimmers wußten überhaupt nur ganz zuverlässige Leute.

Nakai und Watamasa saßen sich an einem kleinen Tisch gegenüber und zeichneten ungeschickt an einer Landkarte.

„Sag mal, wer wird deiner Meinung nach das nächste Kabinett bilden?“ fragte Yatsuo plötzlich Watamasa.

„Ja, das wäre zu überlegen.“

Watamasa hob den Kopf und sah den andern an. Er mochte an die dreißig sein, hatte ein spitzes, vorgeschobenes Kinn, einen gestutzten Schnurrbart und war sehr mager. Tiefe Falten in der Stirn machten ihn älter als er war, aber alle seine Bewegungen verrieten rücksichtslose Energie. Er trug japanische Kleider mit schmalen Aermeln.

„Ich denke Sibirien...“

„Du also auch —?“

Die Person, die in ihrem Kreise den Spitznamen „Sibirien“ trug, war natürlich General Tanaka, der Vorsitzende der Sejukaipartei*, der, wie jedermann wußte, die Verantwortung für die Militärexpedition nach Sibirien trug und Mittelpunkt der Korruptionsaffäre in der Armee war.

„Ich denke auch“, hob Nakai — scherzhaft „der lange Frühlingstag“ genannt — seinen langen Pferdekopf vom Tisch auf.

Seit Beginn des Streiks der Daido-Drucker hatte noch niemand von den Streikenden dieses Dreigestirn in der Leitung des Gewerkschaftsrats auch nur auf einen Augenblick zu Gesicht bekommen.

Ueber einen Monat lebten sie schon in dieser kleinen Kammer im Verwaltungsbezirk Koishikawa. Nur sehr wenige wußten davon, und man warf ihnen bereits vor, ihrer Sache untreu geworden zu sein.

„Wenn es ‚Sibirien‘ wird, dann gibts was“, brummte Watamasa und beugte sich wieder über seine Karte.

„Ha, ha,“ Yatsuo lachte grimmig, wie immer, wenn er auf einen besonders gefährlichen Gegner traf.

In diesem Augenblick klopfte es an die Tür — dreimal, das verabredete Geheimzeichen.

(Fortsetzung folgt)

* Militärpartei, vgl. Nachwort.

Rund um den Erdball

Goldmacher Tausend verspricht neue Enthüllungen

Goldgutscheine gaben wir für Bargeld

Nationale Firma Küchenmeister um den letzten Hosenträger geprellt — Betrugsanschlag auf Arbeitslose

Der dritte Tag

München, 21. Januar. Der Eindruck, daß Franz Tausend, der ehemalige Spenglergeselle mit dem hemmungslosen Erfinderspleen, erst durch die Goldgier des Generalgoldmarschalls Ludendorff und der anderen nationalen und reaktionären „Wirtschaftsführer" zum Betrüger wurde, verstärkt sich immer mehr. Der dritte Verhandlungstag wurde ebenfalls noch völlig von Tausends Vernehmung ausgefüllt.

Nach der Erklärung des Angeklagten wurde der Sitz der „Studiengesellschaft Tausend" im Frühjahr 1927 in die Fabrik der vom Rathenau-Mord her bekannten Familie Küchenmeister verlegt. Angeblich, weil in dieser Gegend Erze gefördert wurden, in Wirklichkeit aber hatten die Küchenmeister bereits ihr gesamtes Vermögen für die nationale Alchimisterei geopfert. Sie mußten also wieder saniert werden. Wörtlich sagte Tausend: „Sie hatten keinen Hosenträger mehr!" Küchenmeisters Firma wurde also kurz vor der Zwangsversteigerung für einige Hunderttausend Mark durch die Studiengesellschaft Tausend erworben.

Tausend, ein braver Soldat

Im weiteren Verlauf der Verhandlung kommt der Vorsitzende auf ein Experiment zu sprechen, das am 27. Mai 1927 ausgeführt wurde und bei dem aus 29 Gramm Metall angeblich 20 Gramm Gold gewonnen worden sein soll.

Tausend: „Was heißt hier Gold? Von Gold reden immer nur die Laien, das war nur gut vorbereitetes Metall."

Vorsitzender: „Weshalb haben Sie eigentlich nicht auf eigene Rechnung Gold gemacht?"

Tausend: „Was sollte ich tun? Ich war Soldat, Infanterist, Landwehrmann, und stehe plötzlich einem General gegenüber."

Jeder sein eigener Goldmacher

Ueber den Verbleib verschiedener Depots verweigert der Angeklagte Tausend entschieden die Aussage. Doch bleibt er dabei, aus 750 Gramm Blei 725 Gramm Gold herstellen zu können. Danach gibt der Betrüger einen Plan bekannt, der, wenn er ausgeführt worden wäre, die Aermsten der Armen, nämlich die Arbeitslosen, geschädigt hätte. Tausend hatte nämlich die Absicht, durch Verleihung kleiner Goldmacher-Apparate Arbeitslosen Gelegenheit zu geben, in ihrer Wohnung das Gold selbst herzustellen. Zweifellos wären auf diese Parole: „Jeder sein eigener Goldmacher!" zahlreiche Leichtgläubige hereingefallen.

Wie Nazi-Buckeley sich gesund machte?

Bei der Vernehmung des Angeklagten über einzelne Betrugsfälle gibt Tausend zu, sogenannte Gold-Gutscheine für gezahlte Darlehen ausgegeben zu haben.

Vorsitzender: „Die Scheine waren doch ganz ohne Deckung."

Tausend: „Das war doch ganz gleichgültig, meine Gutscheine waren mindestens mehr wert, als die alten 1000-Markscheine."

Vorsitzender: „Warum haben Sie dann die Goldscheine nicht zurückgefordert?"

Tausend: „Ach, das waren doch nur Kleinigkeiten."

Dem Nazi-Rechtsanwalt Dr. Buckeley, der bekanntlich vor diesem Prozeß und seiner Blamage ins Ausland geflüchtet ist, besaß für etwa 80 000 Mark Goldgutscheine. Wie Tausend aber behauptet, habe er dafür keinen Pfennig eingezahlt. Andererseits aber hat es diese Zierde aus dem „Dritten Reich" verstanden, diese für „naß" erworbenen Anteile mit 90 000 Mark in bar an eine Wiener Interessengruppe zu verschachern.

Der fehlte noch

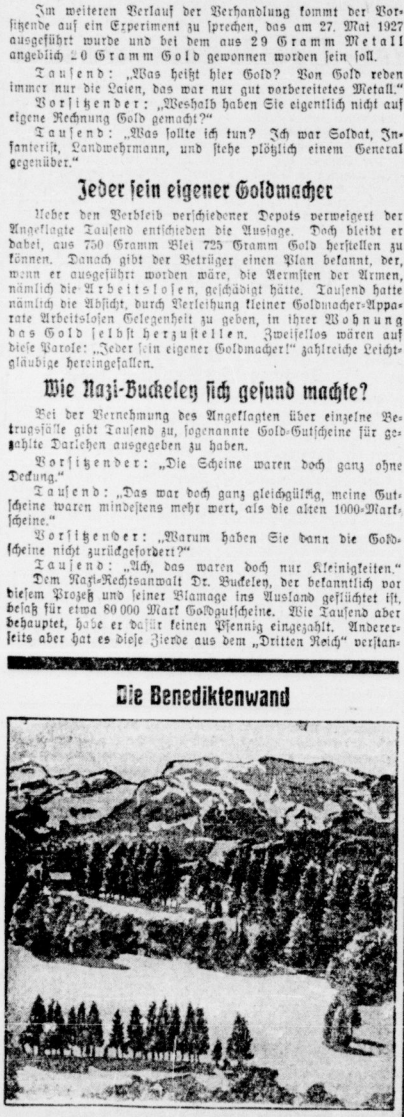
Auf Befragen des Vorsitzenden gibt Tausend zu, den Plauener Fabrikbesitzer, Herbert Meinhold, natürlich auch eine nationale Leuchte, 300 000 bis 320 000 Mark „schuldig" zu sein.

Fritz Küchenmeister lernte Tausend durch Reinhardt kennen.

Durch Fritz Küchenmeister kam Tausend in nähere Beziehung zu den Deutschlanderneuerern um den „Völkischen Kurier" Und hier — der hat auch gerade noch gefehlt — lernte er auch Nazi-Frick aus Thüringen und andere kennen. Zum Schluß klagte Tausend seinen General Ludendorff an, durch dessen Rücktritt von der Gesellschaft in arge Bedrängnis geraten zu sein. Wütend geworden erklärte er: „Es werden noch ganz andere Einzelheiten zur Sprache kommen, wenn erst die Zeugen aufmarschieren."

Auf diese angekündigten Enthüllungen Tausends kann man natürlich äußerst gespannt sein. Werden sie doch aller Voraussicht nach ebenso glänzend, wie das bisherige Material geeignet sein, die ganze Idiotie der Leute um Ludendorff und Hitler anzuprangern.

Die Benediktenwand



Unser Bild zeigt den Schauplatz der an anderer Stelle dieser Seite geschilderten Lawinen-Katastrophe bei Bad Tölz im Karwendelgebirge.

Allrussischer Rätekongreß 1931

AIZ. heute neu!

Unser Bild, das wir der neuen Nummer der Arbeiter-Illustrierten entnehmen, zeigt die Delegierten des Allrussischen Rätekongress 1931 während einer großen Rede Molotows. Wer über die grandiose Entwicklung des sowjetrussischen Rundfunks unterrichtet sein will, der kaufe und lese die soeben zur Ausgabe der reichillustrierten Nummer der AIZ.

Sieben Tote bei einem Lawinenunglück

Nach nächtlicher Rettungsarbeit als Leichen geborgen

Bad Tölz, 21. Januar. Die am Dienstag nachmittag an der Benediktenwand im Bayrischen Karwendelgebirge von einer plötzlich herniedersausenden Lawine verschütteten Skiläufer, sieben bayrische Landespolizisten, wurden am Mittwoch morgen nach angestrengtester Rettungsarbeit, als Leichen geborgen.

Die insgesamt 100 Mann starke Rettungsexpedition stand unter Leitung eines der Geretteten. Ein Landespolizist, der schwer verletzt wurde, ist am Mittwoch vormittag nach Benediktbeuren ins Krankenhaus geschafft. Die 7 Leichen, die äußerlich wenig Verletzungen aufwiesen, wurden nach Lenggries transportiert. Sämtliche verunglückten Skiläufer sind in den Schneemassen erstickt.

Blutige Profitverteilung

Ein Aktionär schießt den andern nieder

Brüssel, 21. Januar. Blutige Szenen über die Verteilung der aus Arbeiterknochen erpreßten Gewinne spielten sich bei der Sitzung des Verwaltungsrates einer Chemischen Fabrik in Florelle während einer Aufsichtsratssitzung ab.

Bei der Aussprache über die Ernennung eines Aufsichtsratsmitgliedes und die darauf folgende Ersatzwahl für den ausgeschifften Direktor Lauby geriet dieser derartig in Wut, daß er einen Revolver zog und mehrere Schüsse auf die anderen Aktienhyänen abgab. Der Generalvertreter der Eisenhütten-Gesellschaft „La Providence", Delobbe, wurde auf der Stelle getötet. Ein anderes Aufsichtsratsmitglied schwer verwundet. Darauf brachte sich Lauby selbst eine schwere Verletzung bei.

Chemische Fabrik in Flammen

In der Nacht zum Mittwoch brannte in Harburg-Wilhelmsburg ein großer Fabrikschuppen der Chemischen Werke von Günther, Brauer und Co. vollkommen nieder. In dem Gebäude befanden sich außer einer Natrium-Bisulfit-Anlage eine Soda- und Gerbstoff-Extraktions-Anlage. Durch starken Funkenflug waren auch die beiden entfernt liegenden Anlagen der Hamburger Wollkämmerei gefährdet. Trotzdem die Fabrikationsanlage dieser Firma seit längerer Zeit aus feuerpolizeilichen Gründen beanstandet war, wurde lustig weiter mit dem Leder der dort beschäftigten Arbeiter gespielt.

Prügelei um den Schandparagraphen 218

Nachdem eine polnische Arbeiterin am Montagmorgen in einem Prozeß vor dem Schöffengericht Lichtenberg von der Anklage des Verstoßes gegen den Schandparagraphen 218 freigesprochen worden war, kam es auf dem Gerichtskorridor zu einer schweren Schlägerei zwischen den Zeugen und der Angeklagten. Ein Zeuge wurde schwer verletzt.

Schlimmstes Mittelalter

Die Londoner Teufelsanbeter treiben es immer toller

In der Londoner „Morning-Post" jammert ein angesehener englischer Wissenschaftler, daß in London, also in der Residenz des famosen Sozialdemokraten Macdonald, die sogenannten „Teufelsanbeter" ihren mittelalterlichen Unfug immer schamloser betreiben. Wörtlich sagt dieser Mann:

„Schwarze Magie, Zauberei und Hexerei werden im London von heute in einem Maße ausgeübt mit einer im Mittelalter nicht erträumten Freiheit; Professoren und Leiter dieser Kulte, zumeist Ausländer, machen von denselben Formeln und Beschwörungen Gebrauch wie die mittelalterlichen Nekromanten. Die Kulte erfreuen sich zunehmenden Interesses in solchem Maße, daß sie bald eine ernste Bedrohung der Moral und Gesundheit der Nation darstellen werden; Alchimie, Astrologie und andere niedere Formen der Magie verschaffen einer Anzahl Männer und Frauen ein gutes Leben, die auf Kosten der Gläubigkeit ihrer Klienten Raub treiben; Celebranten der Schwarzen Messe und der Teufelsanbetung, treiben ihr Wesen ohne jedes Risiko, da es kein Gesetz gegen sie gibt."

Wie man sieht, hat dieser wohlmeinende Wissenschaftler noch die Illusion, daß man mit Hilfe von Paragraphen den politischen Muff des Mittelalters aufsegen könnte. Der Mann wird und kann einfach nicht begreifen, daß Alchimie, Astrologie und andere „niedere Formen der Magie" ganz zwangsläufig auf dem verfaulten Boden der kapitalistischen Produktionsweise wuchern. Also nicht mit Gesetzen schafft man diesen Unfug aus der Welt, sondern nur durch die Liquidierung des Kapitalismus. Nur im Sozialismus, das lehrt uns das russische Beispiel, werden die Teufelsanbeter, die Käse-Propheten und andere Groß- und Kleinfabrikanten von Opium verschwinden.

Abgewiesener erschießt Geliebte und Mutter

In St. Etienne in Frankreich schoß ein 21jähriger Bankangestellter seine 15jährige Freundin und ihre Mutter nieder. Während die Mutter sofort tot liegt das Mädchen zurzeit noch im Sterben. Der Grund zu diesem Doppelmord ist in der entschiedenen Weigerung der Mutter zu suchen, die ihr Kind nicht dem jungen Mann zur Frau geben wollte.

Erdbeben auf Java

Nach einer Meldung aus London wurde in Mittel-Java durch sieben Erdstöße riesiger Sachschaden angerichtet. Allein in dem Dorf Propoed wurden durch Einsturz eines Fabrikschornsteins 6 Personen getötet.

Drei Kinder bei einem Brand erstickt

Während am Montag ein Bergmannsehepaar aus Dileberg bei Saarbrücken Verwandte besuchten, sind drei Kinder bei einem Brande in der Wohnung erstickt. Die Frau hatte das 7 Jahre alte und die 5 und 4 Jahre alten Jungen in dem neben der Küche gelegenen Schlafzimmer zu Bett gebracht. Während der vierstündigen Abwesenheit der Eltern müssen wahrscheinlich die am Küchenherd hängenden Tücher Feuer gefangen haben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310122-19/fragment/page=0004

Die nächsten und höheren Aufgaben der KPD.

Resolution des Zentralkomitees zur politischen Lage und den Aufgaben der Partei

1. Die Analyse der Situation und die Perspektiven der Entwicklung

1. Verschärfung der politischen Lage, außerordentliche Zuspitzung des Klassenkampfes, Revolutionierung der arbeitenden Massen, Erschütterung der bürgerlichen Klassenherrschaft bei gleichzeitiger Steigerung der faschistischen Gefahr, — das waren die grundlegenden Tatsachen, die unsere Partei bei ihrer richtigen Analyse der **Reichstagswahl vom 14. September 1930** hervorhob. Inzwischen ist die allgemeine Entwicklung in Deutschland und im Weltmaßstabe in der gleichen Richtung erheblich weiter fortgeschritten. Die Sowjetunion ist unter Führung der KPSU., durch die gigantischen Erfolge bei der Durchführung des Fünfjahrplanes, in die Periode des Sozialismus eingetreten. Der Sozialismus in der Sowjetunion bedeutet einen Faktor ständiger Verschärfung für die Krise des kapitalistischen Systems im Weltmaßstabe und verstärkt zugleich den revolutionären Aufschwung des Proletariats als das wichtigste Bollwerk des internationalen proletarischen Klassenkampfes. Die

Krise des Kapitalismus in Deutschland

die sich im Rahmen der Weltwirtschaftskrise auf dem Boden der allgemeinen Krise des kapitalistischen Weltsystems entfaltet, steigt weiter und hat noch keineswegs ihren Höhepunkt erreicht. Auf ökonomischem Gebiet kommt diese Krise des Kapitalismus vor allem zum Ausdruck in den ungeheuren **Absatzschwierigkeiten** der deutschen Industrie, die sich aus der Erschütterung des Weltmarktes und der ungeheuren Verengerung des Innenmarktes ergeben. Ihre Folgen sind die schroffe Herabsetzung der Ausnutzung der Produktionsmöglichkeiten (53,4 Prozent der gesamten Kapazität im Durchschnitt), die außerordentliche Einschränkung der Produktion, massenhafte Stillegung von Betrieben, Produktionssabotage durch das Unternehmertum, die Millionen Arbeiter entlässt und systematisch erfolgt. In enger Wechselwirkung mit der Industriekrise entwickelt sich die langdauernde und tiefgehende **Agrarkrise** fort. Mit diesen Hauptfaktoren der allgemeinen Krise verbunden, wächst die Krise der Staatsfinanzen und des Geld- und Kreditwesens. Auf dem Boden der Krise der kapitalistischen Wirtschaft zeigt sich die ernstliche Erschütterung des politischen Ueberbaues der bürgerlichen Klassenherrschaft, die politische Krise der bürgerlichen Staatsgewalt.

Mit der weiteren Verschärfung der ökonomischen und politischen Krise in Deutschland entstehen bereits

Tendenzen einer revolutionären Krise

im Lande. **Wie weit diese Tendenzen wachsen und sich entfalten, hängt in erster Linie vom Gang des Klassenkampfes, von der Kraftentfaltung und Massenaktivität des revolutionären Proletariats unter Führung der Kommunistischen Partei ab.**

2. Die Krise des kapitalistischen Weltsystems findet gegenwärtig in Deutschland von allen Ländern ihren schärfsten ökonomischen und politischen Ausdruck. Diese historische Besonderheit der Krise in Deutschland erklärt sich aus der Verschärfung der allgemeinen Faktoren der Weltkrise durch die spezifischen konkreten Bedingungen der Lage Deutschlands als eines **besiegten Landes**, das unter ungeheuren Lasten des imperialistischen Versailler Raub- und Unterdrückungssystems (territoriale Zerreißung des Landes, politische Fesseln des Versailler Vertrages, Reparationslasten des Young-Planes usw.) zusammenbricht. Die besondere Schärfe der Krise, die Verelendung der breiten Massen durch Erwerbslosigkeit, Kurzarbeit, Lohnabbau, Steuern, Zölle, der heftige Angriff auf die Sozialversicherung und Abbau aller sozialen Leistungen, der Ruin unzähliger Existenzen des werktätigen Mittelstandes durch den Monopolkapitalismus, die Vernichtung breiter Teile der arbeitenden Bauernschaft im Gefolge der Agrarkrise, — alle diese Faktoren erzeugen einen mächtigen

revolutionären Aufschwung der Arbeiterbewegung

eine stürmische Empörung der breitesten Massen des werktätigen Volkes gegen die soziale und nationale Unterdrückung, gegen die unerträglichen Lasten des Young-Planes und im wachsenden Maße gegen das kapitalistische Ausbeutersystem überhaupt. Die deutsche Bourgeoisie setzt ihre rücksichtslose Unternehmeroffensive, den brutalsten Plünderungsfeldzug gegen die arbeitenden Millionenmassen, den die Geschichte des Kapitalismus je gekannt hat, fort. Um ihr banktrottes Herrschaftssystem aufrecht zu erhalten, um den Hungerexport gegen die kapitalistische Konkurrenz auf dem Weltmarkt zu sichern, bedient sich die Bourgeoisie bei ihrem Generalangriff auf die Lebenshaltung der arbeitenden Massen nicht nur der „üblichen", „traditionellen" Unterdrückungsmethoden, sondern geht neben der verschärften Handhabung des Staatsapparates und der Ausnutzung der verräterischen Führer der Sozialdemokratie in steigendem Maße zur **Anwendung faschistischer Gewaltmethoden**, zur Ausübung eines brutalen Terrors gegen die Arbeiterbewegung mit Hilfe der vom Großkapital organisierten und finanzierten faschistischen Massenbewegung über. Sie versucht dabei, die wachsende antikapitalistische Stimmung der ruinierten kleinbürgerlichen Massen und Bauern, ihre Wut über die soziale und nationale Unterdrückung des Volkes, mit Hilfe der nationalsozialistischen Ideologie für ihre reaktionären volksfeindlichen Zwecke einzufangen und sie als

Sturmbock gegen die drohende proletarische Revolution

zu benutzen.

3. Während der revolutionäre Aufschwung der Arbeiterbewegung auch nach den Wahlen vom 14. September 1930 unvermindert anstieg, hat die Bourgeoisie einen weiteren entscheidenden Schritt auf dem Wege der Faschisierung ihrer Staatsmacht getan. Die Regierung Brüning, die die letzten revolutionären Errungenschaften von 1918 abbaute, die Weimarer Verfassung faktisch für Stück außer Kraft setzt, das Parlament ausschaltet und sich zum Vollzugsorgan der wütenden Unternehmeroffensive auf die Lebenshaltung des Proletariats, der Angestellten, Beamten und aller Werktätigen macht, ist zur

Regierung der Durchführung der faschistischen Diktatur

geworden. Sie stützt sich dabei sowohl auf die **sozialdemokratische Führerschaft**, die trotz dem wachsenden antifaschistischen Kampfwillen der sozialdemokratischen Arbeiter alle reformistischen Arbeiterorganisationen in den Dienst der Faschisierung zu stellen versuchen, als auch auf die **nationalsozialistischen Terrorbanden**, die die Stoßkraft der proletarischen Revolution gewaltsam brechen wollen. Der schrankenlose Polizeiterror gegen die revolutionäre Bewegung, insbesondere gegen die steigende Welle der Massenstreiks, die Verfolgungen der kommunistischen Presse, die Verbote von Versammlungen und Kundgebungen, das bewaffnete Auseinanderschlagen von Demonstrationen, wobei es mehrfach zur Erschießung von Arbeitern kam, werden unter besonders aktiver Mitwirkung des sozialdemokratischen Polizeiapparates mit Severing, Schönfelder, Heilmann und Co. an der Spitze durch die Regierung Brüning organisiert.

Die Diktatur des Kapitals hat damit in Deutschland den Charakter einer ausreifenden, wenn auch noch nicht ausgereiften faschistischen Diktatur angenommen.

Der Faschismus spielt hierbei keineswegs eine selbständige Rolle, unabhängig vom Klassenkampf, sondern er stellt lediglich eine bestimmte Form der

Diktatur des Kapitals

dar. Die Diktatur des Kapitals stößt dabei auf den immer stärkeren, hartnäckigeren, massenhafteren und erbittertere Widerstand der Arbeiterklasse unter Führung der Kommunistischen Partei, der schon im gegenwärtigen Moment ein **entscheidendes Hindernis auf dem Wege der Verwirklichung der faschistischen Diktatur ist.** Gestützt auf die RGO. und die übrigen proletarischen Massenorganisationen stellt sich die Kommunistische Partei zur Aufgabe, das **Ausreifen** der faschistischen Diktatur durch den **Sieg der proletarischen Revolution** zu verhindern.

4. Die Revolutionierung der Massen fand in den **Wahlen vom 14. September 1930** einen weithin sichtbaren Ausdruck. (stürmisches Anwachsen der Kommunistischen Partei, Losreißung einer Million Werktätiger von der Sozialdemokratie und ihr Uebergang zum Kommunismus, Eroberung der proletarischen Mehrheit durch die Kommunisten in Berlin und in den entscheidenden Industriezentren wie Ruhrgebiet, Niederrhein, Halle-Merseburg, Oberschlesien, gewisse Erfolge gegenüber dem Zentrum in Rheinland-Westfalen, erstes Eindringen der Kommunisten in die Mittelschichten, Wachstum der Kommunisten auf dem flachen Lande usw.). Inzwischen hat der revolutionäre Aufschwung neue und höhere Formen angenommen. (Politischer Massenstreik in Danzig.)

Insbesondere sind drei Hauptrichtungen der aufsteigenden revolutionären Masseninitiative festzustellen: der Massenkampf der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen gegen die Unternehmeroffensive, der Massenkampf der Werktätigen gegen die Durchführung der faschistischen Diktatur seitens der Regierung Brüning, die stürmische Welle des antifaschistischen Massenkampfes gegen die Mordtaten und Drohungen der Nationalsozialisten.

Die Partei hat in den genannten drei Hauptrichtungen des Massenkampfes eine Reihe der größten Fortschritte zu verzeichnen und kämpft mit wachsendem Erfolg um die Führung aller dieser proletarischen Bewegungen. Das wichtigste Kettenglied der proletarischen Revolution ist zweifellos unter den gegenwärtigen Bedingungen die wirkliche Organisierung und erfolgreiche Führung der proletarischen Wirtschaftskämpfe, vor allem der

Massenstreiks gegen Lohnabbau und Entlassungen

durch die **Revolutionäre Gewerkschaftsopposition**. Der **Berliner Metallarbeiterstreik**, der unter dem Druck der RGO. zustande kam, die **Bergarbeiterstreiks** an der **Ruhr** und in **Oberschlesien** und eine Reihe kleinerer Bewegungen, die von der RGO. in schärfstem Kampfe gegen den reformistischen, christlichen Gewerkschaftsapparat, gegen Unternehmertum, Staatsmacht und Faschismus ausgelöst wurden, zeigten, daß die Partei und die RGO. im **Kampf um die wirkliche praktische Führung der Wirtschaftskämpfe** des gesamten Proletariats Fortschritte erzielen. Bisher haben wir jedoch nur die allerersten und unzureichenden Erfolge auf diesem Gebiet zu verzeichnen.

Die jüngsten Bewegungen und Massenstreiks offenbarten zugleich mit der ungeheuren Steigerung der Kampfkraft und des revolutionären Kampfgeistes der breitesten Massen eine außerordentliche organisatorische Schwäche, mangelndes Orientierungsvermögen, einen Mangel an Entschlossenheit und praktischer Taktik der Partei und der RGO. Hier muß in allen unsren Organisationen von unten bis oben die schärfste **bolschewistische Selbstkritik** einsetzen. Das Plenum des Zentralkomitees fordert die Partei, die RGO. und alle revolutionären Massenorganisationen auf, das Höchstmaß ihrer gesamten Kraft auf die Verbesserung und Verstärkung ihrer Tätigkeit zur Organisierung und Führung der proletarischen Wirtschaftskämpfe, der Streiks gegen die Unternehmeroffensive zu konzentrieren. Alle derartigen Bewegungen, ganz besonders **Streikkämpfe haben die allergrößte politische Bedeutung.** In der gegenwärtigen Situation ist

jeder Wirtschaftskampf ein ausgesprochen politischer Kampf,

dessen Tragweite mit der Zahl der Kämpfenden, der Festigkeit der Kampfführung durch die RGO. und den Reifegrad des politischen Bewußtseins der kämpfenden Massen wächst. Die Streikbewegungen der Arbeitermassen und die Kampfaktionen der Erwerbslosen (Demonstrationen, Aktivität der Erwerbslosenstaffeln, Hungermärsche, Solidarität mit den Betriebsarbeitern, Teilnahme an allen politischen Kampagnen u. a.) dürfen nicht künstlich vom **Kampf gegen die Durchführung der faschistischen Diktatur** und vom allgemeinen antifaschistischen Massenkampf getrennt werden. Streiks und Erwerbslosenaktionen sind vielmehr ein untrennbarer Bestandteil, ja, im gegenwärtigen Moment der allerwichtigste Bestandteil des antifaschistischen Massenkampfes.

2. Die Hauptaufgaben der Partei

1. Angesichts der wachsenden Zuspitzung der Klassensituation und der drohenden Hungerkatastrophe für die breitesten Massen ergibt sich die Aufgabe für die Partei, auf der Linie unseres **Freiheitsprogrammes** den revolutionären Ausweg aus der Krise zu propagieren. Damit wird die

Losung der Volksrevolution zur strategischen Hauptlosung der Partei.

Die Volksrevolution ist nur ein Synonym der proletarischen, sozialistischen Revolution. Die Anwendung dieser Losung kann nicht im Sinne einer kurzfristigen Aktionslosung, sondern muß als Zusammenfassung aller bestehenden Bewegungen erfolgen als **strategisches Ziel**, dem alle Tageskämpfe, Teilaktionen und Teilforderungen untergeordnet sind.

Mit der Verschärfung der Situation, der Entstehung von Tendenzen einer revolutionären Krise wird der politische Massenstreik zum wichtigsten Kampfmittel in dieser Situation.

Die Partei muß unter den breitesten Massen den Charakter der **proletarischen sozialistischen Revolution** als einer wirklichen Volksrevolution unter der Hegemonie des Proletariats im Sinne von Marx und Lenin klären und verankern.

Die Volksrevolution erfordert die Eroberung der Mehrheit des Proletariats durch die Kommunisten und die Führung aller ausgebeuteten und unterdrückten Schichten der Bevölkerung, besonders des notleidenden Mittelstandes und der werktätigen Bauernmassen durch das klassenbewußte Proletariat und seine Vorhut, die Kommunistische Partei. Damit wird zugleich eine **entschlossene Wendung der Partei zur Verlässlichung ihrer Arbeit unter den werktätigen Schichten in Stadt und Land** notwendig, die Mobilisierung der ruinierten und in tiefster Gärung befindlichen **kleinbürgerlichen** und **bäuerlichen** Massen zu ihrer Sammlung für den gemeinsamen Kampf mit dem **Proletariat**, den **Angestellten** und den unteren **Beamten** für die Vernichtung der kapitalistischen Profitwirtschaft und den Sieg des Sozialismus.

2. Als **wichtigste zentrale Tagesaufgabe** steht die

Stärkung und Ausbreitung der RGO.

Die Wirtschaftskämpfe müssen besser vorbereitet, besser ausgelöst, besser durchgeführt werden. **Jede Vernachlässigung der Arbeit an der innergewerkschaftlichen Front wird ein schweres Hemmnis für die erfolgreiche Führung der Wirtschaftskämpfe.** Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition gewinnt in steigendem Maße die Bedeutung eines **Haupthebels zur revolutionären Erfassung und Organisierung der proletarischen Millionenmassen**, zur Isolierung der sozialdemokratischen Führer und zur Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse. Zu diesem Zweck ist die Fraktionsarbeit in den reformistischen Gewerkschaften unbedingt weiterhin notwendig. Der Weg der **Herausbildung selbständiger Gewerkschaften als Massenorganisationen**, die mit der Gründung des **Einheitsverbandes der Berliner Metallarbeiter** und des **Einheitsverbandes der Bergarbeiter Deutschlands** eingeschlagen wurde, muß unter genauer Berücksichtigung der konkreten Verhältnisse mit unbeugsamer Konsequenz weiter beschritten wer-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310122-19/fragment/page=0005

ken. Der Ausbau starker, arbeitsfähiger kommunistischer Fraktionen innerhalb der selbständigen roten Verbände, die ständige Zusammenfassung und Aktivierung der Kommunisten innerhalb dieser Verbände in engster Verbindung mit den Massen der Arbeiterschaft wird ein unentbehrliches Instrument zur Sicherung der Klassenlinie der RGO. Die Beispiele anderer Länder zeigen, daß revolutionäre Gewerkschaften ohne feste kommunistische Fraktionen sehr schnell den Gefahren des Opportunismus oder sektiererischen Entartung ausgesetzt werden. Angesichts der wachsenden Revolutionierung der Massen und des zunehmenden Kampfwillens gegen die Unternehmeroffensive, angesichts der Abkehr der Arbeiterschaft von den sozialfaschistischen und christlichen Verrätern **eröffnen sich neue riesenhafte Entwicklungsmöglichkeiten für die Stärkung der revolutionären Gewerkschaftsbewegung**, die als führende Kraft in den bevorstehenden Wirtschaftskämpfen einen neuen mächtigen Zustrom, sowohl aus den Reihen der organisierten als der unorganisierten Arbeitermassen, erhalten wird.

Die RGO. darf keineswegs zu einer bloßen Lohn- und Tariforganisation werden, auch nicht sich syndikalistisch auf isolierte Betriebsgruppen beschränken. Sie muß den Kampf gegen **alle Formen des Lohnraubes** (direkter Lohnabbau, indirekter Lohnabbau durch Leistungssteigerung und Preishochhaltung, Herabsetzung des Einkommens der Arbeiterklasse durch Erwerbslosigkeit, Senkung des Reallohnes durch Abbau der Sozialversicherung) führen. Besondere Aufmerksamkeit muß die RGO.

der Erwerbslosenbewegung

und den Fragen der Kurzarbeit widmen und **alle Kräfte für den Internationalen Kampftag am 25. Februar einsetzen.**

Die Betriebsrätewahlen,

die in diesem Jahre noch stärker als je zuvor politische Wahlen sind, erfordern die stärkste Aktivität der RGO. bei der Mobilisierung der Belegschaften, bei der Herausarbeitung und Erkämpfung betrieblicher Forderungen und der Herstellung der proletarischen Einheitsfront im Kampfe.

Von besonderer Bedeutung ist die Gewinnung von Massen der notleidenden Angestellten und Landarbeiter, sowie die Ueberwindung der schweren Mängel, die bisher bei der Arbeit unter diesen Schichten bestehen.

Das entscheidende Problem für die weitere Entwicklung der RGO. ist die Hebung des politischen Niveaus ihrer Arbeit. Sie muß zu allen großen politischen Fragen Stellung nehmen. Ihre Aufgabe ist die aktivste, führende und organisierende Anteilnahme am Massenkampf gegen die faschistische Diktatur, an der Organisierung der Volksrevolution.

beziehung der sozialdemokratischen Arbeiter in solche Organisationen und Organe wie die RGO., der Kampfbund gegen den Faschismus, die roten Betriebsräte, die Betriebswehren, Erwerbslosenausschüsse, Aktionsausschüsse gegen den Faschismus.

Unter dem Banner des revolutionären Marxismus müssen wir die sozialdemokratischen Arbeitermassen durch die Praxis unserer revolutionären Politik überzeugen, daß wir die einzige antifaschistische, die einzige antikapitalistische, die einzige Partei des Friedens und des Kampfes für den Sozialismus sind.

5. Die Aufgabe der

Wehrhaftmachung des gesamten Proletariats,

besonders seiner revolutionären Vorhut gegen den faschistischen Terror tritt gegenwärtig in ihre ganzen Göße auf die Tagesordnung. Angesichts der zunehmenden Verfolgung der Kommunistischen Partei und der gesamten revolutionären Bewegung **muß die Partei den entschlossensten Kampf um die Ausnutzung und weitere Ausdehnung aller legalen Möglichkeiten der Arbeiterbewegung führen. Millionenmassen müssen gegen die Verbote und Verbotsabsichten der Bourgeoisie mobilisiert werden und gleichzeitig die Partei trotz aller Verfolgungen auf alle Möglichkeiten der Massenarbeit, auch unter den schwierigsten Bedingungen, gerüstet sein.**

Mit den wachsenden Aufgaben der Partei gilt es, die Werbearbeit unter den Massen der Arbeiter, Angestellten, Frauen und Jugend und Mittelschichten stürmisch zu beleben, die Fluktuation innerhalb der Partei entschlossen zu liquidieren, die Auflage der Parteipresse zu steigern und die Hebung des innerparteilichen Niveaus in theoretischer und politischer Hinsicht, sowie die großzügigste Belebung der gesamten Parteiarbeit in die Wege zu leiten. Vor uns steht

die Aufgabe der Verdoppelung der Mitgliedschaft der Partei und des Jugendverbandes.

3. Unser Massenkampf gegen Faschismus

hat die klare Erkenntnis der Quellen zur Voraussetzung, denen die faschistische Welle in Deutschland entspringt. Zu der allgemeinen Kapitalsoffensive, die auf den revolutionären Aufschwung der Massen stößt und die Bourgeoisie zum Uebergang zu den **faschistischen Formen ihrer Herrschaft** zwingt, tritt Deutschlands spezifische Rolle als besiegtes Land und die Ausplünderung durch den **Youngplan**, die die faschistische Agitation erleichtert. Wir führen den Kampf gegen den Faschismus unter der Fahne unseres Freiheitsprogrammes mit den Losungen des Kampfes für die soziale und nationale Befreiung. Dabei gilt es, alle Grundfragen der deutschen Politik im Sinne der proletarischen Revolution aufzurollen und **das Freiheitsprogramm entsprechend der Verschärfung des Klassenkampfes weiter zu entwickeln.** Wir müssen die zügellose Kriegsrüstungs- und Abenteurerpolitik des deutschen Faschismus, seine mörderische Hetze für den Interventionskrieg gegen die Sowjetunion, wie auch für den Revanchekrieg, vor den Massen entlarven und demgegen- und Bedrohung fremder Völker lösen kann. Von der Partei **entrollen.** Unter allen Werktätigen gilt es, die Ideologie der Solidarität mit den französischen und polnischen Arbeitern tatkräftig zu propagieren. Gegen die chauvinistische Hetze der Faschisten stellen wir unsere Losungen des Kampfes gegen den Weltimperialismus, unsere Forderungen, daß keine Nation unterdrückt werden soll.

Wir sind die einzige Friedenspartei,

die einzige Partei, die alle Grundfragen der deutschen und der internationalen Politik ohne Eroberungskrieg, ohne Knechtung und Bedrohung fremder Völker lösen lösen kann. Vor der Partei steht die Aufgabe, zu verhindern, daß der Nationalsozialismus in die Arbeiterklasse eindringt und darüber hinaus **die Aufgabe der Losreißung und Gewinnung der irregeführten nationalsozialistischen Arbeiter, Angestellten und Werktätigen.**

4. Im Lager der sozialdemokratischen Arbeiter vollzieht sich die wachsende Radikalisierung und Empörung gegen die Politik der sozialfaschistischen Führer, die die Rolle der Brüning-Regierung als einer Regierung der Durchführung der faschistischen Diktatur leugnen, sie vor den Massen als das kleinere Uebel zu beschönigen versuchen und zugleich selbst die Aufgabe einer Hilfspolizei des Faschismus übernehmen. Angesichts dieser Gärung unter den sozialdemokratischen Anhängern, angesichts der Krise der reformistischen Theorie erwächst für uns in ihrer ganzen Größe die

entscheidende Aufgabe der Liquidierung des Masseneinflusses der SPD.

und der Liquidierung der SAJ., die Aufgabe, die Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern und proletarischen Reichsbannermitgliedern herzustellen. Unseren schärfsten Kampf müssen wir gegen die linke SPD., als dem gefährlichsten Feind innerhalb der Sozialdemokratie richten. **Eine systematische politische und organisatorische Arbeit ist zur Gewinnung der oppositionellen SPD.-Arbeiter notwendig.**

Neue Formen der proletarischen Einheitsfront müssen geschaffen werden. Dazu gehören die **Antifaschistischen Delegiertenkonferenzen** und die örtlichen und bezirklichen Aktionsausschüsse gegen den Faschismus.

Die Liquidierung des Masseneinflusses der SPD. ist nicht eine einfache Aufgabe der Agitation, sondern vor allem **eine Frage des aktiven Kampfes der Massen.** Darum stehen die Probleme der Einbeziehung der **sozialdemokratischen** Arbeitermassen in den Wirtschaftskampf wie in den antifaschistischen Kampf, den Kampf gegen die Durchführung der faschistischen Diktatur, Seite an Seite mit den kommunistischen Arbeitern, die Probleme der Ein-

6. Angesichts der höheren Stufe der faschistischen Entwicklung Deutschlands schließt sich zugleich der Ring der **imperialistischen Interventionsfront gegen die Sowjetunion. Die doppelte Kriegsgefahr**, in erster Linie des Interventionskrieges gegen die Sowjetunion, in dem Deutschland als Aufmarschgebiet und das deutsche Proletariat als Kanonenfutter des internationalen Finanzkapitals eingesetzt werden soll, wie auch des imperialistischen Revanchekrieges, **zwingt die Kommunistische Partei, alle Kräfte der Massen zur Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes, zum Kampfbündnis mit der proletarischen Staatsmacht und der Roten Armee zu mobilisieren.**

Dabei müssen wir mit eiserner Konsequenz den Massen einschärfen, daß es nur **eine** wirkliche Garantie gegen die imperialistische Kriegsgefahr, nur eine wirkliche Sicherung des sozialistischen Aufbaues der Sowjetunion gegen die Pläne der Imperialisten geben kann:

den siegreichen Aufstieg des deutschen Proletariats zur Macht, den roten Oktober Deutschlands als zweite Etappe der proletarischen Weltrevolution!

Wilhelm II. im Naturschutzpark

Die holländische Regierung hat, wie von der bürgerlichen Presse freudestrahlend gemeldet wird, ein Gesetz erlassen, wonach der Wohnsitz des ehemaligen Kaisers Wilhelms II. Haus Doorn, zum Naturschutzpark erklärt wird. Sicherlich deshalb, weil Wilhelm II. darin wohnt. Er ist also durch eine Staatsaktion zu einem Museumsstück erklärt worden. Nur noch einen Schritt und man wird ihn von Staats wegen reif für das Panoptikum erklären. — Die Sozialdemokraten aber und alle übrigen bürgerlichen Parteien haben diesem Manne viele hunderte Millionen nach Holland nachgeworfen.

Arbeiter-Sport

Fußballsparte. Bezirk Halle

Das Spiel Merseburg 1. — ASV. 1. muß ½2 Uhr und Merseburg 2. — ASV. 2. 12 Uhr stattfinden. Dies dem Schiri und den Mannschaften zur Kenntnis.

Merseburg 3 spielt ½3 Uhr gegen Weßmar-Raßnitz 2. Die Plätze sind spielfähig.

ASC. Halle. Freitag, 23. Januar, geschlossen Antreten Paradeplatz zur Sportlerversammlung im „Volkspark" ¾7 Uhr. Nachdem Versammlung bei Albrecht, Vereinslokal. Alles hat restlos zu erscheinen.

Atlas. Freitag fällt die Uebungsstunde der Schwerathletik aus. Alle Sportgenossen beteiligen sich an der öffentlichen Sportlerversammlung des Kartells. Antreten 18¾ Uhr „Granate".

Freier Wassersportverein. Sonnabend, den 24. Januar, abends 8 Uhr, im „Volkspark" **Generalversammlung.** Tagesordnung: 1. Protokoll. 2. Eingänge. 3. Berichte: Geschäftsbericht, Kassenbericht, Technischer Bericht. 4. Bericht über die Zentralisation FTS. 30 und FWV. 5. Vorstandswahl. 6. Verschiedenes. **Der Vorstand.**

Arbeiter-Radfahrer- und Kraftfahrer-Vereinigung Halle. Es wird allen Genossen zur Pflicht gemacht, am Freitag, dem 23. Januar, 7 Uhr anzutreten auf dem Paradeplatz zur Demonstration nach dem „Volkspark". 295

Franz Elschner, 1. Vorsitzender.

Rundfunk-Programm

Freitag, 23. Januar

9.45 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 9.50 Uhr: Wetterdienst und Verkehrsfunk. 9.55 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms. 10 Uhr: Uebertragung des Festaktes anläßlich des 100jährigen Bestehens der Oeffentlichen Höheren Handelslehranstalt Leipzig. 10.30 Uhr: Schulfunk. 11 Uhr: Werbenachrichten außerhalb des Programms der Mitteldeutschen Rundfunk A.-G. 11.45 Uhr: Wetterdienst, Wasserstandsmeldungen und Schneebericht. 12 Uhr: Orchesterkonzert (Schallplatten). 12.55 Uhr: Nauener Zeitzeichen (Schluß 13 Uhr). 13 Uhr: Wettervoraussage, Presse- und Börsenbericht. Anschließend: Tossy Spiwakowsky und Yehudi Menuhin spielen (Schallplatten). 13.45 Uhr: „Sachsen braucht Arbeit". 14.30 Uhr: Studio der Mitteldeutschen Sender. 15.15 Uhr: Dienst der Landfrau. 15.40 Uhr: Wirtschaftsnachrichten 16 Uhr: Wissenschaftliche Umschau. 16.30 Uhr: Tanzrhythmen. 17.30 bis 17.35 Uhr: Wettervoraussage und Zeitangabe. 17.55 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 18.05 Uhr: Sprachenfunk (Esperanto). 18.20 Uhr: Englisch. 19 Uhr: Stunde der Technik Ultraschallwellen. 19.30 Uhr: Werke von Leon Jessel. 20.30 Uhr: Hugo von Hofmannsthal: Dialog über Gedichte. 21 Uhr: Die Sendeleitung spricht. 21.20 Uhr: Eine Stunde spanischer Musik. 22.20 Uhr: Nachrichtendienst 2 und Schneebericht. Anschließend bis 23.30 Uhr: Walzerstunde (Schallplatten).

Sonnabend, 24. Januar

10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 10.05 Uhr: Wetterdienst und Verkehrsfunk. 10.10 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms. 10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11 Uhr: Werbenachrichten außerhalb des Programms der Mitteldeutschen Rundfunk A.-G. 11.45 Uhr: Wetterdienst, Wasserstandsmeldungen und Schneebericht. 12 Uhr: Schallplattenkonzert. 12.30 Uhr: Schulfunk. 12.55 Uhr: Nauener Zeitzeichen (Schluß 13 Uhr). 13 Uhr: Wettervoraussage, Presse- und Börsenbericht. Anschließend: Wunschprogramm (Schallplatten). 14.30 Uhr: Bastelstunde für die Jugend. [illegible] Uhr: Napoleon in Erfurt. 15.45 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 16 Uhr: [illegible] Jugendlichen. 16.30 Uhr: Nachmittagskonzert. 17.30 Uhr: Wettervoraussage, Zeitangabe. Anschließend bis 17.45 Uhr: Funkhilfe. 18 Uhr: [illegible] 18.20 Uhr: Deutsch. Schreibe, wie Du sprichst. 18.40 Uhr: Walther Victor: [illegible] enden, ist ungewiß. 19 Uhr: Der Zeitungsroman (zur Vortragsfolge „Die [illegible] 19.30 Uhr: „Die Zauberflöten", Oper in zwei Akten von Wolfgang Amadeus [illegible] 22.15 Uhr: Nachrichtendienst und Sonntagsprogramm. Anschließend bis [illegible] Tanzmusik.

Briefkasten

Ziegenrück, Grube „Marianne". Bericht ist äußerst unaktuell und widerspr[illegible] Bitte schreibt den Sachverhalt noch einmal, vor allen Dingen wies jetzt [illegible] Ueberstundenschieberei aussieht.

Wie wird das Wetter

Freitag: Südwestliche bis südliche Winde, zunehmende [Be]wölkung im Westen des Bezirks, im Harz stellenweise leichte [Nieder]schläge. Im übrigen ganz oder vorwiegend trocken. Etwas m[illegible]

Sonnabend: Keine wesentliche Aenderung des Witterungscharakters.

Verantwortlich: Ernst Schneller, Berlin, für Politik und Beilagen; [illegible] Rothe, Halle, für Lokales und Saalkreis; Ella Seidel, Halle, für [illegible] Kurt Kühn, Merseburg, für Betriebe und Gewerkschaften; Arthur [illegible] Halle für Anzeigenteil.

Neue weiße Bohnen . . 1 Pfd. 20 ₰
Neue Linsen . . 1 Pfd. 35, 25 u. 20 ₰
Neue Viktoria-Erbsen . . 1 Pfd. 19 ₰
Neue grüne Erbsen . . 1 Pfd. 19 ₰
Neue getr. Pflaumen 1 Pfd. 50 u. 35 ₰
Mischobst letzter Ernte . . 1 Pfd. 60 ₰
Prima Pflaumenmus . . 1 Pfd. 35 ₰
Rübensaft, dick und süß . . 1 Pfd. 30 ₰
Sirup brauner . . 1 Pfd. 35 ₰
Neue Heringe . . 10 Stück 55 ₰
Prima harte saure Gurken 1 St. 10 ₰
Neuer Sauerkohl . . 1 Pfd. 8 ₰
Prima Salatöl . . 1 Pfd. 50 ₰
Eier-Makkaroni, prima . . 1 Pfd. 60 ₰
Gerösteter Perl-Kaffee
kräftig und rein . . ¼ Pfd. 80 u. 70 ₰
Louis Eisfeld
Brüderstraße 15, am Markt

Soeben erschienen:
LUDWIG RENN:
Nachkrieg
„Nachkrieg" ist die Fortsetzung von „Krieg". Bürgerkrieg mit Reichswehr und Polizei usw. wird hier packend geschildert
Preis: Leinen Mk. 5.—, brosch. Mk. 3,50
Volksbuchhandlung G.m.b.H.
Halle a. S., Lerchenfeldstraße 14

Lest und verbreitet die kommunistische Presse

Herabgesetzte Preise!
Schlafzimmer-Schränke
Eiche, Birke, Nußb. imit.
130 cm m. Wäscheeinricht. . . 79.—
130 cm m. 3 teilig. Ansicht . . 98.—
130 cm m. W. u. Spiegel . . 119.—
150 cm m. W. u. Spiegel . . 150.—
Flurgarderoben 29.— bis 75.—
Gebr. Jungblut
Albrechtstr. 37
289

Nur 50 Pfennig
beträgt der monatliche Abonnementspreis für das Organ der Werktätigen in Stadt und Land
„Mitteldeutsches Echo"
Bestellungen nehmen alle Trägerinnen und Postanstalten entgegen wie der Verlag, Halle, Lerchenfeldstraße 14

Sohlleder-Ausschnitt 282
empfiehlt billigst
Albert Fabig
Lederhandlung
Hallorenring 7

3 besonders billige Eier-Teigwaren-Werbe-Tage!
Eier-Makkaroni Pfd. 55 Pf.
Eier-Schnittnudeln „ 48 „
Eier-Bruchmakkaroni „ 48 „
und darauf noch unser bekannter hoher Rabatt
Butter-Nossing
Bitterfeld
Walter-Rathenau-Straße, Ecke Mittelstr.
Bismarckstraße, Ecke Zimmerstraße
Dessauer Straße 7 — Greppin, am Bahnhof

Zentralbibliothek Halle, Burgstraße 27
(Volkspark) ca. 5000 Bände stehen allen organisierten Arbeitern und Angestellten zur Verfügung. Lesegebühr Monat 10 Pf.
Geöffnet Dienstag und Donnerstag abends 6 bis 8 Uhr

Aus eigenen Werkstätten
Chaiselongue
Mk. 32.— 38.— 45.— 50.— 55 — 58.—
Sofas 298
Mk. 53, 65, 90, 98
Couch
Mk. 67, 85, 105, 135
Bett-Chaiselongue
Mk. 95, 105, 125, 135
Zahlungserleichterung
Transport frei
Bettenhaus
Bruno Paris
Kleine Ulrichstraße 2 bis Domplatz 9
3 Minuten vom Markt

Sonderangebot in Nähmaschinen
mit klein. Schönheitsfehlern a. d. Möbeln
Rundschiff . . 162.-
„ versenkbar 189.-
Schwingschiff 126.- 99.-
„ versenkbar 153.-
Sämtliche Maschinen nähen vor- und rückwärts. — 3 Jahre Garantie
Teilzahlung 301
nach zu treffender Vereinbarung
K. Möller
Schmeerstraße 1

Einladung

zur ordentlichen Stadtverordneten-Sitzung am Montag, dem 26. Januar, [illegible] (abends 7 Uhr) im Rathaussaale.

Tagesordnung:

a) Oeffentliche Sitzung:

1. Einführung: a) eines unbesoldeten Magistratsmitgliedes, b) eines Stadtverordneten.
2. Wahl des Büros.
3. Wahl der Kommissionen und Deputationen.
4. Kenntnisnahmen und Kassenrevisionsprotokolle.
5. Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Vergnügungssteuerordnung für Gerbstedt.
6. Abänderung des Ortsstatuts über die Wegereinigungspflicht in der Stadt Gerbstedt.
7. Verabschiedung und Vollziehung der neuen Geschäftsordnung.
8. Antrag auf Erlaß des städtischen Zuschlages zur Grundvermögenssteuer.

b) Nichtöffentliche Sitzung:

1. Schreiben des Bauunternehmers Neumann.

Gerbstedt, den 21. Januar 1931.

Der Stadtverordneten[vorsteher] Knopf

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1669156101931012 2-19/fragment/page=0006
DFG

Aus der Arbeit der R.G.O.

Nr. 18 – 11. Jahrg. 1. Beilage — Klassenkampf — Donnerstag, 22. Januar 1931

Die Schleuditzer Lebensmittel- und Getränkearbeiter stehen zur RGO.

Erfolg der Opposition — Niederlage der Bürokratie

A.-K. Am Sonntag fand unsere Generalversammlung statt. Der Vorstand gab einen Rückblick über das verflossene Jahr und über den Mitgliederstand. Auch der Bezirk Leipzig entsandte einen Bezirksleiter. Der Kollege Dietrich sprach als Vertreter der RGO. Er unterzog die gesamte Gewerkschaftsarbeit einer eingehenden Kritik. Vor allem ging er auch ein auf die Lage in der Industrie. Er betonte, daß der Vertreter des Bezirks nicht etwa erschienen sei, um die Kollegen zum Kampf aufzurufen, nein, er kam nur, weil Neuwahl der Leitung stattfand. Der Kollege Dietrich wurde als Vorsitzender vorgeschlagen. Sofort erklärte der Bezirksleiter, jeder Kollege, der ein Amt in der Gewerkschaft annimmt, muß eine Erklärung abgeben, daß er nicht der RGO. angehört. Der Kollege Dietrich erklärte: „Ich werde im Sinne der Gewerkschaft arbeiten, lasse mir aber nicht vorschreiben, daß ich gegen die RGO. kämpfen soll. Das sind meine Klassengenossen, denn was die Gewerkschaftsführung verfolgt, das hat sie bei der Reichstagswahl 1930 gezeigt. Eine Million Mark Verbandsgelder wurden für die SPD.-Wahlfonds gegeben, und als unsere August-Versammlung 1930 50 Mark für die KPD. forderte, da erklärte ein Bezirksleiter Sedlajek: wenn heute die Ortsgruppe 50 Mark bewilligt, stellt sie sich außerhalb des Verbandes. Daraus kann wohl jeder sehen, wer der Spalter ist.

Es wurde sodann zur Wahl geschritten. Der Kollege Dietrich wurde gegen eine Stimme gewählt. **Es kommt nun darauf an, daß die Schleuditzer Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter im Kampfe gegen Unternehmertum und Gewerkschaftsbürokratie zusammenstehen bis zum endgültigen Sieg der Arbeiterklasse!**

Eisenbahner, her zur GRO., wehrt Euch gegen Lohnraub!

A.-K. Eine klägliche Versammlung hatte der Einheitsverband Deutscher Eisenbahner, Zahlstelle Halle. Sorgenvoll wanderten die Blicke Sorgenfreis und des Vorstandes nach der Tür. Man wartete auf die Massen. Man mußte feststellen, daß die RGO. bei ihrer Versammlung mehr Menschen auf die Beine brachte. Die Stimmung in der RGO.-Versammlung war begeistert, die in der reformistischen blieb trübe. Neues haben die Bonzen nicht aufgetischt. Kein Eisenbahner glaubt mehr die Bonzentiraden. Selbst die sogenannte [illegible]ler-Garde, die zuverlässigsten, hat die Lage erkannt.

Mit einem Wochenlohn von 21 Mark (davon gehen auch noch 80 Pf. für den Verband ab) kann ein Eisenbahner einfach nicht auskommen. Die reformistische Versammlung bewies, daß nur in der RGO.-Versammlung wirklich zum Kampf Stellung genommen wird.

Es kommt jetzt darauf an, daß in den Betrieben die Mobilisierungsarbeiten fortgesetzt werden. Die Reichskonferenz der revolutionären Eisenbahner steht in Kürze bevor. In anderen Eisenbahndirektionsbezirken ist die Stimmung bereits streikreif. **Die hallischen Eisenbahner dürfen in der allgemeinen Kampffront nicht zuletzt marschieren.**

Fußtritte für die Verbandsmitglieder

Unglaubliche Frechheiten der Gewerkschaftsbonzen gegen oppositionelle Kollegen

A.-K. Auf dem Verbandsbüro des Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverbandes kam es vor kurzem zu einer Diskussion zwischen einem reformistischen und einem oppositionellen Kollegen. Der Gewerkschaftsbonze Strehner kam zuerst hinzu. Er hörte die Debatte der beiden. Aufgeregt rief er dazwischen, zu dem reformistischen Kollegen gewandt: „Unterhalte Dich doch nicht mit dem A...“ Unser Kollege verbat sich den rüden Ton. Es wurde weiter diskutiert. Unser Genosse bezeichnete Arbeiterverrat als Arbeiterverrat, er nennt die Dinge beim richtigen Namen. Plötzlich erschien der Bonze Strauß und rief „Ich fordere Dich auf, das Lokal zu verlassen, eins — zwei — drei!“

Man bedenke — er forderte ein Gewerkschaftsmitglied auf, die Räume des Verbandes zu verlassen!

Als der Kollege nicht gleich ging, versetzte ihm Strauß einen Fußtritt, den der Betreffende noch zu parieren verstand. Es handelt sich um einen Kollegen, der 10½ Jahre Mitglied der Gewerkschaft ist und der sogar während seines Aufenthaltes im faschistischen Italien seine Verbandsmitgliedschaft aufrechterhielt. Ein Oppositioneller gegen drei Reformisten, da konnte er sich nicht anders helfen als gehen. Verbandsmitglieder, hier müßt Ihr handeln, mit solchen Bonzen müßt Ihr gründlich abrechnen.

Geheimpakt der Bonzen mit den Unternehmern

Sensationelle Enthüllungen der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ — Warum hilft die Gewerkschaftsbürokratie den Lohnraub durchführen?

In ihrer Ausgabe vom 17. Januar macht die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ sensationelle Enthüllungen über die Verhandlungen, die zwischen den Gewerkschaftsführern und den Unternehmern stattgefunden haben. Ueberschrieben ist die Information mit den Worten: „Keine Arbeitsgemeinschaft, aber Annäherung der Führer“. Dann teilt das Blatt mit, daß man bei den Besprechungen „von der Notwendigkeit des Abbaues der Preise und im Zusammenhang damit der Senkung sämtlicher Unkostenfaktoren ausgegangen ist.“ Man sei bis zu dem Entwurf einer gemeinsamen Erklärung gelangt, mit der man um die Jahreswende an die Oeffentlichkeit treten wollte. Wörtlich heißt es weiter:

„Wenn auch nicht an die Wiederaufrichtung der alten Arbeitsgemeinschaft gedacht war, so versprach man sich doch von dem fortzuführenden Gedankenaustausch eine Milderung der bestehenden Gegensätze, die z. B. darin ihren Ausdruck finden sollte, daß die Arbeitgeber bei der Lohnsenkung sich von jedem Schematismus freihalten und andererseits die Gewerkschaften bei entstehenden Arbeitskämpfen Ausartungen zu verhindern suchen sollten.

Leider ist man nun über den Entwurf der gemeinsamen Erklärung nicht hinausgekommen, obwohl die Verhandlungen, wie uns versichert wird, durchaus vom Geiste gegenseitigen Vertrauens und Verstehens getragen waren. Die bereits angesetzte Sitzung im Reichsarbeitsministerium, die unter Vorsitz von Minister Stegerwald stattfinden sollte und in der man die Erklärung verabschieden wollte, konnte nicht stattfinden, weil die Führer der freien Gewerkschaften im letzten Augenblick ihre Zusage zurückzogen. Die gute Erkenntnis konnte wohl die Hemmungen nicht überwinden, die die Furcht vor einem Abschwenken der Gefolgschaft zu radikaleren Organisationen auslöste. So hat man in den beteiligten Kreisen nur die Genugtuung, daß die Verhandlungen zu einer gewissen Annäherung der Führerpersönlichkeiten geführt haben, und die Hoffnung, daß sie früher oder später vielleicht wieder aufgenommen und unter Umständen auch zu einem befriedigenden Abschluß geführt werden können.“

Mit der Enthüllung dieser Tatsachen hat die Arbeiterschaft die genügende Erklärung dafür, daß die sozialdemokratische und christliche Gewerkschaftsbürokratie den Arbeitern, die sich gegen den Lohnraub wehren, mit den niederträchtigsten Mitteln, mit der Organisierung des Streikbruchs, in den Rücken fällt. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer haben mit den Unternehmern über die Durchführung des Lohnabbaues beraten, und beim Kampf der Ruhrbergarbeiter konnte die Arbeiterschaft sehen, wie die Gewerkschaftsbürokratie die getroffenen Abmachungen durchführt. Das Blatt der Zechenbarone kann berichten, daß die Verhandlungen vom Geiste gegenseitigen Vertrauens und Verstehens getragen waren. Ja, nur aus Furcht vor der RGO., aus Furcht vor dem noch rascheren Abschwenken der Arbeitermassen zur Revolutionären Gewerkschaftsopposition haben es die sozialdemokratischen Führer nicht gewagt, ihre Unterschrift unter die schon ausgearbeitete gemeinsame Erklärung zu setzen. Aber wenn auch diese gemeinsame Erklärung nicht unterschrieben wurde, ein geheimer Pakt der Unternehmer und der Gewerkschaftsbürokratie besteht und dieses Bündnis zeigt seine Auswirkungen bei der Lohnabbauoffensive. Die Front von Hitler bis Leipart ist geschlossen. Dieselben Kohlenbarone und Eisenmagnaten, die mit den Leipart und Graßmann ein Vertrauensverhältnis haben, haben mehrfach mit Hitler über die Durchführung der Lohnabbau-Offensive beraten und finanzieren die Nazipartei.

Jetzt werden es wohl Tausende von Arbeitern, die bisher noch zweifelten, glauben, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer bewußt die Lohnabbau-Offensive der Unternehmer unterstützen.

Die SPD.-Führerschaft, die als Gegenleistung von der herrschenden Klasse in Tausenden von Beamtenposten belassen wird, will die kapitalistische Wirtschaft durch den Abbau der Löhne auf der ganzen Linie aus seinen Schwierigkeiten befreien. Ein ebenso verbrecherisches, wie aussichtsloses Beginnen! Denn die Lohnabbau-Offensive in Deutschland hat zur Folge gehabt die Lohnabbau-Offensive in Italien, England, USA., in allen kapitalistischen Ländern. Das von der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie im Verein mit den Unternehmern erstrebte Ziel, durch Hungerlöhne unter Aufrechterhaltung der Riesenprofite der Unternehmer den Auslandsabsatz deutscher Erzeugnisse zu steigern, ist naturnotwendig zum Mißerfolg verurteilt. Das einzige Ergebnis der Lohnabbau-Offensive ist die Vernichtung der Kaufkraft des werktätigen Volkes, über 4 Millionen Arbeitslose, die schwerste wirtschaftliche Schädigung der Kleingewerbetreibenden, Kleinhändler und kleinen Bauern, die von der Konsumkraft der arbeitenden Bevölkerung abhängen. Allerdings können die Arbeitsgemeinschaftler den Erfolg buchen, daß Unternehmer, wie Siemens usw., Riesendividenden von 12 Prozent schlucken können.

Wir fragen nun alle Arbeiter, insbesondere diejenigen, die bisher noch den sozialdemokratischen, christlichen und nationalsozialistischen Führern folgten, was sie zu den Enthüllungen der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ sagen? Ist es nicht notwendig, den Kampf gegen diesen Bund der Ausbeuter und Lohnräuber zu führen?

Wer hat Lust, durch Unterstützung der sozialdemokratischen, christlichen und nationalsozialistischen Führer, immer tiefer in die Verelendung, in die Katastrophe hineinzumarschieren? Wer die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Ausbeuter erkannt hat, der reihe sich ein in die rote Front, die unter Führung der Kommunistischen Partei und der RGO. steht. **Wer sich gegen die Aushungerung und Ausplünderung durch die kapitalistischen Räuber wehren will, schließe ein Bündnis mit den kommunistischen Klassengenossen, die mit allen kampfgewillten Arbeitern gemeinsam gegen das Unternehmertum und gegen die Diktatur-Regierung kämpfen wollen.**

6 Prozent Lohnraub in der Zeitzer Allgemeinindustrie

Die Gewerkschaftsbonzen haben mit den Unternehmern ohne jede Verständigung der Belegschaften einen sechsprozentigen Lohnabbau für die Zeitzer Allgemeinindustrie abgeschlossen. Betriebsarbeiter, Erwerbslose, heraus zur

Massenversammlung am Freitag, dem 23. Januar, 20 Uhr, in der „Reichshalle“!

Mobilisiert alles gegen die Ausbeuter und ihre Lakaien!

Bergkumpels mahnen selbst zum Kampf

„Wir müssen uns wehren, rüstet zum Streik“

Schikanöse Behandlung auf Abraum „Kamerad“

A.-K. Wenn auf dem Abraumbetrieb „Kamerad“ der ungekrönte König Dr. König erscheint, ist immer etwas gefällig. „Was der wohl will?“ — fragen die Kumpels. Der bringt doch sicher wieder Entlassungen mit. Letztens kam König aber nur zur „Kontrolle“. In der Werkstatt traf er einen Lok-Führer und einen Maschinenputzer. König sah das und schon fauchte er ihn an: „Da wintert man die Schweine durch (gemeint sind die Arbeiter), bloß damit sie etwas zu fressen haben, und keiner putzt die Maschine richtig!“

Die Kumpels haben sich das gut gemerkt „Herr“ König. Ihr Verhalten hat wesentlich dazu beigetragen, daß sich viele Kameraden in der RGO. organisierten. Wir werden Ihnen die Zähne zeigen. Wenn Sie sich als Schweinehirt aufführen, werden Sie als solcher behandelt.

Furchtbarer Unternehmerterror auf Grube „Fürstenberg“

A.-K. Als auf Grube „Credner“ die Ansätze zum Streik gemacht wurden, mußten wir auf Grube „Fürstenberg“ ebenfalls gründliche Kampfmaßnahmen treffen. Wenn beide Gruben und schließlich noch die dritte im Oberröblinger Revier, Grube „Rieser“, dazugekommen wäre, dann sähe es doch ein wenig anders aus.

Durch das Zurückweichen der Kumpels vor jedem Unternehmerangriff hat sich die Lage so katastrophal verschlechtert, daß sie allen unerträglich erscheint.

Kumpels, die schon 15 und 20 Jahre bei den Riebeckschen Montanwerken arbeiteten, wurden kurzerhand entlassen. Die noch im Betriebe Bleibenden sollen ihre Arbeit mit leisten. Bei dem famosen Obersteiger Meinicke ist sogar Krankheit ein „Entlassungsgrund“. Wer wegen Krankheit aussetzt, wird entlassen, die Krankheit muß erst von Meinicke anerkannt sein. Erst wenn der Kumpel am Förderwagen zusammenbricht, ist er krank. Im höchsten Falle verdient der Kumpel jetzt pro Schicht 8 Mark. Das Tempo ist dabei nicht auszuhalten. Jeder Kumpel sollte jetzt nicht etwa denken: „Es ist nichts zu machen, ein Streik wird nicht zustande kommen.“

Erst recht muß die Kampfmobilisierung überall einsetzen. Die Profitschinder von Riebecks kriegen nie genug. Wir müssen uns wehren, Kumpels!

Kuriert den Nazi-Obersteiger auf Grube „Hermann“

Auf der Grube „Hermann“ schwingt der Nazi-Obersteiger Zech die Antreiberpeitsche. Der Naziheld wurde des öfteren schon angeprangert. Was er aber diese Woche gegen die Arbeiterschaft riskierte, das übertrifft alle vorhergegangenen Vorfälle. Eines Morgens ging er auf den Fördermann H. los und versuchte, ihn zu provozieren. Zum erstenmal mißglückte der Versuch. Nach dem Frühstück wurde er wiederholt. Der Fördermann H. muß einmal husten. Dadurch glaubt sich der Hakenkreuzler belästigt (!). Wie ein angeschossener Eber stürzt er auf H. zu, überschüttet ihn mit ganz gemeinen Redensarten, Du „dämliches Schwein“, „großes Rindvieh“, „Brummochse“, „dummes Vieh“ usw. Die übrigen Kumpels wußten augenblicklich nicht, was los war. Sie glaubten, daß Zech vom Wahnsinn befallen sei, da er mit Armen und Beinen in der Luft herumfuchtelte. Das Verhalten Zechs rief einen großen Unwillen hervor. Die Belegschaft empörte sich den ganzen Tag darüber. Hier muß aber offen ausgesprochen werden, daß die Belegschaft weitergehen muß. Sie muß **Kampfmaßnahmen ergreifen. Bei solcher unwürdigen Behandlung ist sofort die Arbeit niederzulegen. Kumpels, marschiert geschlossen vor die Bude des Betriebsleiters. Verlangt die Entlassung Zechs.**

Im übrigen gilt es, wie in anderen Gruben, starke Betriebsgruppen der RGO. zu schaffen und damit die Voraussetzungen zum Kampf für bessere Arbeits- und Lohnbedingungen.

Mansfeldbonzen schicken Faschisten in die Betriebe

So sieht die Tätigkeit der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbonzen aus!

Ein Reichsbannerkamerad aus Großörner schreibt folgendes:

Durch den Mansfeld-Streik wurde ich gemaßregelt. Ich erhalte allerdings keine Gemaßregeltenunterstützung. Jetzt erfuhr ich, daß nach dem Streik zwei Mann auf dem Vitzthumschacht angefangen haben, die vorher nicht dort gearbeitet hatten. Es waren Leute vom „Jungdeutschen Orden“! Darauf ging ich zum Metallarbeiterverbandsbüro in Hettstedt. Ich teilte den Sachverhalt dem Renegaten und Generalphraseur Weber mit. Dieser setzte sich an das Telephon und rief den Bonzen Martin Kiesner vom Bergbauindustrieverband in Eisleben an. Er fragte: „Kollege, sag mal, hast Du viel Schwierigkeiten mit der A.-G. gehabt, wie Du die zwei Kameraden von Großörner auf dem Schacht angebracht hast?“

Antwort: Kiesner!?

Weber: „Ich habe nämlich hier noch einen guten Kollegen.“

Antwort Kiesner?

Weber sagte dann zu mir: „Kollege, Du sollst nach Eisleben zum Kollegen Kiesner ins Büro kommen.“

In Eisleben beim Bonzen Martin Kiesner angelangt, fragte dieser mich nun: „Sag mal, Kollege, woher weißt Du das denn alles usw.“ Ich erzählte es ihm und sagte: „Es ist doch nicht schön von Euch, daß Ihr solche Sachen macht, wir sind durch den Streik gemaßregelt und Ihr als unsere Vertreter (Kiesner ist reformistischer Betriebsratsvorsitzender) verschafft den Stahlhelmern Arbeit.“ Darauf sagte Martin Kiesner wörtlich:

„Na, Kollege, wo wird wohl keine Schiebung gemacht? Also, Kollege, geh' ruhig wieder nach Hause, ich werde mein Möglichstes schon tun und lasse Dir Bescheid zukommen.“

Bis heute habe ich noch nichts davon gehört. Ich bin zu der Einsicht gekommen, die Bonzen bringen Faschisten unter. Die Versammlung gegen Faschismus am 1. Februar können die Bonzen ruhig fallen lassen, denn wir wissen ganz genau, daß Sie es im Kampf gegen den Faschismus nicht ernst meinen. Die klassenbewußten Arbeiter werden Euch fernbleiben und sich restlos der revolutionären Klassenfront anschließen, bis wir uns endlich vom kapitalistischen Joch freigemacht haben.

Dieser Brief ist klar genug, benutzt ihn im Mansfeld-Land als **Mahnung zur revolutionären Kampfeinheit, als Mahnung zum Kampf selbst. Nieder mit National- und Sozialfaschisten!**

Der Leuna-Bonze Fischer schließt oppositionelle Fabrikarbeiter aus

A.-K. Nach einem Verfahren, das neun Monate dauerte, hat es der Gewerkschaftsbonze Fischer in Merseburg fertiggebracht, unsern Genossen Fritz Burkhard, Naumburg, aus dem Fabrikarbeiterverband hinauszubugsieren. Den Grund für den Ausschluß motiviert man mit der Losung: Zu gute Arbeit für die RGO.! Wenn Burkhard gute Arbeit für die RGO. geleistet hat, ist das nur richtig. Dann wird die RGO.-Fraktion diese Arbeit fortsetzen, dann werden die Maßnahmen eines Fischer nichts nützen. Burkhard soll die Gewerkschaften, das heißt ihre Praxis, mit Stacheldrahtverhauen verglichen haben, die um die kapitalistischen Festungen herumgezogen sind. Dieser Vergleich wurde in einer Leipziger Leunaarbeiterversammlung gemacht. Fischer hat darüber getobt. Derselbe Fischer, der kein gutes Haar an der Taktik der reformistischen Führung ließ, zu jener Zeit, als er noch „Kommunist“ war. Er wurde bekanntlich vor Jahren aus der KPD. ausgeschlossen wegen seiner oppositionellen Politik. Heute, wo er gegen die Proleten arbeitet, ist er wohlbestallter Sekretär, heute schließt er oppositionelle Kollegen aus. Unsere Antwort ist und bleibt: erst recht gute RGO.-Arbeit in Betrieben und Gewerkschaften.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310122-19/fragment/page=0007

An die Arbeiterschaft von Teuchern!

Klassengenossen, Arbeiter, Frauen!

Wiederum wurden Arbeiter von Teuchern von dem Gummiknüppel der Krüger-Polizei blutig geschlagen. Was wollte die Polizei gestern in Teuchern? Wer hat sie gerufen? Bekanntlich fand gestern die Stadtverordnetenversammlung statt. Gemäß dem parlamentarischen Brauch wird in der ersten Stadtverordnetenversammlung des Jahres der Stadtverordnetenvorstand neu gewählt. Als Vertreter der stärksten Partei stellte die kommunistische Fraktion bisher den Stadtverordnetenvorsteher. Vor kurzem führte die Sozialdemokratie mit der Fraktion des Bürgertums Verhandlungen durch, über die ein Einverständnis über folgende Fragen getroffen wurde:

1. Die sozialdemokratische Fraktion ermöglicht es den Bürgerlichen, den Stadtverordnetenvorsteherposten, und zwar durch Schlehan, zu besetzen.

2. Die Bürgerlichen verpflichten sich, sofort zu beantragen, daß in Zukunft der Eintritt zum Sitzungssaal nur gegen Karten, die in beschränkter Zahl herausgegeben werden, erfolgen darf.

3. An Stelle des bisherigen Bürgermeisters Schilken, der zum Rücktritt durch die SPD.-Unterbezirksleitung gezwungen wurde, da er den Kampf gegen die Kommunisten noch nicht scharf genug führte, tritt die bürgerliche Fraktion geschlossen für den von der SPD. im Einverständnis mit dem Regierungspräsidenten Harnack und dem Landrat Zimmermann vorzuschlagenden sozialdemokratischen Bürgermeister Dr. Heise ein.

4. Die bürgerliche Fraktion verpflichtet sich, nicht mehr gegen den Bürgermeister einen Scheinkampf zu führen, dagegen mit allen Mitteln die KPD. zu bekämpfen und alle Maßnahmen zur Stützung des bankrotten kapitalistischen Systems gemeinsam mit der SPD. durchzuführen.

5. Die bürgerliche Fraktion erhält als Gegenleistung den Beigeordneten.

Damit dieses **Geschäft nicht gestört wird**, bestellte der sozialdemokratische Polizeiverwalter Gröbe die Polizei. Dadurch sollte **verhindert werden, daß die Stadtverordnetenversammlung im Beisein der kommunistischen Fraktion tagt**, weil sonst die SPD.-Fraktion offen für den bürgerlichen Stadtverordnetenvorsteher stimmen mußte.

Deshalb log Gröbe, die Polizei sei nicht im Hause, obwohl sie sich **in der Wachtstube aufhielt**. Deshalb erklärte Gröbe, nicht verant**worten zu können, die Polizei zurückzuschicken.**

Warum konnten Sie das nicht verantworten? Weil sich Ihre Partei verpflichtete, unter allen Umständen die im Kuhhandel festgelegten **Beschlüsse durchzuführen.**

Arbeiter, Klassengenossen! Das ist das Gesicht der SPD. Gemeinsames Schachergeschäft mit ausgesprochenen Faschisten gegen die Arbeiterschaft. Gummiknüppel für die Arbeiter und Arbeitslosen, statt Erfüllung der berechtigten Forderungen der Erwerbslosen. So wurde die Beratung der Arbeitslosenforderungen unmöglich gemacht.

Das ist faschistische Diktatur!

Heraus aus dieser sozialfaschistischen Partei.

Bildet die Einheitsfront der Werktätigen gegen die faschistische und sozialfaschistische Einheitsfront im Teucherner Stadtparlament. Das, **was sich** gestern in Teuchern ereignet hat, ereignet sich **täglich** in Preußen-Deutschland. Durch solche faschistischen Maßnahmen versucht die Sozialdemokratie den sterbenden Kapitalismus zu retten. Durchkreuzt dieses schändliche Spiel.

Her zur Kommunistischen Partei. Das rote Teuchern muß eine noch stärkere Feste der revolutionären Arbeiterschaft werden.

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Alle Demagogie des Bergholz hilft nichts mehr

Die ehemaligen SPD.-Hochburgen wackeln

A.-K. Nonnewitz. Am 22. Februar findet die Neuwahl des Gemeindeparlaments statt. Am Sonntag hatte nun die SPD. in ihrer Versammlung von 800 Wählern ganze 100 Besucher da. Daß es in ihrer Hochburg sehr nach allerhand Dreck stinkt, zeigte dieser Versammlungsbesuch.

Der bekannte dumme Gottlieb markierte den Versammlungsleiter. Als ersten erteilten er den kommissarisch eingesetzten Gemeindevorsteher König, SPD., das Wort. König pries die Tätigkeit seiner Genossen und vergaß ganz dabei, daß er ein guter Steuereintreiber für das morsche kapitalistische System ist. Bergholz, der große Schwindel-, Seil- und Trapezkünstler, erhielt hierauf das Wort. Albert ging aus in seinem Referat von seiner Hochzeitsreise 1919, wo er seinerzeit seine jetzt wacklige Hochburg entdeckt hatte. Er behandelte die Auswirkung des Krieges, vergaß dabei aber bewußt, daß die SPD. damals auch schon für die Kriegskredite gestimmt hat. Die Notverordnung sowie sämtliche Verschlechterungen, die durch seine Partei geschaffen wurden, wären nur kleinere Uebel, und machte es so seinen 100 Besuchern schmackhaft.

Berghölzchen hatte als großer Demagoge zu seinem Schutz ein starkes Reichsbannerkommando mitgebracht, und was sagte dieser Demagoge? „Die Reichsbannerkameraden seien nicht zum Schutz, sondern aus „innerem Mitgefühl" für die Gemeinde Nonnewitz gekommen." Jawohl, wir als Kommunisten verstehen, daß diese immer noch irregeleiteten Reichsbannerleute die Interessen und die Existenz ihrer Führer verteidigen und nicht ihre eigenen proletarischen Interessen. Dieses hat uns die Zeigner-Versammlung in Theißen gut genug gezeigt.

Einwohner von Nonnewitz, in nächster Zeit findet von seiten der KPD. eine öffentliche Versammlung statt. Erscheint alle und holt Euch Aufklärung, wo die Steuereintreiber sitzen!

Der Magistrat von Kölleda pfeift auf den Beschluß der Stadtverordneten

A.-K. Wie jedem Einwohner noch erinnerlich sein wird, wurde in der letzten Stadtverordnetensitzung für jeden Erwerbslosen und sonstigen Hilfsbedürftigen eine Winterbeihilfe bewilligt, die von einer aus Stadtverordneten bestehenden Kommission verteilt werden sollte.

Die Winterbeihilfe sollte nicht generell, sondern auf Antrag jedes einzelnen und nicht in bar, sondern in Naturalien gewährt werden. Nach stundenlanger Arbeit glaubte die Kommission in bezug auf die Personen und auf die Höhe der bewilligten Sätze das Richtige getroffen zu haben.

Wenn die Kommissionsmitglieder auch glaubten, durch die vorläufige Bewilligung von nur 629 Mark (während 1500 Mark bewilligt waren) das Anerkenntnis des Magistrats gefunden zu haben, so wurden sie durch die Maßnahmen des Magistrats bitter enttäuscht.

Der Magistrat, bestehend aus den Herren Artthelm, Hartung, Schneemann, Martini und Graupner, haben eine ganz andere Perspektive von den wirtschaftlichen Verhältnissen, weil sie selbst noch in der angenehmen Lage sind, wie Menschen leben zu können.

Wenn diese Herren glauben, daß sie durch ihre Kürzungen und Streichungen das Richtige getroffen haben, wenn sie glauben, auch in Kölleda eine Diktatur à la Brüning durchsetzen zu können, so haben sie mit dem Willen der Arbeiter und Kleingewerbetreibenden nicht gerecht. Den Kommissionsmitgliedern glauben wir nicht erst sagen zu müssen, daß sie sich als „Popanz" betrachten müssen und dieses Benehmen des Magistrats ganz konkret zurückweisen.

Diesen Herren ist bestimmt jedes Gefühl für das Proletariat verlorengegangen, sie kennen nur noch die Grundsätze der Parasiten.

Hoffen und wünschen wir, daß die Proletarier ihre Schlüsse daraus ziehen, hoffen wir, daß viele, nein alle, zur nächsten Stadtverordnetensitzung Augen- und Ohrenzeugen sind, wie diese Herren über die Not jedes einzelnen denken.

Reichsgründungsrummel in Wiehe!

A.-K. Am vergangenen Sonntag haben wir auch in Wiehe etwas zu verspüren bekommen von der Reichsgründungsfeier, nämlich der Stahlhelm und Kriegerverein hatten Kirchgang, und nach diesem machten die irregeführten Proleten, welche sich im Stahlhelm oder Kriegerverein befinden, mit den Spießbürgern an der Spitze, einen Umzug durch die Stadt.

Landarbeiter des Ritterguts Wiehe, denkt an die tägliche Ausbeutung, denkt an Euren Hungerlohn von 10 Mk. wöchentlich, welchen Ihr dabei verdient. Dasselbe gilt auch für die Kleinbauern, Handwerker und alle Arbeiter, welche sich noch bei derartigen Veranstaltungen beteiligen und sogar noch Mitglied des Kriegervereins oder Stahlhelm und dergleichen sind. Ihr müßt Euren Austritt aus diesen Organisationen erklären und eintreten in die Front des klassenbewußten Proletariats. Werdet Mitglieder der RGO. und der KPD.!

Am Abend wurde ein Festessen für diese, welche Geld hatten, gegeben und Ihr, Proleten, die Ihr noch Mitglieder seid, mußtet zu Hause bleiben, weil Ihr kein Geld dazu habt. Das ist der Kameradschaftsgeist, welcher Euch vorgekohlt wird. Die Erwerbslosen hungern, weil die Unterstützung nicht ausreicht und die Spießbürger machen noch ein großartiges Festessen, das ist eine Verhöhnung gegenüber den Hungernden. Hier seht Ihr den klaren Beweis, daß Ihr nur die Dummen bei dieser Geschichte seid. Deshalb kommt zu uns und helft mit an der Befreiung des Proletariats.

Die Stützen der Reaktion wollen gegen Faschismus „kämpfen"

A.-K. Zangenberg. Der Sozialfaschist Bergholz hatte seine Mannen aus den Wasserdörfern, einschließlich Aue, nach hier zusammengerufen. Bei seinen demagogischen Ausführungen stand ihm der Angstschweiß auf der Stirn. Im Geiste sah er die von der SPD. durch Diktatursteuern und Lohnraub ausgeplünderten Proleten von der SPD. davonfliehen. Weiter drosch er noch einige in der Arbeiterschaft schon längst bekannte Dinge über den Faschismus in Italien.

Genosse S. trat Bergholz in der Diskussion entgegen. Er schilderte, wie die SPD. durch ihre Politik schuld sei an der Entwicklung des Faschismus. Der brutale Polizeiterror durch SPD.-Polizeipräsidenten, das Verbieten des Roten Frontkämpfer-Bundes usw. sind alles Dinge, die der Nazipartei zugute kamen. Genosse S forderte auf, die Einheitsfront unter Führung der Kommunistischen Partei zu bilden.

In seinem Schlußwort war Bergholz nicht fähig, die Ausführungen unseres Genossen zu widerlegen. Er drosch noch einige abgeleierte Phrasen, z. B.: Russen haben Waffen an die Reichswehr geliefert, und dergleichen. Bergholz hat auch an diesem Abend gezeigt, daß die SPD. nicht fähig ist, den Kampf gegen den Faschismus zu führen, und nur die KPD. berufen ist, den Kampf gegen Faschismus zur Erringung eines Arbeiterstaates zu führen.

„Seine Majestät" Stadtrat Grunert (S... fühlt sich beleidigt

A.-K. Naumburg. Der rechte SPD.-Stadtrat Gr... Wohlfahrtsdirektor von Naumburg. Wenn er das Wohlf... betritt, und dies ist bei der jetzigen Arbeitslosigkeit und ... politik der Brüning-Diktatur alle Tage stoppenvoll, kann e... verständlich nicht ungehindert durchgehen. Wehe, wenn ... Wartenden nicht gleich zur Seite spritzen, da gibt es ... lungen, die in dem Wesen des „großen" Mannes liegen. ... die ihm am nächsten Stehenden an den Armen und schle... beiseite und selbstverständlich lassen dieselben sich dieses ... nicht gefallen. So war es auch wieder letzthin, ein Genos... sagte empört: „ Was, Sie wollen ein Arbeitervertreter ... Wasserkopf!"

Darauf lief Grunert zum Kadi und am Freitag, dem 18. ... wurde **der Genosse wegen dieser schweren Beleidigung zu ... Geldstrafe verurteilt.** Uebrigens ist dies nicht der erste ... sind schon mehrere Genossen wegen Beleidigung dieses ... Mannes zu Geldstrafen verurteilt worden. Am hiesigen ... er schon eine bekannte Persönlichkeit.

Grunert erdreistet sich auch, Antragstellern zu drohen, ... Treppe herunterschmeißen zu wollen. Vielleicht kommt er ... einmal an die falsche Adresse! Majestät Grunert ist eben ... Person so eingenommen, daß ihn nur das Klassengericht der ... talisten helfen kann, deren treue Stütze er ja auch ist.

Die Kleinbauern und Arbeiter wählen Deleg... zur Kampfkonferenz

A.-K. In einer gut besuchten Versammlung in Dambo..., meistens Kleinbauern vertreten waren, wurde ein Delegier... Konferenz am 25. Januar nach Naumburg vorgeschlagen ... stimmig gewählt. Der Delegierte ist ein parteiloser Hand... meister. Die Versammlungsbesucher verfolgten mit Beg... die Ausführungen des Genossen Ebeling. Die Nazis, ... der Versammlung stören wollten, wurden bald von den ... bauern zur Ordnung gerufen. Auch in Wiehe wurden ... Delegierte zur Konferenz am 25. Januar vorgeschlagen in ... öffentlichen Versammlung am 11. Januar.

Weitere Versammlungen wurden im gesamten Arbeit... Wiehe durchgeführt, die im allgemeinen immer ganz gut ... waren, und es waren dabei auch Aufnahmen in die RGO. ... zeichnen.

Wählt Delegierte zur Kampfkonferenz in Naumb...

A.-K. Naumburg. Bis heute sind im Kreis und Ort ... burg 55 Delegierte, davon 11 Frauen gewählt. Politisch organ... sind in der KPD. 17, KJVD. 1, SPD. 1, Anarchist 1, 35 sind ... los. Wo bleiben die anderen Orte im Unstrutgebiet und ... berga? Nützt die wenigen Tage noch zur Delegiertenwahl aus. ... Konferenz findet bestimmt am Sonntag, dem 25. Januar, in ... burg im „Goldenen Hahn" 9.30 Uhr vormittags statt.

In der Zimmerer-Generalversammlung wurden heute ... der SPD. sympathisierende Zimmerer als Delegierte zur Kon... gegen Faschismus gewählt.

Achtung! Ortsgruppen des Arbeitsgebiets ...

Wir fordern die Ortsgruppen auf, sofort die Zeitung „Der ... funker" an die UG.-Leitung abzurechnen. Die Ortsgruppen, ... Aufforderung nicht nachkommen, werden im „Klassenkampf" ... öffentlicht.

Zeitz. Am Sonntag, dem 25. Januar, findet ein allgemeiner ... Aufmarsch nach Kayna statt. Die Ortsgruppen haben um 12 ... Kayna einzutreffen. Unterwegs muß auf allen Orten die ... Agitation und Propaganda getrieben werden.

Kretzschau. Am Donnerstag, dem 22. Januar, abends 8 Uhr ... im Müllerschen Lokal eine Gemeindevertreterversammlung statt. ... der Tagesordnung steht auch die Beratung der Negersteuer ... Einwohnerschaft von Kretzschau. An dieser Versammlung muß ... Einwohnerschaft regen Anteil nehmen.

Mansfeld-Sangerhausen

Sehr gut gelungene LLL.-Feier in Alsleben

A.-K. Der Verlauf der LLL.-Feier in Alsleben war ein glänzender. Sie wurde durchgeführt am Freitag, dem 16. Januar. Rund 200 Personen waren dem Rufe der Kommunistischen Partei gefolgt, um unserer toten Führer zu gedenken und die Waffen zu schmieden zu neuen Kämpfen. Die Veranstaltung wurde eingeleitet durch die Schalmeienkapelle. Anschließend wurde vom Arbeiter-Gesangverein „Frohsinn" ein Kampflied vorgetragen. Die Genossen der Proletarischen Tribüne Halle verstanden es vortrefflich, durch ihre aufgeführten Szenen dem Abend einen Kampfcharakter zu geben.

Im Mittelpunkt des Abends stand das Referat des Genossen Dornberger, Berlin, der es verstand, in seinem einstündigen Referat das Leben unserer drei großen Führer zu schildern.

Anschließend übergab der Genosse Jahn den Genossen des Kampfbundes gegen den Faschismus eine Fahne mit dem Hinweis, unter dieser roten Fahne alle revolutionären Arbeiter zu sammeln zum Kampf gegen den Faschismus.

Mit dem gemeinsamen Gesang: „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit" wurde die so würdig im Geiste unserer toten Führer verlaufene Gedenkfeier beendet.

An Aufnahmen wurden gemacht 11 für den Kampfbund, 3 für den KJVD., 3 für die JAH., 2 für die RGO.

Gleichzeitig wurden gesammelt für die streikenden Rohpappenarbeiter 8,64 Mark und für die Bezirksfunktionärinnenschule 3,21 Mark. Auch diese Veranstaltung hat bewiesen, daß die werktätige Einwohnerschaft von Alsleben hinter der Kommunistischen Partei steht. Wir werden mit aller Kraft weiter arbeiten!

Wohin geht der Kurs im Arbeiter-Samariter-Bund?

A.-K. Am Sonntag, dem 18. Januar, fand in Halle im Gewerkschaftshaus der Bezirkstag des 1. Bezirks des 3. Kreises vom Arbeiter-Samariterbund statt. Neben den organisatorischen Angelegenheiten des Bezirks, welche als fruchtbringende Arbeiten bezeichnet werden können, lagen unter anderem auch die Anträge des Bundesvorstandes vor, welche auf dem Bundestag zu Pfingsten in Heidelberg akzeptiert werden sollen. In einem Begleitschreiben teilt der BV. mit, daß über die Anträge nicht lange verhandelt zu werden brauchte, da die Kreisleiterkonferenz diese schon angenommen habe und dieses nur der Form nach vom Bundestag genehmigt werden brauchte. Also die Mitglieder haben nichts zu meckern, im BV. herrscht sozialfaschistische Demokratie!!

Sehen wir uns aber die Anträge an, so sehen wir, daß diese den ja bekannten Revers aus den Jahren 1928/29 sehr ähnlich sind. Was besagen die Anträge?

1. Alle Anträge an die höheren Behörden betr. Unterstützungen der Kolonnen sollen nicht mehr durch die Kolonnen, Bezirke oder Kreise, sondern durch den BV. gestellt werden. Das heißt ... trolle der Kolonnen. Es fehlt bloß noch, wie ein Samariter ... daß der BV. die Verbandstaschen zentralisiert.

2. Der Bundestag soll nur noch aller drei Jahre, statt alle ... Jahre stattfinden. Eine Technikertagung höchstens in ... Zwischenzeit, also auch drei Jahre. — Armer Samariter-Bu... der freiesten Republik der Welt! Wie wäre es, lieber Bu... vorstand, wenn Ihr den Antrag brächtet: Der Bundestag ... statt, wenn der gesamte BV. verstorben ist?! Da könnte ... gespart werden; denn es dreht sich doch bloß um Sicherheit ... Eurer Posten!

3. Die bestehende Unfallversicherung soll eingestellt werden, ... verschiedene Kolonnen diese in ihrem finanziellen Interesse ... braucht hätten. Der BV. täte gut, wenn er in der Bundes... einmal näher hierauf einging.

4. Die Bundesschule soll in Zukunft durch die Bezirke und ... finanziert werden. Hat der BV. auch daran gedacht, daß ... Kolonnen zur Ausbildung neuer Funktionäre durch die ... lungen mit beiträgt? In Zukunft müßte es so gemacht ... daß der BV. nichts mehr bekommt und die Kreise und Bezirke ... richten sich selbst Schulen und verwenden die Gelder hierzu.

5. Alle Samariter, die 25 Jahre Mitglied sind, erhalten ... silberne Ehrennadel. — Dann wird es bald heißen — Orden ... Ehrenzeichen sind zur Parade anzulegen! —

Verschiedene Anträge befassen sich mit Statutenänderungen, ... welche natürlich fast alle zum Schaden der Mitglieder sind. ... erwähnten Anträge aber wurden von dem Bezirkstag nicht ... nommen, mit Ausnahme einiger kleiner. Man muß nun ... warten, wie sich der Bundestag einstellt. Vermuten kann ... aber schon heute auf Grund der sozialfaschistischen Einstellung, ... die Mitglieder wieder einmal ohne Seife tüchtig rasiert ... Gelegentlich kommen wir nochmal darauf zurück.

Proletarische Freidenker rufen

Achtung, Arbeitereltern von Sangerhausen und Umg... Der Verband proletarischer Freidenker, Ortsgruppe Sangerh..., beabsichtigt auch in diesem Jahre eine Jugendweihe zu veranst... Es ist deshalb notwendig, daß die Anmeldungen zum Vorberei... unterricht (Moralunterricht) sofort an Bruno Feist, Ba... gasse, gerichtet werden.

Arbeitereltern! Sorgt für eine wuchtige Jugendweihe ... diesem Jahre, indem Ihr Eure Kinder, die vor der Schulent... stehen, zu uns schickt!

Die Arbeiter kommen zur Partei Lenins

A.-K. Zappendorf. Am 16. Januar fand in Zappendorf ... öffentliche Einwohnerversammlung statt. Als Referent war ... Genosse Buchwald erschienen. In seinem Referat schilderte ... die Eindrücke, welche die deutschen Delegierten in Rußland gew... hatten. So mancher Versammlungsbesucher hat wohl bei ... Ausführungen gedacht, wenn es nur bei uns auch so wäre ... Arbeiter, solange Ihr noch fern steht von der KPD., solange Ihr ... nicht aktiv mitkämpft an der Befreiung der Arbeiterklasse, könnt ... auch auf keine anderen Zustände hoffen.

In seinen weiteren Ausführungen gedachte der Referent ... großen Führer Lenin, Liebknecht und Luxemburg.

Zu den Kampfkonferenzen nach Wansleben wurden vier ... lose Arbeiter gewählt, ebenfalls wurden vier Neuaufnahmen ... Partei gemacht. Weiter so, Genossen, und der Tag der ... wird nicht mehr fern sein.

Jeder Genosse, jede Genossin — ein Funktionär der Partei!

So sollte es sein! Das gilt es zu erreichen —

Sammelt für die Funktionärinnenschule des Bezirks Halle-Merseburg!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310122-19/fragment/page=0008

…e Ehe zwischen Eilenburger SPD. und Staatspartei perfekt

…ler als Denunziant und Verleumder entlarvt — Schmutzige Verleumdung durch die „ENN."

…K. Am Montag fand die erste Sitzung des neuen Jahres …, die von großer Bedeutung für die Zukunft sein wird. Auf …Tagesordnung standen die Neuwahlen des Präsidiums und der …missionen. Jede Partei machte ihre eigenen Vorschläge, natür… auch die brandleristischen Mandatsräuber, nur die Demokraten, …ige Staatspartei, gingen Arm in Arm mit der SPD. Und so …e dann mit ihrer Mithilfe der berühmte SPD.-Vorsteher …rowitz wieder gewählt. Als zweiter der Humorist im …parlament Heinemann (SPD), das wird ein Schauspiel …Götter geben, wenn er ja einmal da oben stehen sollte, und zum … für die Wahlhilfe bekamen die beiden Staatsparteiler die …führerposten. Der wirtschaftlichen Einheitsliste, die die ge… …ite Leberwurst spielte, entgegneten diese beiden Helden, nicht …n Sozialdemokraten, sondern einen Republikaner gewählt zu …en, na die können stolz aufeinander sein. Bezeichnete doch SPD.- …n den einen Staatsparteiler, Herrn Maiczak, schon als …tionskollegen!!

…ei der Wahl der Kommissionsvertreter beantragte Plath, …ndlerist, Wiederwahl, dem sich die wirtschaftliche Einheitsliste …loß, aber Horn erhob Einspruch, um mit Hilfe der Staats…teiler die Bürgerlichen zu schädigen. Nach längerer Debatte …de die Sitzung eine Viertelstunde unterbrochen, um zu kuh…deln, und hier versuchen die Brandleristen, unsere beiden Ge…n zu überreden, mit ihnen gemeinsam vorzugehen, aber unsere …ossen lehnten dies natürlich ab und der Genosse St. erklärte …mals, daß trotzdem die KPD. die stärkste Partei am Orte sei

…eine Partei ist die KPD.

… Herr Michaelis mitsamt seinen fünf Genossen ihre Sitze zu …echt innehaben.

…ie Vorlage des Magistrats auf Aufhebung des Mieteinigungs…s wurde gegen die Stimmen der WE.-Liste abgelehnt. Vor …gang der Tagesordnung protestierte unser Genosse St. **gegen Einführung der Einlaßkarten für die Tribünenbesucher,** die in Abwesenheit der beiden Genossen in der letzten Sitzung auf An… … eines Nastrowitz beschlossen worden war, und geißelte dabei …mals dessen diktatorisches Vorgehen, zu dem kein Anlaß vor…gen habe. (Der Hinauswurf der Besucher durch die Polizei.) …rowitz erklärte, daran sei nichts mehr zu ändern, der Antrag …eben angenommen worden.

…ach Schluß der öffentlichen Sitzung knöpfte sich der Genosse St. … Herrschaften gründlich vor. Er geißelte scharf das durch nichts …chtfertigte brutale Vorgehen der Eilenburger Polizei und be…ders ihres würdigen Oberkommissars Haumann. Harmlose …enpassanten, Frauen und Kinder, ja sogar Fremde, die mit …m Gepäck auf dem Wege zum Bahnhof waren, sind von der …izei geprügelt worden. Der Herr Oberbürgermeister, der große … Belian, erklärte, keinen Grund zu haben zur Antwort, es …ebe ja ein Strafverfahren, da könne er nicht eingreifen. Unser …osse brandmarkte noch das Vorgehen des Magistrats und die … Farce gewordene Bedeutungslosigkeit der Rechte der Stadt…ordnetenversammlung.

…ie einstimmige Ablehnung der Diktatursteuern und die An…ahme der 15 000 Mark durch die Stadtverordneten als Winter…hilfe für Notleidende wurde ohne jede Begründung oder Bekanntmachung vom Magistrat null und nichtig gemacht.

…er Genosse brachte nochmals unseren Standpunkt zur Geltung … forderte wiederum zum Steuerstreik auf. An einem konkreten … zeigte dann unser Genosse auf, wie durch die öffentliche Wohl…t die Armen verhöhnt werden. Genosse St. erhob den schärfsten …st dagegen.

…PD.-Lenker griff dann in ganz gemeiner lügnerischen Weise den …ossen St. an und dieser kennzeichnete in treffenden Worten die …meinheit des Sozialfaschisten und Denunzianten Lenker. Die …Eilenburger NN." griffen die Verleumdungen und Denunziationen … Lenker gierig auf und schon diese Tatsache zeigt doch treffend … Einheitsfront zwischen Bürgerlichen und SPD.

…iterhin hat dieses Revolverblatt sich eine Denunziation ge…t, die nicht mehr zu überbieten ist. So schrieb es zu der Demon…tion am heiligen Abend, daß sich die Führer Stößel und …aufmann im Hintergrund gehalten hätten, um nicht Bekannt…ft mit dem Gummiknüppel machen zu müssen, es sei aber ein …fahren wegen Landfriedensbruchs gegen die Betreffenden ein…leitet.

…enosse St. brandmarkte diese schofle Handlungsweise dieses …merblattes und forderte auf, ihm die städtischen Aufträge zu …ziehen. Diese Zeitung könne doch ihre Weisheit nur von der …lenburger Polizei haben und es sei nur zu verwundern, daß der …„Artiker", so gut wie der Laufjunge der SPD. und Bericht…statter des hallischen „Volksblatt", Jahn Karle, den man doch …ändig in unmittelbarer Nähe der Polizei antreffen könne, nicht auch den Gummiknüppel zu kosten bekommen hätten. Schreibt doch dann dieses Pressereptil weiter in seiner Neujahrsnummer unter der Ueberschrift „Planmäßiger Landfriedensbruch": „Wieder kommunistische Unruhen in Eilenburg", selbst die letzten Stunden des Jahres mußten von den Kommunisten ausgenutzt werden usw." Ganz harmlose Vorgänge, die wohl in jeder Silvesternacht in der Bierlaune vorkommen und die wir nicht entschuldigen, sogar eine Schlägerei unter den Gästen einer Schrebergartenkolonie, werden von diesem Sudelblatt den bösen Kommunisten angehängt, und der „planmäßige Landfriedensbruch" ist fertig. Es schreibt dann weiter: „Den Beamten unserer städtischen Polizei ist es deshalb wahrlich zu gönnen, wenn sie Unterstützung von der staatlichen Polizei bekommen würden."

Die Beurteilung dieser schoflen Scharfmacherei, die sich ja nur gegen die werktätige Bevölkerung Eilenburgs richtet, überlassen wir den Eilenburgern selbst. Auf die gemeine Verleumdung und Denunziation in den Bericht über die Stadtverordnetenversammlung wird unser Genosse der „Wespe" die ihr gebührende Antwort nicht schuldig bleiben. Aber die Hetze geht weiter. Schreibt doch dieses Blättchen unter dem 15. Januar „Kommunalpolitiker ohne Gefolgschaft". Die von dem kommunistischen Stadtverordneten Stößel für gestern abend einberufene Versammlung, die zu den letzten Vorgängen in der Stadtverordnetenversammlung Stellung nehmen sollte usw. Und dabei ist unserem Genossen von einer derartigen Versammlung gar nichts bekannt. Aber die Sozialdemokraten können stolz sein auf ihren Lenker. In allen Zeitungen, „Leipziger Neuesten Nachrichten", der Torgauer „Tante", sogar in Berliner Zeitungen stehen Berichte, die wie folgt schließen: „Es wäre Stößels Pflicht gewesen, die Kommunisten, nachdem er sie zur Demonstration aufgehetzt hatte, auch persönlich zu führen. Im übrigen, so sagte Lenker, sei Stößel, der noch bis Pfingsten Stollen auf Vorrat im Schranke liegen habe, nicht der richtige Mann, um Hungerdemonstrationen zu organisieren."

Werktätige Eilenburgs, diese Zustände müßten für Euch alle ein Ruf und eine Mahnung sein, bis hierher und nicht weiter. Kämpft für ein Sowjet-Deutschland, wo ein solcher Skandal einfach unmöglich wäre. Ueber die Verhältnisse in Rußland wollen diese Herrschaften sich lustig machen, wir wollen hier nicht untersuchen, was man dort mit den Schuldigen machen würde. Kontrolliert die Tätigkeit Eurer Stadtväter besser, schließt Euch der Kommunistischen Partei an, die stets und überall Eure Interessen wahrnehmen und für die Beseitigung solcher skandalösen Zustände eintritt und kämpfen wird.

Hinaus mit diesen volksfeindlichen Schmierblättern aus Eurem Hause, lest den „Klassenkampf" und kämpft mit in den Reihen der RGO. und des Kampfbundes gegen den Faschismus, für die Errichtung eines freien Sowjet-Deutschland.

Wo und wann spielt die „Kolonne Links"?

Dienstag, 27. Januar, 20 Uhr, in Zeitz, „Preußischer Hof".
Mittwoch, 28. Januar, 20 Uhr, in Weißenfels, Schumanns Garten".
Donnerstag, 29. Januar, 20 Uhr, in Naumburg, „Ratskeller".
Freitag, 30. Januar, 20 Uhr, in Eisleben, „Volkshaus".
Sonnabend, 31. Januar, 20 Uhr, in Hettstedt, „Friedrich-Wilhelms-Bad".
Sonntag, 1. Februar, 20 Uhr, in Creisfeld, Café Huth.
Dienstag, 3. Februar, 20 Uhr, in Nordhausen, Lokal „Hoffnung".
Mittwoch, 4. Februar, 20 Uhr, in Halle, „Volkspark".
Donnerstag, 5. Februar, 20 Uhr, in Greppin, Lokal Schmidt.
Freitag, 6. Februar, 20 Uhr, in Wittenberg, „Gewerkschaftshaus".
Sonnabend, 7. Februar, 20 Uhr, in Lauchhammer, Lokal Dambowsky.

Organisiert Massenkundgebungen

der IAH. mit „Kolonne Links" gegen den Faschismus.

Sorgt sofort für den intensiven Vorverkauf der Eintrittskarten. Alle proletarischen Organisationen helfen mit und sind zu mobilisieren. Ueberall sind ein oder zwei Tage vorher Demonstrationen gemeinsam mit allen anderen Organisationen durchzuführen. Vergeßt nicht neben den Kampflosungen die Transparente, die auf die „Kolonne-Links"-Veranstaltungen hinweisen. Wenn möglich, sind auch Platzkonzerte zu organisieren. Propagiert diese Veranstaltungen auch bei den Mittelständlern, Kleingewerbetreibenden und uns sonst noch Fernstehenden.

„Kolonne Links" überzeugt!

„Kolonne Links" wirbt neue Mitglieder für die klassenbewußten Organisationen!

„Kolonne Links" begeistert, gibt neue Kraft und Kampfesmut! Nützt die Zeit aus!

Achtung, Arbeiter und Arbeiterfrauen von Holzweißig!

Am Sonnabend, dem 24. Januar, um 20 Uhr, findet im Lokal Bischhoff eine LLL.-Feier statt. Die Proletarische Tribüne Halle wird mitwirken. Die Einwohnerschaft von Holzweißig wird zu dieser Veranstaltung eingeladen. Gedenkt unserer großen Führer, kommt alle!

Delitzsch-Torgau-Liebenwerda

Eine „Leuchte" der SPD. in Falkenberg gestürzt

A.-K. Falkenberg. Falkenberg hat schon allerhand „Leuchten" kennen gelernt. Wir brauchen sie wohl nicht alle aufzuzählen. Die Arbeiterschaft kennt sie zur Genüge. Diese „vorbildlichen" Helden konnten sich nur bei einer nicht politisch geschulten Arbeiterschaft, die zum größten Teil in Falkenberg noch vorhanden ist, halten. Der „große Otto", seines Zeichens SPD.-Sekretär und Amtsvorsteher von Falkenberg, spielt eine der schäbigsten Rollen. Wie es gekommen ist, daß er sich noch so lange im Amte halten konnte trotz der verschiedenen „Heldentaten", die er sich geleistet hat, fragt sich so mancher Arbeiter. Noch vor ein paar Monaten, als die KPD.-Kreistagsfraktion diesem versumpften Menschen nicht ihre Stimme zum Weiteramtieren gab, waren seine Hintermannen empört, daß angeblich die KPD. dazu verhalf, daß ein Reaktionär Amtsvorsteher wurde. Jetzt haben sich aber nun die SPD.-Helden selber gezwungen gesehen, ihrer Leuchte Otto den Laufpaß zu geben. Gar zu toll hat er's getrieben.

Jeder klassenbewußte Arbeiter, Angestellte und Beamte muß an den Beispielen dieser politisch und moralisch versumpften Elemente erkennen, daß eine Partei, die solche Elemente in ihren Reihen duldet und fördert, niemals die Interessen der Werktätigen vertreten kann.

Macht Schluß mit der verräterischen SPD.! Organisiert Euch in der Kommunistischen Partei!

Durch Almosengaben sollen die Erwerbslosen beruhigt werden

Erwerbslose, haltet an Euren Forderungen fest

A.-K. Annaburg. Bei der letzten Gemeindevertretersitzung, die vor Weihnachten stattfand, stellten die Erwerbslosen einen Antrag auf Winterbeihilfe. Gleichzeitig wurden verschiedene andere Anträge gestellt mit dem Ziel, „die Lage der Ausgebeuteten zu erleichtern. Die KPD.-Fraktion vertrat alle diese Anträge. Und um den Forderungen der Werktätigen Nachdruck zu verleihen, demonstrierten während der Sitzung der Gemeindevertreter die hungernden Erwerbslosen vor dem Sitzungslokal. Schupo und Landjägerei sorgten dafür, daß die bürgerlichen Herren samt ihren SPD.-Gehilfen bei dem Abwürgen der Anträge nicht gestört wurden.

In Einheitsfront lehnten Bürgerliche und SPD. alle Erwerbslosenanträge ab.

Mit einer öffentlichen Sammlung sollten die hungernden und frierenden Erwerbslosen beruhigt werden. Selbst der Mittelstand und die Gewerbetreibenden waren darüber entrüstet. Aber weil sie vollständig im Bilde waren, wie groß die Not der Arbeiter ist, gaben sie fast alle etwas. **Ungefähr 300 Mark wurden gesammelt, außerdem Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände.** Jetzt zerbricht man sich nun den Kopf, wer etwas bekommen soll. Ueber 300 Erwerbslose sind vorhanden. Niemand will jetzt die Verteilung übernehmen, denn es ist doch klar, daß durch solche Geschichten nicht der Not der Erwerbslosen gesteuert werden kann. Selbst die SPD., die die Sammlung gutgeheißen hat, will jetzt mit der Verteilung nichts zu tun haben.

Die kommunistische Fraktion hält nach wie vor an ihren Anträgen, die bereits eingebracht wurden, fest.

Dem Gemeindevorsteher stehen jetzt schon die Haare zu Berge. Man möchte doch gar so gern nach außen als sozialdenkender Mensch gelten, aber andererseits auch nicht beim Herrn Landrat anecken.

Erwerbslose von Annaburg, so betrügt man Euch wieder einmal! Macht Schluß mit diesem Herrschaftssystem, das nur Hohn statt Brot für Euch übrig hat. Schließt Euch der Kommunistischen Partei und dem Kampfbund gegen Faschismus an!

Ein Renegat hat erreicht, was er wollte — er hat einen Posten erwischt

A.-K. Annaburg. **Was die Kommunisten** schon lange behauptet haben, nämlich, daß die Annaburger Renegaten nur aus der Partei ausgeschieden sind, weil sie keinen bezahlten Posten erwischen konnten, hat sich jetzt bewahrheitet. Der Renegat Erich Eich hat zum Erstaunen sogar seiner SPD.-Parteigenossen eine bezahlte Funktion innerhab des FAB. erhalten. Warum hat man Eich diesen Posten gegeben? Das Anwachsen der RGO. flößt den ganzen Gewerkschaftsbonzen Angst und Schrecken ein. Jetzt wollen **wir verstärkt den Kampf gegen die RGO.** führen und dazu können sie Eich gut gebrauchen. Die Renegaten haben deshalb ihr Vertrauen, weil diese Gewerkschaftsbonzen ganz genau wissen, daß die Renegaten am schärfsten und am verleumderischsten den Kampf gegen die klassenbewußte Arbeiterschaft führen, um sich ihre Posten zu erhalten und womöglich noch höher hinaufzuklettern.

Der Abschied des Renegaten E. Eich von Annaburg fiel den SPD.-Leuten in Annaburg schwer. So haben sie noch ihre einzige Leuchte verloren. Die arbeiteraristokratischen Elemente, die die SPD. am Orte führen, haben ja alles Vertrauen der Arbeiterschaft verloren. Jetzt fehlt ihnen ihr Paradepferd Eich.

Die Arbeiterschaft von Annaburg ist sich vollständig bewußt, daß sie mit Elementen wie Kühnast, Sasse, Blumke usw. nichts zu tun hat und auch von diesen nichts erwarten kann. Gerade, weil die Gewerkschaftsbonzen jetzt den Kampf gegen RGO. und KPD. verstärkt führen wollen, schließen sich die Arbeiter und Arbeiterfrauen in diesen Organisationen des revolutionären Proletariats zusammen und kämpfen gegen das Hungersystem der kapitalistischen Gesellschaft.

Wie das Torgauer Salonblättchen lügt und die braunen Mordbanditen schützt

A.-K. Wie bereits bekannt, hat es bei der am 8. 1. stattgefundenen SPD.-Versammlung, in der v. Harnack sprach, blutige Zusammenstöße zwischen Polizei und SPD einerseits und Nazibanditen andererseits gegeben. Vor allem sei gesagt, wenn sich das dort die Kommunisten erlaubt hätten, so wäre das „Wurstblatt" außer Rand und Band gewesen und hätte wieder seinen Lesern ein Märchen von kommunistischen Radaubrüdern, Ruhestörern usw. aufgetischt. Aber so waren es ja die speziellen Busenfreunde von diesem Verleger. Na, da braucht man sich wohl nicht zu wundern, wenn dieser Nazifreund von allerhand unwahrem Mist quasselt.

Trotzdem wollen wir die verlumpten SPD.-Bonzen wie Fränkel und Genossen nicht in Schutz nehmen, denn eine ordentliche Reinigung hätte den Kadetten wohlgetan. Aber immerhin sei festgestellt, daß die Nazibanditen den Saal gestürmt haben. Wie gesagt, hätten wir uns dies erlaubt, so hätte die Torgauer Klassenjustiz uns hinter Schloß und Riegel gesetzt, um die Partei weiter zu dezimieren.

Torgauer Arbeiter, erkennt nun endlich, daß das Torgauer Pressereptil mit Euch Schindluder spielt. **Werft endlich dieses Schundblatt** hinaus aus Eurer Wohnung. **Laßt Euch nicht weiter** von dieser Sorte mit geistigem Gift bespritzen.

Lest den „Klassenkampf", das ist Eure Zeitung, die Eure Interessen vertritt!

Merseburg-Querfurt

Achtung, Arbeiter und Arbeiterfrauen!

„Stahlhelm-Selbsthilfe"

So wie in der letzten Zeit in vielen Städten und auch kleineren …en eine „christliche" oder „nationale" oder auch „deutsche Ar…beitshilfe" durch Initiative der Nazis gebildet wurde, so gibt es … in vielen Orten eine „Stahlhelmselbsthilfe", die über die …selbsthilfe" hinausgeht und — um Dumme zu fangen — bei …dwelchen Anlässen mit großer Geste „Hilfe" leistet; denjenigen, … sich von der Not korrumpieren und für die Stahlhelmer ein…gen lassen.

…e klassenbewußte Arbeiterschaft muß ein wachsames Auge für …e Vorgänge haben, denn nur wer seinen Gegner kennt, kann ihn …greich bekämpfen. Ueberall muß eine ideologische Aufklärungs…pagne über den wahren Charakter dieser Organisationen geführt …den. Unsere Genossen müssen den indifferenten Arbeitern klar…en, daß diese faschistischen Organisationen die Prätorianergarde … Kapitals sind.

…berhaupt muß unsere Arbeit viel mehr in der Richtung der …arbeitung der Arbeiter, die in der SPD. und NSDAP. sich befinden, liegen.

… Rolle der IAH. als Massenorganisation muß in dieser Richtung …ssen werden: Bearbeitung der Massen, die sich noch größtenteils …wußt (weil aus Unkenntnis der eigentlichen Rolle dieser Par…) in deren Gefolgschaft befinden.

An die Einwohnerschaft von Lützen!

…Freitag 20 Uhr im „Bürgergarten" spricht der Genosse Hodann, Berlin, über Geschlechtsleben und Arbeitsrecht. …gesamte Arbeiterschaft von Lützen und Umgegend muß am …ag in Massen erscheinen. Das Eintrittsgeld beträgt für Voll…er 20 Pf., Arbeitslose 10 Pf., Ausgesteuerte frei. Jeder agitiere …diesen wichtigen Vortrag.

…en. Am Sonntag, dem 25. Januar, abends 7 Uhr, ladet die …Sport-Abteilung „Adler" des Zentralvereins für Arbeiter- und Körperpflege Markranstädt (Mitglied der IG.) alle …er Einwohner zum Städteringkampf Markranstädt—Weißen…fels. Zwei erstklassige Mannschaften stehen sich gegenüber. …t den jungen Kraftsport „Adler", die revolutionären Sport…macht den Wettkampf zur Kundgebung für rote Sporteinheit. …itt 35 Pfennig, Erwerbslose 20 Pfennig. Anschließend Ball.

Verband proletarischer Freidenker E. V. mit Feuerbestattung Halle-Merseburg.

Torgau-Eilenburg. Die Arbeitsgebietskonferenz findet nicht Sonntag, sondern Sonnabend, den 24. Januar, in der „Waldschenke" statt.
Weißenfels. Am 25. Januar, vormittags 10 Uhr, im „Tivoli" Arbeitsgebietskonferenz.
Halle. Am Montag, dem 26. Januar, Ifa-Kartell-Sitzung für Halle im Lokal Albrecht, Universitätsring.

Ortskomitee werktätiger Frauen Halle

Halle. Freitag, 23. Januar, 20 Uhr, findet in der Produktiv eine wichtige Sitzung des Ortskomitees werktätiger Frauen statt. Alle Delegierten müssen bestimmt erscheinen.

Bund der Freunde der IAH.

Nebra. Am Freitag, 23. Januar, abends 8 Uhr, im „Preußischen Hof" Frauenversammlung mit Lichtbildervortrag „Die Frau im Daseinskampf". Referent Genossin Zöllner.
Jessen. Am Freitag, 23. Januar, im bekannten Lokal Lichtbildervortrag. Referent Genosse Winkler.

Rote Hilfe

Torgau. Freitag, 23. Januar, 20 Uhr, Mitgliederversammlung in der „Waldschenke".
Teuchern. Sonnabend, 24. Januar, 20 Uhr, Jahresversammlung im Gasthaus „Zum grünen Baum".
Hohenm. Sonnabend, 24. Januar, 20 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokal Schubert, Beuchlitz.
Hettstedt. Sonnabend, 24. Januar, 20 Uhr, Mitgliederversammlung.

Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit (Deutsche Sektion)

Langenbogen. Freitag, 23. Januar, 16 Uhr, Lokal Uhle, „Weinschenke", öffentliche Versammlung.
Gerbstedt. Sonnabend, 24. Januar, 15 Uhr, im „Schützenhaus" öffentliche Versammlung.
Eisleben. Sonnabend, 24. Januar, 20 Uhr, öffentliche Versammlung.
Reinstedt. Sonntag, 25. Januar, 14 Uhr, öffentliche Versammlung.
Wansleben. Dienstag, 27. Januar, 14½ Uhr, öffentliche Versammlung.

Kommunistischer Jugendverband Deutschlands

Gruppe Max Hoelz. Donnerstag Zellenabend im bekannten Lokale.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310122-19/fragment/page=0009

Mettner — Das Haus der eigenen Kleiderfabriken

Halle a. S.
Leipziger Straße 83

Nur noch 3 Tage!

Auf Anzüge, Ulster, Paletots

20% Rabatt auf Preislagen bis Mark 50.— **33⅓%** Rabatt auf Preislagen von Mark 50.- b. 80.- **40%** auf Preislagen über 100,-

Sonnabend, 24. Januar, Schluß unseres Inventur-Ausverkaufs

Teilzahlung wie bisher!

Mettner — Das Haus der eigenen Kleiderfabriken

Halle a. S.
Leipziger Straße 83

Walhalla

Die entzückende Operette

Der Tanz ins Glück

ist Halles Stadtgespräch

Sonntag, nachm. 4 Uhr 291

Familien-Vorstellung

Kl. Pr. 0,50-2,50 M. Kinder die Hälfte

Stadt Theater

Heute, Donnerstag 20 bis 22 Uhr **Häusel u. Gretel** Märchenoper von E. Humperdinck

Freitag 20 bis 22¾ Uhr **Die Geisha** Operette von Sidney Jones 294

Zahlung der dritten Stammkarten-Rate erbeten

Staunend billig! Gebrauchte und neue **MÖBEL** in großer Auswahl **nur Mauerstr. 3/4** am Steinweg

DIE BILLIGSTEN

und lustigsten Stunden erleben Sie nur in **Reimers Hallischer Lachbühne!**

Jed. Sonntag 3½ Uhr: Volles Programm für 50 Pf. 292

Daher rechnet ein Besuch zu den

SCHÖNSTEN STUNDEN

Ihres Lebens! Vor und nachdem, essen und trinken Sie in der Raketen-Gaststube so lächerlich billig, reichlich und gut

IN SCHWERSTER ZEIT

daß hier vom wirklichen Preisabbau die Rede sein kann! Ueberzeugen Sie sich!! Jeden Sonnabend bis 4 Uhr früh: Nachtvorstellung, Doppel-Schlachtfest und Bockbierrummel. Jedes 5. Glas Bier gratis! Eintritt frei

Merseburger Lichtspiele

Sonne — Merseburg — **Union**

Täglich 5.30 u. 8.10 — Der 100%ige Ton- und Sprechfilm mit **Pat u. Patachon** **1000 Worte Deutsch** Außerdem Beiprogramm. Sonntag, 2 Uhr **Jugendvorstellung** mit Pat u. Patachon

Freitag — Montag **Anny Ondra** in **Die Kaviarprinzessin** II. **Der Teufel von Texas** Ein Wildwest- und Cowboyfilm 143

Achtung! Zembschen Achtung!

Sonnabend, den 24., und Sonntag, den 25. Januar.

Großes Kostümfest

Anfang: Sonnabend 7 Uhr, Sonntag 6 Uhr. Von 3—5 Uhr für Kinder

Musik Tanzkapelle Günther

Hierzu ladet freundlichst ein 288

Arbeiter-Turnverein Zembschen

Weiter ermäßigte Preise

für

Schlafzimmer

Eiche, Nußbaum, Birke, imitiert
Mk 270,— 325,— 470,— 575,—

Echt Eiche
Mk. 550,— 700,— 765,— 810,—

Transport frei!

— Entgegenkommende Zahlungsbedingungen —

Bettenhaus **Bruno Paris**
Kl. Ulrichstr. 2 bis Domplatz 9
(3 Minuten vom Markt) 289

Wir veranstalt. bis Sonnabend eine große

Fettwarenwoche

zu außergewöhnlich billigen Preisen

Frischer kerniger Schmer	0,68
Reines Schweine-Schmalz	0,69
Dänisch. Flomen-Schmalz	0,78
Rein. deutsch. Schmerfett	0,88
Frisches Wurstschmalz	0,58
Frisches Kokosfett 1-℔-Tafel	0,48
Tafel-Margarine	0,48

Decken Sie sich ein, diese Preise sind selten. Außer Schmer noch 5% Rückvergütung

Höppner
Butter-Spezial-Geschäfte
144 **Weißenfels**
Jüdenstr. 10 Merseburger Str. 32

Lest den Klassenkampf

Donnerstag
Freitag
Sonnabend

Schluß-Tage

unseres

Inventur-Ausverkaufs

So billig war es noch nie!!
Versäumen Sie keinesfalls diese große Kaufgelegenheit.

Goldstein

Eisleben

Hausfrauen, kauft nur bei unseren Inserenten!

Unsere feine

Molkerei-Butter

Pfund **1,54**

Unsere

„Flamanta" (ges. gesch.)

Eigelb-Margarine

billiger nur noch Pfund **80** Pf.

Butter Großhandlung Hammonia

Größtes Butter- und Margarine-Spezialgeschäft Deutschlands

Verkaufsstelle: Halle, Große Ulrichstraße 47

Aus Heeresbeständen und anderes:

Militär-Strickwesten, neu	2,50
Militär-Wollsocken, neu	0,85
Militär-Dreljacken und -hosen	je 1,50
Militär-Schnürschuhe, besohlt	4,75
Militär-Stiefel	4,75
Militär-Decken	1,85
Militär-Unterhosen	1,00
Militär-Hemden	1,00
Militär-Unterhosen, neu	2,25
Militär-Decken, neu	3,50
Militär-Röcke, feldgrau	4,75
Militär-Mäntel, feldgrau u. schwarz	an 9,50
Militär-Tuchhosen	an 3,00
Militär-Tuch-Hausschuhe	1,65
Militär-Hosen, feldgrau, neu	8,75
Winter-Joppen, umgearbeitet	an 6,50
Militär-Joppen, warm gefüttert	12,50
Faust-Handschuhe	an 0,50
Windjacken, imprägniert	an 6,85
Hosen, gestreift	an 4,90
Pullover und Strickwesten, moderne Ausmusterungen	3,90
Schuhe, Voll-Rind, kein Spalt	7,85

Versand nach außerhalb gegen Nachnahme 285

Siegmund Schwarz GmbH.
Halle a. d. S., Gr. Märkerstr. 5

Thams & Garfs Kaffee-Sondertage!

Ab Montag erhalten Sie beim Einkauf von ½ ℔ Kaffee zu **2,00 1,80 1,40 1,00 Mk.**

¼ Pfund **Zucker** als Beigabe

Thams & Garfs
Wittenberg, Collegienstraße 69

Wieder ein billiges

S&F-Angebot

3 billige Tage

nur Donnerstag, Freitag, Sonnabend

Eierbruch-Makkaroni ... Pfund 5

Pflaumen getrocknet 3 Pfund 10

Tilsiter Käse 20% ... Pfund 72

3 Waggon Orangen eingetroffen:
Süße, saftige Früchte, 3 Pfund nur 65
289

Steinweg 13, Geiststraße 61, Am Steintor 7, Reils...

SCHADE & FÜLLGRABE G.m.b.H.
LEIPZIG — 5% Rückvergütung! — FRANKFU...

Das ist billig!

Margarine	Pfd. nur 40 Pf.
Rotwurst	¼ Pfd. nur 22 Pf.
Leberwurst	¼ Pfd. nur 20 Pf.
Frische Bücklinge	nur 35 Pf.
la Sprotten	¼ Pfd. nur 15 Pf.
Eier-Schnittnudeln	Pfd. nur 45 Pf.
Pflaumenmus	Pfd. nur 35 Pf.
Vierfrucht-Marmelade	Pfd. nur 35 Pf.

Paul Niedermeier, Bitterfeld
Burgstr. 7, Holzweißig, Paupitzscherstr., Greppin, Wolfenerstr. 25

Sohlleder-Ausschnitt aller Art billigst bei 287
Wilh. Kranig
Waisenhausring 14

Empfiehlt **Bestes fettes ...** Rouladen, frische Zungen ... Wurst mit Schweinefleisch ... **Dix Nachfolger** (G. Keil) Scharrenstraße. ...

Spendet für die „Rote Hilfe"

Marktkleinhandelspreise in Halle am 22. Ja...

Obst und Gemüse:

Tafeläpfel	1 Pfd.	,25—0,50	Mk.
Aepfel, Eß-	1 Pfd.	,25—0,50	„
Musäpfel	1 Pfd.	0,20—0,25	„
Apfelsinen	1 Std.	0,05—0,10	„
Bananen	1 Std.	,10—0,15	„
Birnen, Eß-	1 Pfd.	0,25—0,40	„
Heidelbeeren	1 Pfd.	—	„
Johannisbeeren	1 Pfd.	—	„
Preißelbeeren	1 Pfd.	—	„
Tomaten	1 Pfd.	0,60	„
Weintrauben	1 Pfd.	0,70	„
Haselnüsse	1 Pfd.	0,60	„
Walnüsse	1 Pfd.	0,50—0,60	„
Pflaumen	1 Pfd.	—	„
Stachelbeeren	1 Pfd.	—	„
Bohnen weiße	1 Pfd.	0,25	„
Gurken Einl.-	1 Mdl.	0,00—0,00	„
Gurken Senf-	1 Pfd.	0,80	„
Gurken Salat-	1 Std.	0,00—0,00	„
Gurken Pfeffer-	1 Pfd.	0,60	„
Radieschen	1 Bd.	0,00—0,00	„
Weißkohl	1 Pfd.	0,07	„
Wirsingkohl	1 Pfd.	0,08—0,10	„
Blumenkohl	1 Kopf	,30—0,70	„
Rotkohl	1 Pfd.	0,10—0,12	„
Grünkohl	1 Pfd.	0,10—0,10	„
Salat	1 Kopf	0,30—0,40	„
Spinat	1 Pfd.	0,25—0,00	„
Mohrrüben	1 Pfd.	0,06—0,07	„
Rosenkohl	1 Pfd.	0,3—0,50	„
Kohlrüben	1 Pfd.	,08—0,10	„
Rote Rüben	1 Pfd.	0,08—0,10	„
Kohlrabi	1 Std.	0,03—0,04	„
Zwiebeln	1 Pfd.	0,08—0,14	„
Rapünzchen	1 Pfd.	0,40—0,60	„
Schwarzwurzel	1 Pfd.	0,35—0,60	„
Sellerie	1 Std.	0,10—0,20	„
Porree	1 Bdl.	0,10—0,25	„
Kürbis	1 Pfd.	0,10	„

Fische:

Kabeljau	1 Pfd.	0,00—0,25	„
Schellfisch	1 Pfd.	0,25	„
Aal, frisch	1 Pfd.	2,20	„

Aal, geräuchert	1 Pfd.
Goldbarsch	1 Pfd.
Hechte	1 Pfd.
Seelachs	1 Pfd.
Weißfisch	1 Pfd.
Heringe, Schotten	1 Std.
Bücklinge	1 Pfd.
Schellfisch, ger.	1 Pfd.
Gr. Heringe	1 Pfd.
Karpfen	1 Pfd.
Wild und Geflügel	
Enten (Mast-)	1 Pfd.
Gänse	1 Pfd.
Hühner	1 Pfd.
Tauben	1 Std.
Junge Hähne	1 Pfd.
Rebhühner	1 Std.
Hasen, ausgeschl.	1 Pfd.
Rehfleisch	1 Pfd.
Hirschfleisch	1 Pfd.
Kaninchen, Stall-	1 Pfd.
Kaninchen, wild	1 Pfd.
Puten	1 Pfd.
Fasanen	1 Std.
Sonstiges	
Butter, Molkerei-	1 Pfd.
Butter, Bauern-	1 Pfd.
Quark	1 Pfd.
Käse	1 Std.
Pflaumenmus	1 Pfd.
Kartoffeln	10 Pfd.
Kartoff., Nieren	10 Pfd.
Eier	1 Std.
Zitronen	1 Std.
Meerrettich	1 Std.
Rettich	1 Std.
Petersilie	1 Pfd.
Schnittlauch	1 Bd.
Pilze:	
Champignons	1 Pfd.
Pfifferlinge	1 Pfd.
Steinpilze	1 Pfd.

Fleisch- und Wurstwaren:

Je Pfund:

Rindfleisch:

Kochfleisch	0,80—1,10	„
Bratenfleisch	1,20—1,30	„

Kalbfleisch:

Kochfleisch	1,00—1,10	„
Bratenfleisch	1,20—1,30	„

Hammelfleisch:

Kochfleisch	1,00—1,10	„
Bratenfleisch	1,20—1,30	„

Schweinefleisch:

Kamm und Koteletten	1,00—1,20	„
Bauch und fettes Fleisch	0,90—1,00	„
Gefrierfleisch	—	„

Ziegenfleisch
Roßfleisch

Wurstwaren

Schlackwurst
Knackwurst
Schwartenwurst
Rotwurst, frisch
Rotwurst, geräuchert
Leberwurst, frisch
Leberwurst, geräuchert
Schinken, roh
Schinken, gekocht
Speck, fett, geräuchert
Speck, mager, geräuchert
Zervelatwurst

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310122-19/fragment/page=0010
DFG

„Keinen Steuergroschen der Diktatur"

beschließt eine Einwohnerversammlung in Großlehna

In einer Volksversammlung in Großlehna wurde nach einem Referat über Volksrevolution gegen faschistische Diktatur nachfolgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die im Schützenhaus tagende öffentliche Volksversammlung von Groß- und Kleinlehna protestiert aufs schärfste gegen die durch die Notverordnung vom 26. Juli 1930 in Kraft tretenden Diktatursteuern und deren Eintreibung. Die Anwesenden werden auf Grund ihrer Notlage mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln aufrufen zum Kampf für Steuerstreik, zur

Verweigerung der Zahlung der Diktatursteuern.

Sie erblicken in der Eintreibung der Diktatursteuern die Aus[illegible]ung eines ganzen Volkes, die Förderung von Geburtenrückgang. Arbeiter, Kleingewerbetreibende, Kleinbauern und Angestellte wissen nicht mehr, wo sie die Mittel der ihnen zur Last gelegten Steuern hernehmen sollen. Sie wissen nicht, wovon sie ihre Miete zahlen sollen. Die anwesenden Versammelten klagen das in Deutschland herrschende System an, das Millionen Einwohner mit ihren Kindern verhungern läßt und mit verfassungswidrigen Mitteln, die nicht einmal gesetzlich sind, den ärmsten der Armen die letzten Pfennige aus der Tasche ziehen.

Deshalb fordern die Versammelten auf zum schärfsten Kampf gegen die Brüning-Steuerdiktatur mit allen zu Gebote stehenden Mitteln, zum Steuerstreik und Massenstreik gegen Lohnabbau und Unterstützungsraub. Sie geloben Kampf gegen die faschistische Hungerdiktatur und Mobilisierung zur

Volksrevolution gegen den Faschismus."

Frauenverein will JAH. korrumpieren

A.-K. Von der Gemeinde Wolfen waren 1000 Mark für hilfsbedürftige Gemeindeangehörige zur Verfügung gestellt. Der Wohlfahrtsausschuß hatte die Verteilung. Er entschied sich, 400 Mark der JAH., weitere 400 Mark der Arbeiter-Wohlfahrt und den Rest von 200 Mark dem evangelischen Frauenverein zuzuteilen. Nun wurden die Nähstuben aufgefordert, Listen mit den Namen der Bedürftigen einzureichen. JAH. und Arbeiter-Wohlfahrt lehnten eine Einreichung ab, da sie sich nicht vom Gemeindevorstand „bevormunden" lassen wollten. Der Frauenverein, mit der Frau Dr. Willmanns an der Spitze, reichte nun eine Liste ein, auf der auch meine Kinder als „hilfsbedürftig" verzeichnet waren. Ich ging zum Gemeindevorsteher und habe es dort selbst festgestellt und ließ natürlich meine Kinder sofort streichen, da ich erstens noch in Arbeit stehe und zweitens auch ablehne, mich als Arbeiter vom evangelischen Frauenverein als hilfsbedürftig vorschlagen zu lassen.

Hier sieht man wieder einmal, wie verfahren werden sollte! Wirklich bedürftige Erwerbslose werden nicht als bedürftig anerkannt und Erwerbstätige sollen unterstützt werden! Proletarier! Die Ihr noch in diesen Frauenvereinen seid, Ihr müßt doch endlich mal begreifen, daß Ihr nicht dahin gehört! Ihr bekämpft Euch doch nur selbst, das müßt Ihr endlich mal verstehen lernen! Wenn Ihr dem jetzigen Elend wirklich abhelfen wollt, könnt Ihr es nur mit der KPD. tun und nicht mit dem Pastor beim Kaffeekränzchen!

Ein Obertheoretiker der SPD. Engelbert Graf kneift vor einem Rußland-Delegierten

Vor einiger Zeit hatten die Arbeiter von Teuditz-Tollwitz einen großen Tag. Engelbert Graf, der große Aristokrat von der Wirtschaftsschule Dürrenberg, hatte geruht, zu seinen armen proletarischen Hörigen herabzusteigen, um ihnen die Berechtigung des Kampfes gegen Rußland klarzumachen. Mit dem hochtönenden Volkshochschulvortrag „Rußlands Wirtschaftsprobleme" wollte er die Hirne der großen Zahl der Erschienenen vergiften. Aber er hatte die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Obwohl der Auchkommunist Friedrich als Paradepferd dienen sollte für diesen Arbeiterfeind — er war der Leiter dieses Abends — wurde beiden ein Strich durch die Rechnung gemacht.

Trotzdem den Erwerbslosen für diesen Schmus 10 Pf. Eintrittsgeld abgenommen wurden, waren sie zahlreich erschienen. Graf dachte, Severingsche Methoden anwenden zu können; nämlich: hören, fragen und dann dankbar abziehen. Ein Geschäftsordnungsantrag unseres Genossen Fritz aus Goddula auf anschließende Diskussion wurde mit der Aeußerung Grafs abgelehnt:

„Ich dulde nicht, daß aus meinen Hochschulvorträgen öffentliche Volksversammlungen gemacht werden."

Das löste unter den Erschienenen ungeheure Empörung aus. Ein Appell des Genossen Fritz, nach dem Vortrag weiterzutagen, wurde begeistert begrüßt. Aber Graf kam nicht zu Worte. Schon beim ersten Satz hagelte es so viel Zwischenrufe, daß er es vorzog, mit seiner Garde abzuziehen. Wahrscheinlich wird er Teuditz nicht wieder aufsuchen. Genosse Fritz eröffnete nun die kommunistische Versammlung, die einen prächtigen Verlauf nahm. Mit Begeisterung wurde dann Genosse Baumann von Lützen empfangen, der an Stelle des steifen Aristokraten Graf in schlichter Form seine politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beobachtungen in der Sowjetunion den Klassengenossen übermittelte.

Danach fand eine reichhaltige Diskussion statt. Ein alter Kämpfer, der 38 Jahre Mitglied der SPD. gewesen ist, freute sich, daß sein ehemaliger „Genosse" Graf von der Teuditzer Arbeiterschaft eine solche Abfuhr erhalten hatte.

Vorlautes Siegesgeheul der Sozialfaschisten

über die Leipziger Genossenschaftsvertreterwahlen, bei denen sich die Opposition behauptet hat

Das hallische „Volksblatt" bricht gestern in ein nicht minder lautes Siegesgeheul über die Leipziger Genossenschaftsvertreterwahlen aus, wie die Leipziger „Volkszeitung". Das tut die sozialdemokratische Presse ungeachtet der Tatsache, daß sich die Opposition bei diesen Genossenschaftsvertreterwahlen behaupten konnte. Die revolutionäre Genossenschaftsopposition erhielt von insgesamt 29 799 5803 Stimmen, ein Resultat, das natürlich unter Berücksichtigung der allgemeinen politischen Verhältnisse in Leipzig gewürdigt werden muß.

Nach einer wochenlangen wüsten Kampagne, einer Kampagne der Verleumdung, der Lüge und der Hetze durch die Sozialdemokratie gegen die revolutionäre Genossenschaftsopposition und in erster Linie gegen die unter kommunistischer Führung stehenden roten Konsumvereine Halle und Merseburg muß bei der Betrachtung des Wahlergebnisses die Feststellung gemacht werden, daß sich die revolutionäre Genossenschaftsopposition gut behauptet hat. Ja, sie konnte sogar

gegenüber der letzten Wahl ihre Stimmen von rund 2900 auf 5800, also 100prozentig steigern.

Aber ebenso konnte immerhin die Sozialdemokratie ihre Stimmenzahl erheblich steigern. Diese Steigerung erklärt sich insbesondere dadurch, daß eine Reihe kleiner Konsumvereine mit dem KV. Leipzig-Plagwitz verschmolzen wurde und sich die Mitgliederzahl von etwa 45 000 auf über 60 000 erhöhte. Trotz alledem gingen aber nur 45 Prozent der Gesamtmitgliedschaft zur Wahl. Diese Wahlbeteiligung ist wohl der beste Beweis dafür, wie durch die Politik und die Methoden der jetzigen reformistischen Führung mehr als die Hälfte der Gesamtmitgliedschaft am innergenossenschaftlichen Leben vollkommen uninteressiert ist.

In den drei Jahren der genossenschaftlichen Entwicklung hat aber gleichzeitig eine Verbürgerlichung des Mitgliederbestandes stattgefunden. Das Inserieren des KV. Leipzig-Plagwitz in der bürgerlich-kapitalistischen „Neuen Leipziger Zeitung", das Liebeswerben um bürgerliche Kreise ist wohl der beste Beweis dafür. Mit allen Mitteln, die der jetzt herrschenden Genossenschaftsbürokratie zur Verfügung stehen, wurde verhindert, daß die Genossenschaftsopposition zu den breiten Massen der Mitgliedschaft sprechen konnte. Die periodisch stattfindenden Filmabende mit ihrem Kaffee und Kuchen sind nicht dazu angetan, die Mitgliedschaft für die wichtigsten genossenschaftlichen Fragen zu interessieren.

Bei der Wahlkampagne stand der Sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften, die eine enge Verbindung mit der Geschäftsführung des Konsumvereins haben, der gesamte Machtapparat des Konsumvereins zur Verfügung. So waren beispielsweise den Reformisten alle Adressen der Konsummitglieder offen und der Wahlgang selbst zeigte, daß durch die Sozialdemokratie ein umfangreicher Schlepperdienst eingerichtet war, um auch den letzten sozialdemokratisch orientierten Genossenschaftler zur Wahl zu holen.

So wird es verständlich, daß noch der übergroße Teil, der zur Wahl gegangenen Genossenschaftsmitglieder sich für die reformistische Liste entschied. Viele ließen sich durch die Listenbezeichnung „Genossenschaftsaufbau" täuschen.

Mit der Wahl ist der Kampf und die Arbeit nicht beendet. Der Angriff der Sozialfaschisten gegen die Bollwerke der Genossenschaftsopposition, gegen die roten Arbeiterkonsumvereine in Halle, Merseburg usw. wird fortgesetzt werden. Diese Bollwerke zu verteidigen, die Genossenschaftsopposition zu erweitern, das ist die Aufgabe der nächsten Zeit für alle mitteldeutschen Arbeiter.

Entfesselt in Stadt und Land ein Massenbekenntnis für die

Volksrevolution gegen faschistische Diktatur!

Organisiert den Kampf gegen Lohn- und Steuerraub — Holt Euch Aufklärung über den Kampf gegen die Negersteuer, die vom 10. Januar ab eingetrieben werden soll — Rüstet zu den Kampfkonferenzen gegen den Faschismus am 18. Januar — Schafft Kampforgane des werktätigen Volkes — Heraus zu den

Massenversammlungen in Stadt und Land

Einwohner-Versammlungen:

Belleben: Freitag, den 23. Januar, 20 Uhr, bei Müller.

Großörner: Freitag, den 23. Januar, 20 Uhr, im „Deutschen Haus".

Sennewitz: Freitag, den 23. Januar, 20 Uhr, im Gasthaus. Referent: Genosse Kunz.

Polleben: Freitag, den 23 Januar, 20 Uhr, bei Dolze.

Halle-Osten: Freitag, den 23. Januar, 20 Uhr, bei Bartsch.

Breitungen: Sonnabend, den 24. Januar, 20 Uhr. Referent: Genosse Schröter, Kelbra.

Wimmelburg: Sonnabend, den 24. Januar, 20 Uhr, in der „Hüneburg".

Schkeuditz: Freitag, den 23. Januar, 20 Uhr, im Gasthof „Landesgrenze", Modelwitz.

Sandersdorf: Sonnabend, den 24. Januar, 20 Uhr.

Dölau: Sonnabend, den 24. Januar, 20 Uhr, bei Richter. Referent: Genosse Kunz.

Zschortau: Sonnabend, den 24. Januar, 20 Uhr.

Bruckdorf: Sonnabend, den 24. Januar, 20 Uhr, bei Heinicke. Referent: Genossin Hertha Melcher.

Freiroda: Sonnabend, den 24. Januar, 20 Uhr, im Gasthof.

Kleinbauernversammlungen:

Reideburg: Donnerstag, den 22. Januar, 20 Uhr, im „Goldenen Löwen". Referent: Genosse Heilborn.

Kleingewerbetreibenden-Versammlung:

Hettstedt: Donnerstag, den 22 Januar, 20 Uhr, im „Preußischen Hof". Referent: Genosse Steinmetz.

Eisleben: Donnerstag, den 22. Januar, 20 Uhr, im „Weißen Roß". Referent: Genosse Böschen, M. d. L.

Radewell: Donnerstag, den 22. Januar, bei Lindner. Referent: Genosse Wollmann.

Halle-Norden: Donnerstag, den 22. Januar, 20 Uhr, im Lokal „Lüderitzberg". Referent: Genosse A. Klauß.

LLL.-Feiern!

Döllnitz: Donnerstag, den 22. Januar, 20 Uhr, im „Palmbaum". Referent: Genosse Lober.

Beesenlaublingen: Freitag, den 23. Januar, 20 Uhr, in der „Linde". Referent: Genosse Schenkling.

Piesteritz: Freitag, den 23. Januar, 20 Uhr, im „Schützenhaus".

Merseburg: Freitag, den 23. Januar, 20 Uhr, in der „Funkenburg".

Auch am kommenden Sonntag:

Kampfkonferenzen gegen den Faschismus

Ammendorf: Vormittags 10 Uhr: für Halle, einschließlich südlichen Teil des Saalkreises.

Naumburg: Vormittags 10 Uhr: für Stadt und Kreis Naumburg, mit Unstruttal und Kreis Eckartsberga.

Eisleben: Vormittags 10 Uhr: für das Mansfelder Revier einschließlich Landorte.

Wansleben: Vormittags 10 Uhr: für das Röblinger Revier und die Reviere Teutschenthal und Salzmünde.

Wittenberg: Vormittags 10 Uhr: für Stadt und Kreis Wittenberg.

Alle Werktätigen, ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit, werden aufgefordert, zu dieser Konferenz ihre Vertreter zu wählen, in Resolutionen diesen Vertretern Vorschläge für die Organisierung des Kampfes gegen Lohnraub, Negersteuer und Faschismus mit auf den Weg zu geben.

BL. der KPD. Halle-Merseburg.
Bezirksausschuß der RGO.
Kampfbund gegen Faschismus.

Lebensmittelausgabe der JAH.

Die JAH. unterstützt die gemaßregelten Papierarbeiter in Cröllwitz!

Die durch den reformistischen Verrat gemaßregelten Papierarbeiter von Cröllwitz wurden am Sonnabend, dem 17. Januar, durch Ausgabe von Lebensmitteln unterstützt. Trotzdem den Gemaßregelten für die nächsten acht Wochen die Unterstützung gesperrt ist, herrschte Kampfesstimmung. Genosse Otto von der Bezirksleitung der JAH. zeigte in seinen Ausführungen die heutige politische Situation auf und gedachte der gemordeten Führer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg sowie des Werkes Lenins. Unsere Aufgabe muß es sein, in diesem Geiste weiter zu arbeiten. — Weiter wies er darauf hin, wie notwendig es ist, sich in die Reihen der revolutionären Arbeiterschaft einzugliedern. Kein Betrieb ohne RGO., kein Arbeiter ohne Mitgliedsbuch der KPD., aber auch darüber hinaus sich der Solidaritätsorganisation, der JAH., anzuschließen! Nur durch straffe Organisation kann es uns möglich sein, den Kampf erfolgreich zu führen. Nach den Ausführungen traten sofort einige Genossen in die JAH. ein und ein Teil der Arbeiter der RGO. bei.

Von allen Anwesenden wurde die Hilfsaktion der JAH. begrüßt, darüber hinaus waren sich die Gemaßregelten einig, erneut mit der Parole „Streik" an ihre Kollegen im Betrieb heranzutreten, um den kommenden Lohnraub abzuwehren.

Lebensmittelausgabe auch für die tapferen Kumpels der Grube „Credner"!

Große Begeisterung löste die Ausgabe der Lebensmittelpakete der JAH. an die gemaßregelten Bergarbeiter der Grube „Credner", die in den Orten Wansleben, Eisleben, Wimmelburg usw. ansässig sind, aus. Da die Gemaßregelten sieben Wochen ohne Unterstützung bleiben, ist es notwendig, die Speisung fortzusetzen, d. h. die Sammelaktion zu verstärken, um den kämpfenden Arbeitern immer wieder zu zeigen, daß die JAH. dort eingreift, wo es gilt, die Kampfkraft zu steigern.

Deshalb forciert die Sammlungen, zeichnet auf Sammellisten der JAH.

„Die Kommune"

Zweite Januar-Nummer ist erschienen.

Aus dem Inhalt: Schafft Massenbewegungen unter Führung der Kommunistischen Partei. — Hochdruck in der Faschisierung der Städte. — Reformistisches Schanddokument der Faschisierung. — Generalangriff auf die Löhne der Gemeindearbeiter. — Verschärfung des Wohnungs- und Mieterelends. — Brandleristen als Helfer der Brüning-Diktatur. — Neuregelung der Sparkassenaufwertung in Preußen. — Wer ist Helfer des Bürgertums? — Kommunale Arbeiterkorrespondenzen.

Die „Kommune" erscheint zweimal monatlich. Das Postabonnement kostet 1 Mark zuzüglich 12 Pf. Bestellgeld vierteljährlich.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310122-19/fragment/page=0011

HALLE

Donnerstag, 22. Januar 1931.

Arbeiter, Jungprolet!

Was weißt Du über Amerika

das Land des Dollars, Lateinamerika, das Land der spanischen Eroberungen, der täglichen Revolutionen und Erhebungen.

Hole Dir Aufklärung!

Einer der besten Kenner Amerikas, der besonders Lateinamerika wie kaum ein anderer studiert hat,

Professor Dr. Alfons Goldschmidt, Berlin

Leiter des Wirtschaftsinstituts für Lateinamerika in Berlin, spricht über dieses Thema

am Freitag, dem 23. Januar, im „Gesellschaftshaus", Leipziger Straße

abends 8 Uhr, Einlaß ½8 Uhr. Besorge Dir rechtzeitig eine Einlaßkarte im Vorverkauf in den Volksbuchhandlungen Harz 1 und Lerchenfeldstraße 14, AJZ.-Auslieferstelle Gottesackerstraße 13/14 und in Bibliotheksstunden der Lesegemeinschaft „Volkspark" oder an der Abendkasse. Für Erwerbslose 30 Pfennig, für Erwerbstätige 60 Pfennig.

Masch Marxistische Arbeiterschule Halle,
IJA.-Kartell Halle.

Die Arbeiterfrauen in der Kampffront gegen den Faschismus

In der gestern abend im „Volkspark" stattgefundenen öffentlichen Frauenversammlung des Stadtteils Norden wurden nach dem Referat der Genossin Ella Seidel neun Delegierte für die Kampfkonferenz gegen Faschismus gewählt. Ferner gelang es der „Proletarischen Tribüne", nach Vorführung einiger guter Szenen 2,65 Mark für die Finanzierung der Delegierten zu sammeln sowie eine Aufnahme für die Partei zu vollziehen. Außerdem wurden neun „Kämpferinnen" verkauft.

Dem Nachbar in den Briefkasten

A.-K. „Hinein in den Kampfbund gegen den Faschismus!" — gut. Aber dazu muß man erst aufklären.

„Aufklärung schaffen unter Parteilosen und SPD.-Arbeitern!" — besser. Aber wie?

Daß die Einheitsfront notwendiger wird von Tag zu Tag, daran zweifelt wohl keiner. Aber kommst Du mit Parteilosen usw. in eine Diskussion? Und wenn ja — wird diese Diskussion, sei es auf der Stempelstelle, sei es im Betrieb, sei es im Haus — nicht immer wieder im ungeeignetsten Augenblick unterbrochen? Ist sie ständig forschreitend? Nein!

Aber die Diskussion ist fast alles. Das wissen wir. Denn unsere Argumente sind hieb- und stichfest.

Hier einer von den vielen Wegen, den jeder — ohne die andern zu vernachlässigen! — einschlagen kann:

In fast jedem Hause wohnen Parteilose, wohnen SPD.-Arbeiter, wohnen irregeleitete Proletarier und Kleinbürger, die den Nazis nachlaufen. In jedem Hause wohnen aber auch Antifaschisten. Und viele von ihnen lesen täglich antifaschistische Zeitungen, vor allem den „Klassenkampf".

Ich halte es schon seit Monaten so: Jeden Abend schneide ich aus unserer Presse die geeigneten Artikel aus. Dabei überlege ich sorgfältig, für wen, für welche politische Reife (oder noch Unreife) sie bestimmt sind, streiche die wichtigsten Stellen an, hefte sie mit einer Heftklammer zusammen und dann:

Dem Nachbarn in den Briefkasten!

Einen habe ich bereits so gewonnen. Mit dem zweiten diskutiere ich bereits täglich. Auch er ist bald reif.

Wichtig dabei scheint mir nur, daß nicht wahllos jeder Artikel genommen wird. Jede Ueberfütterung ist zu vermeiden.

Wenn Du das willst, kannst Du es ja gleich selber tun!

Solidarität mit den Streikenden der Radeweller Rohpappenfabrik

Für die Streikenden der Radeweller Rohpappenfabrik nahm die JAH. am Freitag, dem 16. Januar, die zweite Lebensmittelverteilung vor. Es gelangten diesmal 35 Pakete im Werte von je 4 Mark zur Ausgabe. Genosse Dornberger wies in einem kurzen Referat auf die Bedeutung der Solidaritätsaktionen der JAH., die Seite an Seite mit der RGO. kämpft, hin. Es wurde eine ausgiebige Diskussion über die Bedeutung der RGO. und der kleinen Streiks geführt, da sich herausstellte, daß bestimmte Fehler in der einheitlichen Durchführung der Aktion gemacht worden waren. Auf diese Weise wurde die notwendige ideologische Klarheit auch in der Frage der Weiterführung des Kampfes erzielt.

Es ist dringende Aufgabe, die Solidaritätsaktion zu verstärken. Organisiert die Sammlungen auf den Listen der JAH.!

An alle proletarischen Eltern

deren Kinder Ostern die Schule verlassen

Der Vorbereitungsunterricht für die Kinder beginnt am Sonnabend, dem 24 Januar 1931, nachmittag ½5 Uhr im Lokal Albrecht, „Promenaden-Restaurant", Universitätsring. Wir ersuchen die Eltern, ihre Kinder zu diesem Vorbereitungsunterricht zu schicken. Unter anderem wird ein Lichtbildervortrag gegeben. Unkosten entstehen den Eltern für die Teilnahme der Kinder am Unterricht nicht.

Stillegung der Produktiv Buchdruckerei G. m. b. H.

Der „Klassenkampf" wird ab 24. Januar in einer anderen Druckerei hergestellt

In der Produktiv-Buchdruckerei GmbH. werden bekanntlich der „Klassenkampf", das Organ der Kommunistischen Partei für den Bezirk Halle-Merseburg, sowie eine Anzahl anderer Zeitungen revolutionärer Organisationen gedruckt. Der Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH. als Herausgeber des „Klassenkampf" und die Kommunistische Partei mit den angeschlossenen Organisationen, sehen sich veranlaßt, der Produktiv-Buchdruckerei GmbH. ihr Druckaufträge zu entziehen. Der „Klassenkampf" wird Mitte Januar in einer anderen Druckerei hergestellt werden. Die Produktiv-Buchdruckerei GmbH. hatte daher die Stillegung ihres Betriebes für den 23. Januar bei der Regierung angemeldet.

Was veranlaßte diese Maßnahme? Bereits seit über einem Jahr hat sich innerhalb der Belegschaft der Produktiv-Buchdruckerei

ein Rattennest von Sozialfaschisten und Renegaten übelster Sorte

festgesetzt. Diese Feinde der Kommunistischen Partei und des revolutionären Proletariats sehen ihre Hauptaufgabe darin, im Auftrage der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie und der hinter dieser stehenden hallischen SPD. im Betrieb der Produktiv-Buchdruckerei GmbH. einen niederträchtigen Kampf gegen die Kommunistische Partei zu führen.

Im August des vorigen Jahres gelang es diesen Leuten, bei der Betriebsratswahl der von der RGO. aufgestellten Liste eine sogenannte freigewerkschaftliche Liste entgegenzustellen. Ein Betriebsrat von drei Sozialfaschisten und zwei Kommunisten wurde gewählt. Der erste Vorsitzende der hallischen Buchdruckergewerkschaft und Korrektor in der Produktiv-Buchdruckerei, der Renegat und Sozialfaschist Riebenstahl, sorgte nun schnellstens dafür, daß die Kandidaten der RGO.-Liste, die Genossen Klauß und Weinrich, aus der Gewerkschaft ausgeschlossen wurden. Gleichzeitig sorgten sie noch für den Ausschluß unserer Genossen Moritz Müller und Städtler, die sich mit noch einigen anderen Genossen gegen die Saboteurarbeit der Sozialfaschisten wandten.

Nach dem „Sieg" der Sozialfaschisten bei der Betriebsratswahl glaubten sie nun, den Kampf innerhalb der Produktiv-Buchdruckerei mit Lockspitzelei und ähnlichen sozialfaschistischen Methoden verschärft fortsetzen zu können. Die unseren Genossen früher von der Geschäftsleitung gewährten und in der Arbeitsordnung verankerten Rechte mißbrauchten die Sozialfaschisten Drechsler, Blodau und Schatz als Betriebsratsmehrheit zu ihrem schmutzigen Kampf gegen die Kommunisten. Ein Mitberatungsrecht des Betriebsrates ließen sie durch das bürgerliche Arbeitsgericht in ein Mitbestimmungsrecht umändern.

Bei notwendigen Entlassungen verlangten sie regelmäßig die Kündigung von Kommunisten, um den Betrieb kommunistenrein zu machen und gleichzeitig wirtschaftlich zu schädigen.

Sobald aus betriebswirtschaftlichen Gründen ein Renegat von der Kündigung betroffen wurde, ging es unter Assistenz der SPD.-Bonzen König und Buchholz zum Arbeitsgericht, um dann eine wüste Hetze gegen die KPD. in Szene zu setzen. Um „politische Maßregelung" der gekündigten Renegaten vor den staatlichen Instanzen (Arbeitsgericht, Schlichtungsausschuß, Gewerbeaufsichtsamt) konstruieren zu können, versuchte der Renegat Blodau, mit Lockspitzelmethoden von unseren Genossen Material herauszuholen. Der sozialfaschistische Demagoge Drechsler zeichnet sich besonders als Lieferant von Material an die SPD.-Presse aus. Als Belohnung für all diese schmutzigen Treibereien wurde er neben seinem „ehrenwerten Freund" und Berufskollegen Riebenstahl im Namen der SPD. zum zweiten Vorsitzenden der hallischen Buchdruckergewerkschaft „avanciert".

Abgesehen von den wirtschaftlichen Schäden für den Betrieb durch die Zersetzungsarbeit der Sozialfaschisten Drechsler und Konsorten, war es für die Kommunistische Partei klar, daß sie in einer revolutionär zugespitzten Situation ihr Organ, den „Klassenkampf", sowie die übrigen Druckerzeugnisse der Kommunistischen Partei nicht mehr von den Händen der Sozialfaschisten herstellen lassen kann.

Die Kommunistische Partei hat keine Veranlassung, Sozialfaschisten und Arbeiterfeinden für ihre Lockspitzel- und Denunziantenarbeit noch weitere Gelegenheit zu geben.

Die durch die Stillegung der Produktiv-Buchdruckerei nun arbeitslos werdenden Buchdrucker können sich bei Drechsler und Konsorten bedanken. Die revolutionäre Arbeiterschaft wird es noch verstehen, mit solchen Kreaturen abzurechnen.

Im gestrigen „Volksblatt" toben sich die Sozialfaschisten in einem vor Lügen und Verleumdungen nur so strotzenden Hetzartikel gegen die Kommunistische Partei über die Stillegung der Produktiv-Buchdruckerei aus. Wir haben es nicht nötig, dieses hysterische Wutgeschrei der Sozialfaschisten und ihrer Kumpane in der Belegschaft der Produktiv-Buchdruckerei zugehen. Jeder klassenbewußte Arbeiter wird die Haltung der Kommunistischen Partei nicht nur anerkennen, sondern es auch begrüßen, daß derartigen Parteifeinden und Söldlingen der sozialfaschistischen Streikbruchbürokratie nunmehr endgültig das Handwerk gelegt wird. Das blödsinnige Geschreibsel der „Volksblatt"-Schmierfinken über die „Brotlosmachung" der Belegschaftsmitglieder, rührt uns nicht im geringsten. Die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie, die den Lohnraub des Unternehmertums und die Ausplünderung der werktätigen Massen durch die Brüning-Diktatur mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln fördert und unterstützt, hat keine Ursache, über die Folgen der Stillegung der Produktiv-Buchdruckerei Krokodilstränen zu vergießen.

Ueberdies stehen, wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, eine ganze Reihe von sozialdemokratischen Druckereibetrieben, die sich auf Grund der schlechten wirtschaftlichen Lage und des Abonnentenschwundes der sozialdemokratischen Presse nicht mehr halten können, vor der Stillegung.

*

Der „Klassenkampf" wird ab Sonnabend in Leipzig hergestellt. An Umfang, Inhalt und Aufmachung des „Klassenkampf" wird nicht das geringste geändert. Der „Klassenkampf" wird, wie bisher, auch weiter in derselben Aufmachung und in derselben Zeit allen unseren Lesern zugestellt werden. Den sozialdemokratischen Demagogen, die sich unter Vorspiegelung falscher Tatsachen, so zum Beispiel, daß der „Klassenkampf" bankrott gemacht habe, an unsere Leser heranmachen, um für die an chronischem Abonnentenschwund leidende sozialfaschistische Presse Abonnenten zu werben, müssen alle klassenbewußten Arbeiter und „Klassenkampf"-Leser energisch die Tür weisen.

Der „Klassenkampf" ist das revolutionäre Sprachrohr der Arbeiterschaft Mitteldeutschlands! Er wird es bleiben, trotz der niederträchtigen Hetze der Sozialfaschisten, deren sehnlichster Wunsch es ist, die kommunistische Presse mundtot zu machen oder gar zu vernichten.

Das revolutionäre Proletariat Mitteldeutschlands wird nun erst recht durch verstärkte Werbearbeit für den „Klassenkampf" diese Absicht vereiteln!

Der „Klassenkampf" bleibt der treue Verbündete aller Ausgebeuteten und Unterdrückten, der Rufer zum Streit gegen das kapitalistische System und seine sozialfaschistischen Lakaien!

Morgen öffentliche Sportlerversammlung

zum Zwecke der Mobilisierung der Arbeitersportler für den Kampf gegen den Faschismus, der von allen klassenbewußten Arbeitersportlern

im Zeichen des roten Wehrsports

durchgeführt wird. Dem Gedanken des Wehrsports auch in der Versammlung selbst Ausdruck zu verleihen, wird im Anschluß an das Referat

ein Boxkampf: Ko den Faschisten

gezeigt. Außerdem zeigen rote Sportler

Jiu-Jitsu-Vorführungen

und gewähren den hallischen Arbeitern damit einen Einblick in den Wehrsportbetrieb der roten Sportvereine. Die Veranstaltung beginnt pünktlich 20 Uhr im „Volkspark" und muß von allen hallischen Werktätigen besucht werden. Vordem sammeln sich die roten Sportvereine und die mit ihnen sympathisierenden Arbeiter zur geschlossenen

Demonstration nach dem „Volkspark"

nach folgendem Plane:

Alle Vereine des Nordens: Antreten 19 Uhr auf dem Paradeplatz.

Alle Vereine des Westens: Antreten 19 Uhr auf dem Weingärtenplatz.

Alle Vereine des Südens: Antreten 19 Uhr Huttenstraße, an der „Granate".

Alle Vereine des Zentrums: Antreten 19 Uhr auf dem Hallmarkt.

Stellplatz für die Spielmannszüge:

ASC.-Spielmannszug auf dem Hallmarkt, Atlas-Spielmannszug, Huttenstraße, ASC.-Schalmeienkapelle Weingärtenplatz.

Der Kartellvorstand.

Kampf gegen den Faschismus

heißt Durchführung des Parteiaufgebotes

Die Zelle des AKB. Halle hat im Rahmen des antifaschistischen Parteiaufgebotes folgendes Werbeergebnis zu verzeichnen:

15 Neuaufnahmen für die Kommunistische Partei; 16 RGO.-Aufnahmen; 1 „Klassenkampf"-Leser; 1 Mitglied für AKB.; 2 Hausparer.

Ein Eifersüchtiger schießt auf seine Braut!

Wegen versuchten Mordes und unbefugten Waffenbesitzes hatte sich gestern der 21jährige Arbeiter Walter St. aus Beesenstedt, der am 7 November v. J. aus Eifersucht einen Schuß auf seine Braut abgab durch den diese glücklicherweise weniger schwer verletzt wurde, vor dem hallischen Schwurgericht zu verantworten. Die Ursache zu diesem „Verbrechen" (aus dem die Justiz überflüssigerweise eine kostspielige Staatsaktion inszenierte) waren die üblichen Plänkeleien unter Liebesleuten, die schließlich auf Grund der Jähzornigkeit des St. zu einer Auseinandersetzung führten, in deren Verlauf St. den Revolver zog und einen Schuß auf seine Braut abgab. Er stellte sich sofort der Polizei und aus seiner ersten Vernehmung geht hervor, daß er die Absicht gehabt habe, seine Braut zu töten. Aus diesem Geständnis konstruierte die Staatsanwaltschaft einen versuchten Mord, zu welchem das Geständnis des „Mörders" vorliegt.

Die Verhandlung zeigte treffend, mit welch mittelalterlichen Mitteln die Untersuchungsbehörden zu Werke gehen, um durch stundenlange Verhöre die Polizeigefangenen mürbe zu machen, um so dem Staatsanwalt belastendes Material zu liefern. Diese Methoden (von denen vor allem revolutionäre Arbeiter ein Lied singen können) wurden gestern von dem Rechtsbeistand des St. treffend angeprangert.

Nach dem Gutachten des Sachverständigen ist St. für seine Tat verantwortlich, obwohl im Augenblick der Tat ein gewisser Affektzustand vorhanden gewesen sein mag. Nach Ansicht des Staatsanwaltes war die Tötungsabsicht erwiesen. Auf ein Jahr [illegible] Monate soll St. hinter Schloß und Riegel gesetzt werden.

Zeugen gesucht!

Alle Personen, die über den am Sonnabend, dem 17. Januar, gegen 20 Uhr auf dem Böllberger Weg und in der Glauchaer Straße erfolgten feigen Faschisten-Ueberfall auf parteilose Arbeiter irgendwelche Angaben und Mitteilungen machen können, werden gebeten, sich sofort auf der Redaktion des „Klassenkampf" zu melden.

Ortskomitee werktätiger Frauen, Halle

Am Sonntag findet für Halle die antifaschistische Kampfkonferenz statt. Das Ortskomitee werktätiger Frauen muß dazu Stellung nehmen. Am Freitag, dem 23. Januar, 20 Uhr findet deshalb in der „Produktiv" (Zimmer 12) eine sehr wichtige Sitzung des Ortskomitees statt. Genossinnen-Delegierte, erscheint alle!

Im Wirtschaftsraum zu „Sanssouci". In der Nacht zum [illegible] Januar drangen unbekannte Täter in die Wirtschaftsräume des Lokals „Sanssouci". Entwendet wurde eine beträchtliche Menge Zigarren, Zigaretten, Schokoladen, Wurstwaren und Spirituosen, darunter mehrere Flaschen Sekt mit dem Etikett „Haus Sanssouci".

Herrenpelz entwendet. Heute früh gegen 4 Uhr hat eine unbekannte Person in einem Konfektionsgeschäft in der Gr. Steinstraße eine Schaufensterscheibe mit einem Mauerstein eingeworfen und, soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, von den Auslagen einen Herrenpelz entwendet.

Hilflos aufgefunden. Gestern gegen 19.30 Uhr wurde in der Merseburger Straße ein Mann in hilflosem Zustande aufgefunden. Da er sich nicht wieder erholte, erfolgte seine Ueberführung in die Klinik.

Delegierte! Betriebe! Massenorganisationen!

Die Delegiertenkonferenz zum Kampf gegen den Faschismus für **Halle** und den südlichen Teil des **Saalkreises** findet statt am **Sonntag, dem 25. Januar 1931,** 10 Uhr vormittags im

„Schützenhaus", Ammendorf

Ab Halle Linie 14 bis Rosengarten oder mit der Ueberlandbahn Halle—Merseburg vom Riebeckplatz direkt bis „Schützenhaus" fahren. Erscheint alle!

Die Leitung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310122-19/fragment/page=0012